

**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

B 29942
.....

S

Die Agrarkrisis und die Mittel zu ihrer Abhilfe.

Grundzüge eines agrarpolitischen Programms.

Von

Dr. Witold von Skarżyński.

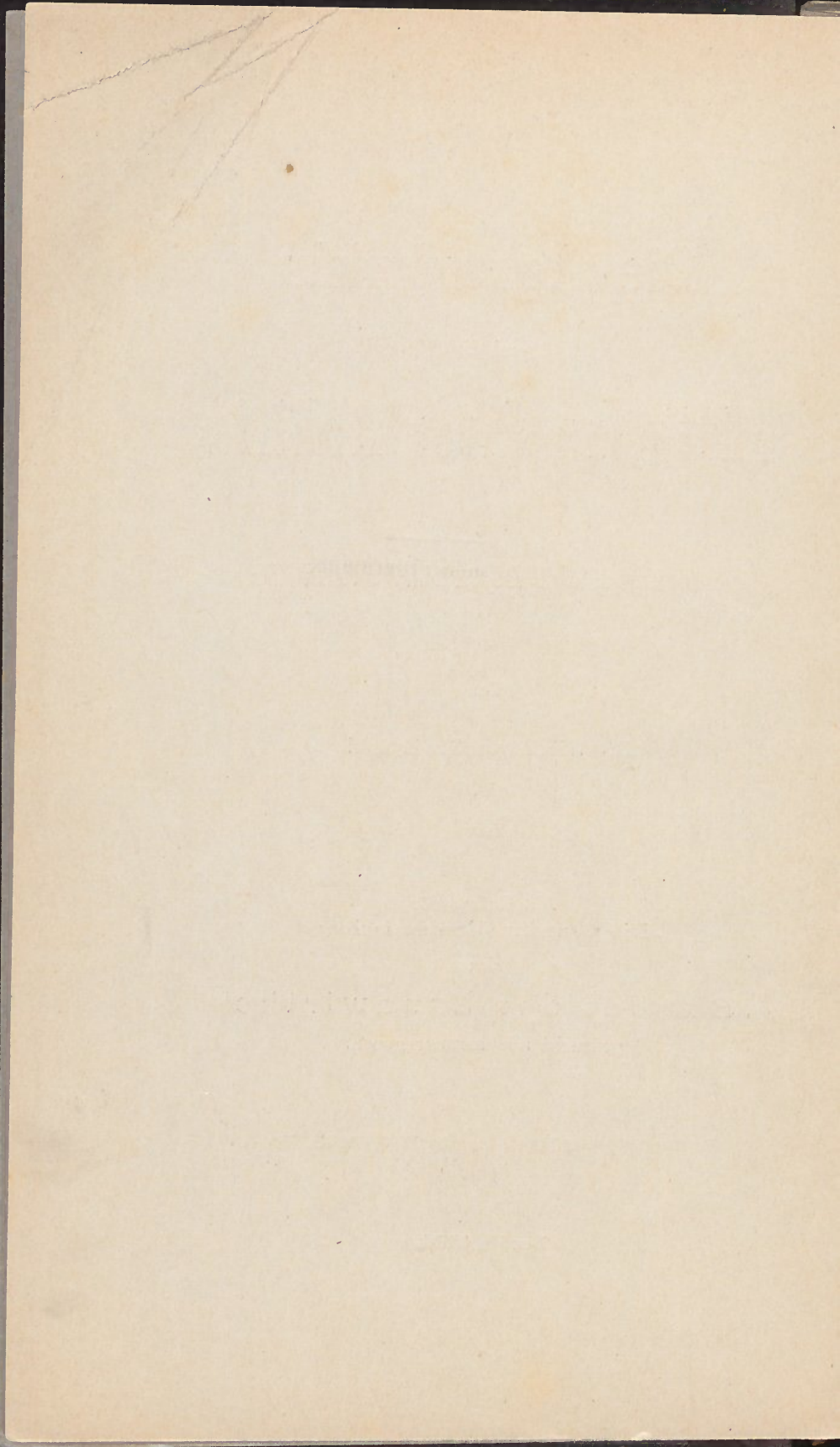


Als Referat für
„Die Grundkreditkommission“
des

„Bundes der Landwirthe“
gedruckt und herausgegeben.



Berlin 1894.



Die Agrarkrisis

und die

Mittel zu ihrer Abhilfe.

Grundzüge eines agrarpolitischen Programms.

Von

Dr. Witold von Skafżyński.



Als Referat für
„Die Grundkreditkommission“
des
„Bundes der Landwirthe“
gedruckt und herausgegeben.



Berlin 1894.

69 Weltwirtschaft - 7. 4. 43.
Kiel



Die Agrarkrise

von

Mittel zu ihrer Abhilfe

Grundzüge eines agrarpolitischen Programms

Von

Dr. Wilhelm von Stettin

1934

„Die Grundbesitzerorganisation“
als Beitrag zur

„Bundes der Landwirte“

gegründet und herausgegeben

Berlin 1934

Inhalt.

	Seite
Vorwort	1
I. Kapitel: Wirthschafts- und Handelspolitik des „neuen Kurses“, — „Wissenschaftliche“ Quelle oder nachträgliche Verherrlichung derselben — als Typus: Schäffle — kritische Analyse der bezüglichen Abschnitte aus den „Deutschen Kern- und Zeitfragen“.	4
II. Kapitel: Agrar- und Hypotheken-Gesetzgebung. Credit- und Schuldnoth — als Typus: A. Buchenberger	18
III. Kapitel: Rodbertus'-Jagetzow agrarpolitisches und agrarrechtliches Programm	34
IV. Kapitel: Deutscher Landwirthschaftsrath. Kritische Analyse der Verhandlungen der XV. Sitzungsperiode im Jahre 1887	53
V. Kapitel: Kritische Analyse der österreichischen Gesetze betreffend die Errichtung von Berufsgenossenschaften der Landwirthe und die Errichtung von Rentengütern, sowie des preussischen Gesetzes über die Landwirthschaftskammern.	76
VI. Kapitel: Eigene Vorschläge in Betreff eines agrarpolitischen Programms. — Grundkredit und Währung etc.	97
Schlusswort	120

Inhalt

Vorwort	1
I Kapitel: Wirtschaftliche und landwirtschaftliche Grundlagen	1
1.1 Die Wirtschaftliche Lage	1
1.2 Die Landwirtschaft	1
1.3 Die Industrie	1
1.4 Die Dienstleistungen	1
1.5 Die Umwelt	1
II Kapitel: Struktur und Entwicklung der Landwirtschaft	15
2.1 Die Struktur der Landwirtschaft	15
2.2 Die Entwicklung der Landwirtschaft	15
2.3 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.4 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.5 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.6 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.7 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.8 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.9 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.10 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.11 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.12 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.13 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.14 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.15 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.16 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.17 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.18 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.19 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.20 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.21 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.22 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.23 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.24 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.25 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.26 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.27 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.28 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.29 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.30 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.31 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.32 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.33 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.34 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.35 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.36 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.37 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.38 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.39 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.40 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.41 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.42 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.43 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.44 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.45 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.46 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.47 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.48 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.49 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.50 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.51 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.52 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.53 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.54 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.55 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.56 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.57 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.58 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.59 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.60 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.61 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.62 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.63 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.64 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.65 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.66 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.67 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.68 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.69 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.70 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.71 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.72 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.73 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.74 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.75 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.76 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.77 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.78 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.79 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.80 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.81 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.82 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.83 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.84 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.85 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.86 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.87 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.88 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.89 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.90 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.91 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.92 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.93 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.94 Die Organisation der Landwirtschaft	15
2.95 Die Finanzierung der Landwirtschaft	15
2.96 Die Technologie der Landwirtschaft	15
2.97 Die Umwelt der Landwirtschaft	15
2.98 Die Soziale Lage der Landwirtschaft	15
2.99 Die Politik der Landwirtschaft	15
2.100 Die Organisation der Landwirtschaft	15

Vorwort.

Wenn der „Bund der Landwirthe“ seine Entstehung und seine so rapide Ausdehnung über das ganze deutsche Reich der „ausserordentlichen“¹⁾ Krisis verdankt, welche seit bald 2 Dezennien über die centraleuropäische Landwirthschaft und den Grundbesitz infolge der ins unendliche steigenden, erdrückenden ausländischen Konkurrenz herein- gebrochen ist, — so verdankt die vom Bunde eingesetzte

¹⁾ Ueber diese Agrarkrise äusserte sich schon im Jahre 1887 Prof. Dr. von Miaskowski folgendermassen:

„Was die Situation anbetrifft, so glaube ich, können wir ihre Tragweite gar nicht weit genug auffassen. Wenn wir einen Massstab für die Beurtheilung der gegenwärtigen Lage haben wollen, so gewinnen wir denselben durch eine historische Analogie. Die Lage, in die die Landwirthschaft Deutschlands durch die auswärtige und namentlich überseeische Konkurrenz in Augenblicke versetzt worden ist, findet ein Analogon im 16. und 17. Jahrhundert in der Entdeckung Amerikas und eines Seeweges nach Indien. Erschütterungen, wie sie damals in den wirthschaftlichen und privaten Verhältnissen erfolgt sind, werden auch heute eintreten. Wir dürfen uns in dieser Beziehung keine Illusionen machen, sondern müssen die Sache möglichst ernst auffassen, wenn wir auch andererseits hinsichtlich der Mittel, die uns zu Gebote stehen, um diesen Umwandlungen zu begegnen, uns bescheiden lernen müssen.“ (S. 483 des Berichtes über die Verhandlungen der XV. Versammlung des Deutschen Landwirthschaftsrathes. Verhandlung über „Die Organisation des landwirthschaftlichen Kreditwesens,“ am 31. März 1887.) — Mit dieser Schilderung „der Lage“, welche sich seither noch verschlimmert hat, können wir uns einverstanden erklären, auch damit, dass wir uns über die uns bevorstehenden „Erschütterungen“ keine Illusionen machen dürfen; was aber die zur Abhilfe anzuwendenden Mittel betrifft, so können wir mit dem „Unsbescheidenlernen“ nur in dem Sinne übereinstimmen, dass auch wir uns von der Anwendung derjenigen Mittel, die heute nach Abschluss der Handelsverträge überhaupt noch in Betracht kommen, nicht zu viel versprechen, — nie und nimmerehr aber in dem Sinne, dass wir nur „kleine“ (ibid. 486) und „halbe“ Massregeln, wie es die meisten „Männer der Wissenschaft“ empfehlen, in diesem Falle für angebracht hielten. Die Mittel müssen jedesmal dem Ziele angepasst sein — also bei dieser „verzweifelten Lage — radikal sein.“

„Grund-Kredit-Kommission“, der anzugehören uns die Ehre zu Theil geworden ist und für die wir vorliegende Schrift als Referat verfasst haben, ihre Einberufung dem Umstande, dass infolge der auf 12 Jahre abgeschlossenen Handelsverträge, der Landwirthschaft und dem Grundbesitz, auf diese lange Spanne Zeit hinaus, jede Aussicht benommen ist, auf dem Wege der Wirthschaftspolitik einen hinreichenden Schutz zu erlangen!

Denn, dass der Zoll von 3,50 Mk. pro Doppelcentner Weizen und Roggen, selbst bei nur mittleren Ernten des Auslandes, und bei dem Terminhandel mit papiernen Getreidewispeln an der Börse, wie er trotz aller Börsenquänten munter fortbestehen soll, und der so sehr schwankenden Währung der in Betracht kommenden Staaten: nur als Finanzzoll, nicht aber als eigentlicher Schutzzoll wirken kann, — das hat die Geschichte des Decenniums Bismarck'scher Schutzzollpolitik wohl hinreichend bewiesen! Eine fühlbare Wirkung auf die Preise der landwirthschaftlichen Produkte kam erst nach der Erhöhung des Weizen- und Roggenzolles von 3 auf 5 Mk. pro Doppelcentner zur Geltung; die Unwirksamkeit des Zolles von 3 Mk. in dieser Hinsicht war eben der Grund, weshalb derselbe auf 5 Mk. erhöht werden musste. Diesen Thatsachen gegenüber kann wohl füglich vorausgesetzt werden, dass die 50 Pf. über 3 Mk. hinaus, wenn überhaupt, dann nur wenig zu bedeuten haben werden. Gute Ernten im Auslande, neu angebaute Flächen in Amerika, Indien, Australien, selbst Afrika und zumal Russland, nach Fertigstellung der sibirischen Eisenbahn, neben Schwankungen in der Währung dieser Länder, — alle diese in Aussicht stehenden Umstände werden, aller Wahrscheinlichkeit nach, den Zoll von 3,50 pro Doppelcentner Weizen und Roggen, zu einem winzigen Finanzzoll herabdrücken, so dass die Landwirthe und Grundbesitzer des deutschen Reiches darauf gefasst sein müssen, die nächsten 12 Jahre hindurch so gut, wie ungeschützt, diesem lawinenartigen Ansturme der ausländischen Konkurrenz mit dem ihn begleitenden, theils allmählichen Preisrückgange, theils mitunter plötzlichem Preissturze aller landwirthschaftlichen Produkte, die Stirn bieten zu müssen!

Ja, ist dies aber überhaupt möglich? Kann der landwirthschaftliche Betrieb und hiermit der bei weitem grössere Theil des Grundbesitzes ²⁾ im deutschen Reiche diesen Preisrückgang aller seiner Produkte, der bei den Cerealien, der Wolle, dem Fleische, dem Spiritus und der Stärke gegenwärtig bereits unter die Produktionskosten gesunken ist, und nur zeitweise, wie wir es vor 2 Jahren erlebt haben

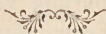
²⁾ Dass dies das thatsächliche Verhältniss zwischen dem Grundbesitze und der Landwirthschaft im Deutschen Reiche und zumal im Osten ist, darüber Näheres Kap. I u. II d. Schrift.

in Bezug auf die Cerealien, infolge einer allgemeinen Missernte und hinterher verschiedener Börsenmanöver in sein Gegentheil ausschlug, — wahrlich auch nicht zum Segen für die Landwirthschaft und den Grundbesitz³⁾ — auf die Dauer ertragen?!

Kann der Grundbesitz in Deutschland in dieser Hinsicht und unter diesen Umständen seiner „obersten Grundpflicht der ganzen Nation gegenüber“, wie sie Herr Prof. Schäffle in seinen „Deutschen Kern- und Zeitfragen“ formulirt hat und deren Erfüllung er kategorisch von ihm verlangt, — wirklich Genüge leisten?

Diese Fragen müssen wir gründlich zu erörtern und zumal jene vermeintliche „oberste Grundpflicht des Privateigenthums“ an Grund und Boden Schäffles, welche für alle „Konsumenten ohne Ar und Halm“ von den „leitenden Staatsmännern“ an bis zu den Proletariern herab, so recht typisch ist, — möglichst unzweideutig klar zu legen suchen.

³⁾ Die landwirthschaftlichen Grundbesitzer hatten in Folge der schlechten inländischen Ernte überhaupt nur wenig Getreide zum Verkauf zu bringen, und dies besonders damals, als die höchste Preishausse an der Börse durch ein sauberes „Consortium“ in Scene gesetzt worden war. Ausserdem befand sich das zu Markte gebrachte Getreide grösstentheils in diesem Zeitpunkte bereits in den Händen der Getreidehändler und Getreidespekulanten, wie es meist bei derartigen „Manipulationen“ zu sein pflegt. Der grosse Preisaufschlag kam daher auch damals nicht der Landwirthschaft und dem Grundbesitze, sondern dem Handel und der Spekulation zu Gute. —



I.

Prof. Schäffle äussert sich in seinen „Kern- und Zeitfragen der Handelspolitik“⁵⁾, welche die Aufschrift führen: „Berechtigung und Begrenzung des Agrar- und des Industrieschutzes“ wörtlich wie folgt:

„Nicht bloss blutig mittelst Pulver und Blei — mitten im Waffenfrieden der Völker ist Friedlosigkeit des internationalen Verkehrs, ist der Handelskrieg mit den scharfen Waffen der Tarife möglich. Möglich? Nein, leidige Wirklichkeit und zwar in hohem Grade! In dem Augenblick, da die „Kern- und Zeitfragen“ unter die Presse gehen, lodert nun endlich auch ein Zollkrieg für Deutschland und zwar ein solcher gegen Russland hoch empor. Dieser Brand wird gelöscht werden. Allein zum dauernd gesicherten Handelsfrieden der europäischen Völker, zu einem internationalen Verkehrszustand, bei welchem Industrie und Ackerbau zugleich gedeihen, wird es doch erst kommen, wenn man über die wahren Aufgaben und über die eigentlichen Streitigkeiten einer gesunden mitteleuropäischen Handelspolitik für Gegenwart und Zukunft unter Befreiung von Parteischablone und Parteischlagworten sich allgemeiner und vorurtheilsloser klar geworden sein wird. Diese Klärung soll hier in gemeinverständlicher, dennoch nur wissenschaftlicher Orientierung versucht werden.“

Wir können dieser Formulierung und Präcisierung des Problems, welches sich infolge der andauernden wirtschaftlichen und zum Theil auch industriellen Krisis jedem Denkenden aufdrängt, in diesen Eingangsworten der Schäffle'schen Abhandlung, allerdings unter Vorbehalt, beipflichten. Eine „Klärung“ über die „wahren Aufgaben“ und über die „eigentlichen Schwierigkeiten einer gesunden mitteleuropäischen Handelspolitik für Gegenwart und Zukunft“ ist in der That unabweisslich, wenn die richtigen Heilmittel zur Linderung (da Vorbeugung bereits ausgeschlossen ist) der Krisis ausfindig gemacht, wenn gerettet werden soll, was überhaupt noch zu retten ist! Hierbei wollen wir aber bemerken, dass der Frage eines Gedeihens von Landwirthschaft und Industrie zugleich, im internationalen Verkehrszustand, die Vorfrage eines Ge-

⁵⁾ Pag. 221 ff.

deihens beider dieser Produktionszweige innerhalb des deutschen Reiches auf Grund der List-Carey-Dühringschen Aufstellungen vorangehen müsste, und ferner, dass schon unter den gegebenen Umständen von einer „mitteleuropäischen Handelspolitik“ schlechtweg nicht gut die Rede sein kann. Eine „mitteleuropäische Handelspolitik“ mag wohl sowohl Herrn Prof. Schäffle und seinen Kollegen, als auch den „leitenden Staatsmännern“ des „neuen Kurses“ beim Abschluss der Handelsverträge vorgeschwebt haben; wie verfehlt aber dieses ganze, von deutscher Seite vermeintlich inaugurierte System einer mitteleuropäischen Handelspolitik ist, erhellt zur Genüge aus dem Umstande, dass die mitteleuropäischen Staaten, zu denen wir ausser Deutschland: Oesterreich, Italien, die Schweiz, Rumänien und Serbien zu zählen wohl berechtigt sind, allerdings Verträge untereinander, aber durchaus nicht solidarisch Verträge mit Russland, Frankreich, Amerika u. s. w. abgeschlossen haben — also nicht eine Zollunion begründet haben, welche allein als „gesunde mitteleuropäische Handelspolitik“ hätte angesehen werden können. Wir wollen daher lieber, weil richtiger, eine Klarstellung der „wahren Aufgaben“ und „eigentlichen Schwierigkeiten“ einer „gesunden“ reichsdeutschen Handelspolitik, als den vor der Hand allein in Betracht zu ziehenden Zweck der Erörterungen, sowohl Schäffles, als der unsrigen hinstellen.

Mit dem obigen Vorbehalte können wir auch den folgenden Absatz in Schäffle's diesbezüglichen Erörterungen und zwar diesmal mit grösserem Nachdrucke gelten lassen:

„Das Wünschenswerthe ist zwar die möglichste Freiheit des Handelsverkehrs der Völker, und sie ist berechtigt, da sie das höchste Maass anregenden Völkerwettstreites darstellt. Wo und wann jedoch die Handelsfreiheit einzelne Völker an der Entwicklung bestimmter Zweige der Volkswirtschaft hemmt oder sie in besonderen Schwächezuständen vorfindet, wo also der Wettstreit in Verkommen und Vernichtung durch Ueberlegenheit des Auslandes ausartet, ist auch jede Art der Konkurrenzhemmung gestattet, ja zur Erhaltung und Entwicklung des einzelnen Volkes als kräftigen Gliedes der weltwirthschaftlichen Völkergemeinschaft sogar geboten. Und zwar gleich sehr als Agrar- wie als Industrieschutz. Die Verkehrshemmung stellt unter den erwähnten zwei Voraussetzungen erst gesunde Entwicklungsbedingungen her. Dieselbe kommt dann für die Nationen vor dem Freihandel; das Hemd liegt näher als der Rock. Die volkswirtschaftliche Eigenentwicklung aller Völker ist die Grundlage für die höchste Blüthe der Weltwirtschaft, für die fruchtbarste Ausnutzung der Natur durch die Menschheit. Daher ist es Recht und Pflicht jeder Nation, nach der für jede Zeit höchsten Eigenentwicklung ihrer Volkswirtschaft zu streben.

Solche Entwicklung kann durch übermächtige Auslandskonkurrenz vereitelt und geschwächt werden, indem diese Konkurrenz die erst im Werden begriffenen Erwerbszweige am Erwachsen hindert oder die vorübergehend in einen besonderen Schwächezustand verfallenen Glieder und Zweige der nationalen Volkswirtschaft der Noth und selbst dem Untergang preisgibt. Da erweist sich die weltwirtschaftliche Konkurrenz nicht mehr als wohlthuernde Anregung, nicht mehr als vorwärtstreibender Sporn, sondern als wirtschaftlicher Vernichtungs-, Verdrängungs-, Unterdrückungs- und Ausbeutungskampf überlegener und voll erwachsener gegen geschwächte und halb erwachsene Volkswirtschaften. Da ist theils als Erziehungs-, theils als Stärkungsmittel auch der Schutzzoll berechtigt, bis die Erziehung vollendet und der besondere Schwächezustand wieder aufgehoben ist.“

Bis hierher ist Alles so korrekt wie möglich. Erst bei folgenden den obigen unmittelbar angeschlossenen Sätzen wird der Leser stutzig: „Nur müssen genau jene besonderen Voraussetzungen auch wirklich zutreffen und darf der Zollschutz nicht den einen Zweig der Volkswirtschaft bedrohen und vernichten, um einen anderen zu heben und zu retten.“⁶⁾

Man fragt sich hierbei unwillkürlich: Wem gegenüber gilt diese Verwahrung? Ist sie rein theoretisch, wie sie bei einem Professor sonst üblich und am Ende auch natürlich sein mag, oder soll sie sich auf konkrete, wirklich in der Praxis vorgekommene oder gar vorliegende Zustände beziehen?

Anfänglich scheint die erste Annahme die richtige zu sein. Der folgende Absatz ist dazu angethan, jedes auch noch so sehr beklommene, agrarische Herz zu erleichtern. Schäffle sagt nämlich: „Thunlichst bald und unmittelbar müssen die schonungs- und schutzbedürftigen Schwächezustände gehoben werden, damit die Schutzmauern ganz oder theilweise wieder abgetragen werden können. Soweit das Industrie- und das Landwirthschaftskapital nur immer fähig ist, die ungünstigen Konjunkturen des Weltmarktes auf sich zu nehmen, soll dies geschehen: denn das ist die grosse nationale Pflicht des Kapitals, des Privateigenthums an den volklichen Produktions- und Circulationsmitteln, wie es dagegen das grosse Recht desselben Kapitals ist, an den günstigen Konjunkturen durch wirtschaftliche Betriebsführung sich zu bereichern. Nun lässt sich nicht leugnen, dass es schutzbedürftige Schwächezustände giebt, und zwar ebenso für die Landwirthschaft wie für die Industrie.“ Wenn nun gar diesen Ausführungen gleichsam als endgültige Fixirung des Problems der Schlussatz sich

⁶⁾ p. 222 der „Kern- und Zeitfrage.“

anschliesst: „In einem solchen Schwächezustand befindet sich zur Zeit ein grosser Theil der Landwirthschaft“, so erscheint es als überhaupt ausgeschlossen, dass derselbe Autor in derselben Abhandlung zu Ergebnissen gelangen sollte, welche auf einen direkten Gegensatz zu allen diesen seinen bisherigen Erörterungen und Aufstellungen hinaus laufen.

Den Beweis, dass die dunkle Vorahnung, die den Leser zuvor beschlichen, leider eine wahre faktische Unterlage hatte, liefern schon folgende, sich unmittelbar anschliessenden Sätze: „Dieser Zustand besteht in dem, was ich unter der Bezeichnung unproduktive Ueberschuldung näher nachweisen werde. Dieses Massenleiden kann zwar durch einen „Agrarhochschutz“ nicht gehoben, sondern nur vorübergehend gemildert werden; und der Zollschutz zu Gunsten der nothleidenden Betriebe hat den gewaltigen Fehler, den nicht schutzbedürftigen, kapitalkräftigen Theil der Landeigenthümer, nicht auch ihre Pächter, auf Kosten aller Konsumenten in Gestalt hoher Getreidepreise zu begünstigen.“ Daher der Schlusssatz: „Die Hilfe muss hauptsächlich in der Reform des bauerlichen und namentlich Agrarkreditrechtes gefunden werden. Bis dahin soll der Agrarschutz bleiben, nachher kann er abgebrochen werden.“⁷⁾

Also: „unproduktive Ueberschuldung“ der wahre Sitz des Uebels, — wogegen der „Agrarschutz“ nur vorübergehende Linderung bietet und dabei mit dem „gewaltigen Fehler“ behaftet ist, dass er den „nicht schutzbedürftigen, kapitalkräftigen Theil der Landeigenthümer, nicht auch ihre Pächter auf Kosten aller Konsumenten in Gestalt hoher Getreidepreise“ begünstigt.

In diesen „typischen Sätzen“ Schäffle's liegt das „grosse mal entendu“, welches sich wie ein rother Faden durch alle wirthschaftspolitischen Kontroversen der Gegenwart, durch alle agrarischen und antiagrarischen Schriften und Reden unserer Tage hindurchzieht, — so recht grell beleuchtet vor Augen.

Es wird sowohl von der einen, als von der anderen Seite alles Mögliche pro und contra gesagt und geschrieben, ohne sich zuvor darüber klar geworden zu sein, über was und über wen man eigentlich spricht und schreibt. Daher kommt es, dass den Agrariern von ihren Gegnern sehr oft die Vertretung von Interessen in die Schuhe geschoben wird, die sie nie vertreten haben, und dass infolge dessen von den Konsumenten, „ohne Ar und Halm“ sehr oft ein Kampf mit Windmühlen geführt wird, ohne dass sie es selbst ahnen. In beiden Fällen haben wir auf beiden Seiten selbstverständlich nur Männer von ehrlicher Gesinnung

⁷⁾ ibid. p. 223.

und einer aufrichtigen, wenn auch noch so oberflächlichen Ueberzeugung im Auge, welche sich ganz naturgemäss auf Grund eines gewissen vom Selbsterhaltungstribe hergeleiteten und daher gesunden und berechtigten Klassenegoismus instinktmässig, sei es von der einen oder der andern wirthschaftlichen Richtung angezogen fühlen.

Die einen — die Agrarier — halten sich fast ausnahmslos für die Verfechter des landwirthschaftlichen Unternehmertums, als welchen sie den grössten Theil des Grundbesitzes ins Auge fassen. Die andern — wir wollen sie kurzweg „Antiagrarier“ nennen — es sind darunter ausser den „leitenden Staatsmännern“ des „neuen Kurses“ die meisten Beamten und Militärs, Professoren, Rentiers, ein grosser Theil der Industriellen, der grösste Theil des Handelsstandes und die Sozialdemokraten (das Handwerk und die ländlichen Arbeiter dürften dieser Richtung kaum angehören) zu zählen, — sind der Ueberzeugung, dass sie, indem sie die Agrarier bekämpfen, damit durchaus nicht die Landwirthschaft, sondern nur die gegenwärtigen Grundbesitzer und darunter zumal die Standes- und Majoratsherren, die „Zucker- und Spiritusbarone,“ die „bevorzugten Grossgrundbesitzer“ und sonstigen „arroganten Junker“ bekämpfen!

Was Wunder, dass bei einer so sehr widerspruchsvollen Auffassung des eigentlichen „agrarischen Problems“ eine ebenso end- als fruchtlose, eine ebenso leidenschaftliche als verhängnissvolle Diskussion durch alle Reichstags- und Wahlreden, Zeitungen und Brochüren hin- und hertobt zum grössten Ergötzen und zum besten Frommen der Sozialdemokratie, welche diesem wahren Hexentanze der „besitzenden Stände“ am Vorabend der „erlösenden sozialen Revolution“ — also dicht am Abgrunde — mit wahrer Genugthuung zusieht?

Wie steht es nun in Wirklichkeit mit jenem, wenn wir nicht irren, vom Reichstagsabgeordneten Rickert zuerst gebrauchten geflügelten Worte von einem Gegensatz zwischen der Landwirthschaft und dem Grundbesitz, der ebenso hier in den Ausführungen Schäffle's seinen unheimlichen Spuk treibt?

Wenn es hier allein auf eine theoretische, rein akademische Feststellung und Abgrenzung der Begriffe ankäme, dann wäre die Frage bald erledigt. Die Landwirthschaft oder das landwirthschaftliche Gewerbe ist eine ökonomische — der Grundbesitz eine rechtliche Kategorie. Insofern sind es keine sich gegenseitig ausschliessenden, aber auch keine sich gegenseitig nothwendig bedingenden Begriffe. Allerdings kann es keine Landwirthschaft ohne Grund und Boden geben, an welchem sie sich bethätigt. Die Landwirthschaft ist ja ihrem Wesen nach dasjenige Gewerbe, welches „das Land“ bebaut, bewirtschaftet — zum Zweck

der menschlichen Bedürfnissbefriedigung. Andererseits aber giebt es nicht bloss im Naturzustande Land, Grund und Boden, welche nicht landwirthschaftlich kultivirt sind; daher fallen die Begriffe von Landwirthschaft und Grund und Boden und hiermit auch von Landwirthschaft und Grundbesitz nicht nothwendig zusammen. Es sind dies selbstverständliche, auf der Hand liegende theoretische Erwägungen, die am Ende jedem Kinde plausibel gemacht werden können. Es ist auch niemals einem Agrarier eingefallen, diese einfachen logischen Wahrheiten und Thatsachen irgendwie leugnen oder verdunkeln zu wollen. Was wollen aber alle Antiagrarien, alle Konsumenten „ohne Ar und Halm“ durch die Herbeiziehung dieser theoretischen Erwägungen und der oben angeführten Thatsachen beweisen? Doch nicht etwa, dass es allein der Grund und Boden, welcher nicht landwirthschaftlich bebaut wird, derjenige ist, den sie als ihren Erbfeind bekämpfen? Wer ist nämlich dieser „nicht landwirthschaftlich“ exploitierte Grund und Boden? Vornehmlich der in städtischen Grundbesitz, unter industriellen Anlagen, im bergmännischen Betriebe u. s. w. befindliche Grund und Boden. Also derjenige Grundbesitz, den ja die meisten „Antiagrarien“ in ihrem Busen warm halten.

Was soll also, fragen wir noch einmal, dieser im Kampfe gegen die Agrarier herbeigezogene Gegensatz von Landwirthschaft und Grundbesitz bedeuten? Er läuft bei den einen auf eine bewusste Mystifikation, bei den andern, und zwar wir glauben gern bei den meisten, da wir stets lieber ehrliche Gesinnung voraussetzen — auf eine unbewusste, aber darum nichts destoweniger heillose Begriffsverwirrung hinaus, welche einzig und allein aus einer höchst oberflächlichen Einsicht in die sozialökonomischen und rechtlichen Verhältnisse Deutschlands zu erklären ist!

Diese Mystifikation oder Begriffsverwirrung schreibt sich davon her, dass bei dem landwirthschaftlich bebauten Grund und Boden nicht in jedem Falle der Grundbesitzer und der landwirthschaftliche Unternehmer auf demselben Grundstücke dieselben Personen sind!

Das ist der Schlüssel zum Räthsel, hierin liegt der Spuk geborgen, der das ganze „agrarische Problem“ und Alles, was daran hängt, zu einer so wenig erbaulichen Kontroverse zwischen den besitzenden Klassen der heutigen Gesellschaft gestaltet hat.

Die Agrarier sehen sich einzig und allein, wie schon oben bemerkt, für die Verfechter der Interessen der landwirthschaftlichen Unternehmer an —, die Antiagrarien glauben dagegen in ihnen die Verfechter der Interessen der nicht selbst wirthschaftenden, sondern nur müssig die Bodenrente einstreichenden Grundbesitzer bekämpfen zu müssen. Das ist das mal entendu, — der Grund des erbitterten

hasserfüllten Kampfes auf Leben und Tod zwischen dem, wie ihn die Engländer nennen, „land and monied interest“! Wie liegt nun die Sache in Wahrheit? Wer hat Recht, wenn überhaupt die einen oder die andern Recht haben sollten? Es liegt auf der Hand, dass in den agrarpolitischen und agrarrechtlichen Verhältnissen jedenfalls die Agrarier selbst für gewöhnlich besser orientiert sind, als ihre Gegner. Den Ersteren muss daher, ohne für dieselben daraus ein besonderes Verdienst ableiten zu wollen, eingeräumt werden, dass ihre Auffassung den Thatsachen mehr entspricht und zwar in doppelter Beziehung:

- 1) insofern es, auch ohne Statistik, wohl feststeht, dass zur Stunde in Deutschland die Mehrzahl der Grundbesitzer zugleich auch landwirthschaftliche Unternehmer auf ihren Grundstücken sind, wenn man dabei von den Domänen, Standes- und Majorats-Herrschaften absieht;
- 2) insofern es innerhalb unserer Gesellschaft, welche nun einmal das Privateigenthum an Grund und Boden nebst dem Kapitaleigenthume und das Erbrecht an beiden zur Grundlage hat, gerade unerfindlich ist, wieso man die Rente des Grundbesitzers — auch des nicht selbst Landwirthschaft betreibenden — für weniger legitim halten kann, als die Zinsrente des Rentiers, oder die Dividende des Aktionärs, oder die Bodenrente des städtischen Grundeigenthümers u. s. w.

Ueber Punkt 1 brauchen wir uns wohl nicht zu verbreiten. Es wäre allerdings zu wünschen gewesen, dass eine diesbezügliche genaue Statistik den „leitenden Staatsmännern“ vorgelegen hätte, bevor sie auf Kosten der Landwirthschaft und des Grundbesitzes ein ganzes System von Handelsverträgen aufzubauen für gut befunden haben. Zeit genug hatten doch wahrlich die Statistiker, anstatt manchen unnützen Krames, den sie inzwischen zu Tage gefördert haben, eine genaue Statistik über das Verhältniss von Landwirthschaft zu Grundbesitz auszuarbeiten. Hätte dieselbe vorgelegen, dann wäre vielleicht die Regierung sowohl als das Parlament davor zurückgeschreckt, eine derartige Rücksichtslosigkeit, wie sie in den auf 12 Jahre abgeschlossenen Handelsverträgen liegt — nicht einem seine Renten müssig und sorglos verzehrenden Magnatenthum gegenüber — ein Bild, welches wohl den meisten Antiagrariern vorschwebte — sondern einer überwiegenden Mehrzahl auf ihrer ererbten Scholle mühe- und sorgenvoll arbeitender, Landwirthschaft selbst betreibender, sowohl grösserer als mittlerer, als kleinerer Grundbesitzer gegenüber — zu üben!

In Bezug auf grösseren Grundbesitz gilt dies vornehmlich von Preussen und zumal von seinen östlichen Provinzen. Da ist seit Jahrhunderten jener so verhasste Junker erb-

ansässig und meist als landwirthschaftlicher Selbstunternehmer thätig, der seinen guten Theil dazu beigetragen hat, Preussen und mit ihm Deutschland zu einer Weltmacht ersten Ranges zu machen. Diese so verachteten Junker sind es, welche fast das ganze Offizierkorps des grossen Kurfürsten, Friedrichs des Grossen, überwiegend selbst Wilhelms I. und auch einen grossen Theil der Verwaltungsbeamten und Juristen in einer langen Reihe von Generationen innerhalb derselben Familien lieferten — also gleichsam den Kern jenes preussischen Beamtenstandes bildeten, welcher nebst der Armee als die Hauptsäule des mächtigen Baues des Hohenzollernstaates mit Recht gilt. Durch die Friedericianischen Kriegsanstrengungen finanziell erschöpft, wäre der erbensässige preussische Grundbesitz bei der grossen Katastrophe 1806—1812 mit dem Staate zugleich zu Grunde gegangen, wenn seine Inhaber die politische Existenz des States auf den Schlachtfeldern der Freiheitskriege nicht reichlich mit ihrem Blute erkauft und der Staat seinerseits diesem erbensässigen Grundbesitze, dem er noch obendrein damals die grosse soziale Reform der Aufhebung der Leibeigenschaft unter grossen momentanen Verlusten für denselben aufoktroyieren musste, auf dem Wege der Gesetzgebung nicht beigestanden hätte.

So fassten Friedrich der Grosse und später Freiherr v. Stein das Verhältniss des Staates zum erbangenessenen Grundbesitze auf. Die Gründung der Landschaften in den alten preussischen Provinzen sind ein bleibendes Denkmal dafür.⁸⁾

Und wie steht es heute? Heute jagt der Staat einem möglichst grossen Industrieexporte nach allen Himmels-
gegenden nach, während aus allen Himmelsrichtungen die Rohprodukte einlaufen und den Preis der eignen landwirthschaftlichen Produkte erdrücken. Der auswärtige landwirthschaftliche Produzent und Konsument in Amerika, Asien, Australien, Afrika ist das eigentliche Glücks- und Schosskind der „leitenden Staatsmänner“ und der meisten Konsumenten ohne „Ar und Halm“. Ihm werden die deutschen Fabrikate möglichst billig und selbst immer besser zugeführt! Ihm werden seine landwirthschaftlichen Produkte mit Vergnügen abgenommen — sie sind ja billiger wenn auch meist schlechter als diejenigen, welche der inländische Landwirth liefern kann. Um dieses schöne Geschäft, welches nach Meinung der „leitenden Staatsmänner“ allein Geld bringt, betreiben zu können, muss die Industrie und nebenbei auch alle von Zinsen und Gehältern lebenden „Konsumenten ohne Ar und Halm“ — möglichst billige Lebensmittel zur Verfügung haben, um möglichst billig fabrizieren zu können, also möglichst niedrige Löhne

⁸⁾ Darüber Näheres Kap. VI d. vor. Schrift. —

zu zahlen, denn so allein kann in dieser tollen Jagd nach dem goldenen Kalbe selbst über die Ozeane hinweg die Konkurrenz anderer, ebenso „schlauer Europäer“ aus dem Felde geschlagen werden!

Doch genug davon! Wir können uns auf eine eingehendere Erörterung dieser die Grundprinzipien der Nationalökonomie betreffenden Fragen hier nicht einlassen. Wir kommen noch im letzten VII. Kapitel darauf zurück. Eigentlich haben diesbezügliche Erörterungen heute keinen praktischen Zweck mehr. Es ist aber nicht überflüssig, zu konstatieren, dass wenn die deutschen Staatsmänner und die öffentliche Meinung in dieser Hinsicht falsch unterrichtet sind, sie dies in erster Linie der deutschen universitären Wissenschaft zu danken haben. So viel steht für uns fest, dass in dem Augenblicke, in welchem das alte Europa, ausgenommen Russland, von dem Banne der englischen Nationalökonomie unter der Firma: Adam Smith, Ricardo, Malthus, Stuart Mill, Cobden — sich nicht definitiv loszulösen verstand, wozu Deutschland einen blossen Anlauf unter der Aegide Bismarcks 1879—1887 gethan hat, ohne sich jedoch vollständig auf den Boden der Friedrich List'schen, Henry Carey'schen und Eugen Dühring'schen wirklich nationalen Oekonomie zu stellen, — sein Schicksal besiegelt war.

Man braucht wahrlich kein Prophet zu sein, sondern nur mit blossem Auge, ohne die englische Brille aufzusetzen, dreinzuschauen, um zu erkennen, dass wenn nicht etwa der „grosse Krieg in Sicht“ bald losbricht und ganz andere politische Konstellationen mit sich bringt oder etwa die „schlaueren Mitteleuropäer“ nach fühlbar gewordenem Schaden nicht noch rechtzeitig eines Besseren belehrt — England nebst seinen getreuen mitteleuropäischen Kämpen mit ihrer theils kosmopolitischen, theils bundespolitischen Wirthschaftspolitik — den zwei in grossem Stile nationale Oekonomie treibenden Staaten Nordamerika und Russland, an welche Frankreich Anschluss zu finden sucht — à la longue ökonomisch und in weiterer Folge auch politisch unterliegen müssen, was auch Prof. Schäffle dagegen sagen mag.⁹⁾

Was Punkt 2 anbetrifft, so ist ein Doppeltes dabei auseinanderzuhalten. Vor allem muss mit der falschen Bodenrententheorie, welche von Ricardo sich herschreibt, aufgeräumt werden. Trotz aller Modifikationen und „Verbesserungen“ durch Stuart Mill und die deutschen Nationalökonomien operirt man noch immer mit einer „reinen Bodenrente“. Nun giebt es aber im Kulturzustande keinen Boden mehr, in welchem kein Kapital steckte; es steckt daher auch in jeder Bodenrente der Zins von diesem mit

⁹⁾ Deutsche Kern- und Zeitfragen, pag. 292 ff.

dem Boden gleichsam verwachsenen Kapital, wovon Diejenigen keine Ahnung zu haben scheinen, welche die ganze heutige Ueberschuldung des Grundbesitzes, wie es selbst Schäfte thut, für eine unproduktive Ueberschuldung erklären. Sodann muss hervorgehoben werden, dass wenn auch ein ideeller Theil der Bodenrente auf keine Kapitalanlage zurückzuführen ist, dieser Theil immer nur aus der Preisbildung resultirt, nie aber als *causa efficiens* der Preisbildung wirksam ist, was bereits die alten Oekonomisten wussten, so die Physiokraten und Adam Smith, was aber in letzter Zeit zumal in den Schriften Henry George's und der deutschen „Landliga“ geradezu auf den Kopf gestellt worden ist.

Sobald man über die Bodenrente, als spezifisches Einkommen aus dem Grund und Boden — worin sowohl Zins als Unternehmergewinn aus dem im Boden angelegten Kapital, als auch der ideelle Theil des Einkommens enthalten ist, welcher sich aus dem Besitztitel allein herschreibt, und nur dann überhaupt existirt, wenn nach Abzug des Unternehmergewinns und des Zinses überhaupt noch etwas für den Grundbesitzer als solchen übrig bleibt — im Klaren ist, so erhellt auch ohne Weiteres die sozialökonomische Ungerechtigkeit und Ungereintheit, die mit einem anderen Masse Zins und Unternehmergewinn und die „soziale Besteuerung“, welche aus jedem Besitzrechte streng logisch folgt, misst, je nachdem diese Einkommenquelle aus dem Kapital oder aus dem Grund und Boden stammt.

Entweder sind nämlich die Rechte des Kapitals an seinem Zinse, des in industriellen Anlagen angelegten Kapitals an einem Unternehmergewinn und an einer Dividende obendrein eben sogut „wohlerworbene Rechte“ des Kapitals, als die Rechte des Zinses und Unternehmergewinnes an dem landwirthschaftlichen Betriebskapital und des Zinses von dem in dem Boden fixirten Kapital und der Besitzrente „wohlerworbene Rechte des Grundbesitzes“ sind — oder aber sind sie es beide nicht, sondern laufen beide auf einen „sozialen Raub“ übereinstimmend mit der Ansicht der Sozialisten hinaus. *Tertium non datur!*

In der Pacht kommt jene Trennung des landwirthschaftlichen Unternehmergewinns von dem Zinse von den im Boden fixirten Kapitalien und der ideellen reinen Grundbesitzrente zu unzweideutigem Ausdruck. Im Kulturzustande wird Pacht stets von einem Grundstücke gezahlt, in welchem ein gewisses Kapital angelegt ist. Der Pächter übernimmt eine mehr oder weniger vollkommene Werkstatt der landwirthschaftlichen Produktion, welche von dem Eigenthümer oder von seinen Vorgängern mit Kapitalaufwand hergestellt worden ist. Der Pächter betreibt auf dieser Werkstatt den landwirthschaftlichen Betrieb mit

seinem Betriebskapital und muss daher aus dem landwirthschaftlichen Ertrage vor allem seinen Unternehmergewinn und den Zins von seinem Betriebskapital wieder erstattet erhalten. Erst das, was nach diesem Abzuge aus dem Wirthschaftsertrage übrig bleibt, kann er dem Eigenthümer als Pachtgeld zahlen, wovon der letztere den Zins und die Amortisation seiner und seiner Vorgänger Kapitalauslagen decken und — erst dann das, was noch etwa darüber hinaus übrig bleibt, für sich aus dem Titel seines Besitzrechtes an Grund und Boden einstecken kann.

Ist dies nun legitim oder nicht? In Bezug auf Zins und Unternehmergewinn, ob bei Kapital in industriellen oder landwirthschaftlichen Anlagen bleibt dabei gleichgültig, — darüber sind wohl alle Besitzenden ziemlich einig. Wer aber die Legitimität der Grundbesitzrente anfechten will, wer wirthschaftspolitische Massnahmen des Staates und die ganze Gesetzgebung danach bemessen will, wie es Schäffle, Conrad, Buchenberger u. A. thun, ob der Grundbesitz grössere oder geringere Grundbesitzrenten beziehen soll, — der mag doch den Muth haben, ganz frei und offen sofort für eine Verstaatlichung des ganzen Grundbesitzes zu plaidiren und dann auch folgerichtig für die Verstaatlichung des ganzen Kapitals eintreten. Denn wir fragen noch einmal, sind die Besitzrechte am Kapital der heutigen Gesellschaft „heiliger“ als die Besitzrechte am Grund und Boden? Und wenn dies der Fall ist, dann bitten wir doch alle „Konsumenten ohne Ar und Halm“ mit den „leitenden Staatsmännern“ und Professoren an der Spitze, uns gefälligst die Gründe angeben zu wollen, warum dieser „ethische“ Unterschied zwischen den Besitzrechten des Kapitals am Zinse, Unternehmergewinn und Dividende und dem Besitzrechte des Grund und Bodens am Zinse, Unternehmergewinn und eventuellen Rente bei seinem spezifischen Einkommen, welches unter dem Namen der Bodenrente zusammengefasst wird — statuirt und wodurch er gerechtfertigt wird?

So lange uns die Gründe nicht gesagt werden, müssen wir annehmen, dass dieser Unterschied zu Ungunsten der Grundbesitzer einzig und allein auf dem Unterschiede der dabei in Betracht kommenden Personen beruht. Diese ganze Kontroverse würde dann auf eine blosse Geschmacksfrage hinauslaufen. Auf die Frage nämlich, ob für das fernere Wohl und Wehe der Gesellschaft die Existenz einer Mehrzahl Geheim-, Kommerzien- und Kommissionsräten oder aber von Oekonomieräten, Majoraten und Rittergutsbesitzern erwünschter und erspriesslicher wäre! Also eine müssige Frage, da bekanntlich „de gustibus non est disputandum“!

Im Lichte der obigen Erörterungen kann es nicht Wunder nehmen, dass Männer der Wissenschaft, welche

derartig grundlegende Fragen wie die eben erörterten, entweder gar nicht aufwerfen oder ganz schief beantworten — auch in der Folge ganz schiefe Urtheile über Staatsmänner und ihre Wirksamkeit fällen, wie es Schöffle in Bezug auf Bismarck und Caprivi in seinen „Deutschen Kern- und Zeitfragen“ thut.¹⁰⁾

Wir fordern jeden Wirthschaftspolitiker auf, diese akademischen Ausführungen zu lesen, wahrlich nicht ihres Werthes halber, sondern der Erkenntniss wegen, woher der Quell der sozialökonomischen Weisheit entspringt, an der wir uns seit zwei Jahren vom Regierungstische aus im Parlament und in der officiösen Presse zu laben nur zu oft Gelegenheit haben.

Nachdem v. Dellbrück für Deutschland und v. Hock für Oesterreich als „Kapazitäten allerersten Ranges“ hingestellt worden waren (p. 225), wird auf 50 Seiten an der von Bismarck 1879 — 1891 praktizirten Wirthschaftspolitik eine professorale Kritik geübt, welche alles übersteigt, was uns in dieser Beziehung bisher zu Gesichte gekommen ist und welche auf der 50. Seite in dem Ausspruche gipfelt:

„Eine ruhige Prüfung alles Einzelnen hat dem Verfasser dieses die weiterhin kurz an den Hauptzollgruppen erwiesene (?) Ueberzeugung beigebracht, dass die Caprivi'sche Handelspolitik erreicht hat, was bei der nicht durch sie (scil. sondern durch Bismarck) verfahrenen Lage überhaupt zu erreichen war“!

Der Leser wirft sich dabei unwillkürlich die Frage auf: Wer ist in diesem Falle der Meister und wer der Schüler? Hat der Prof. Schöffle sammt seinen Kollegen den Reichskanzler Grafen Caprivi und den Staatssekretär Freiherrn von Marschall oder umgekehrt beeinflusst? Die Uebereinstimmung der „Ueberzeugungen“ ist nämlich eine in die Augen springende! Die Beantwortung dieser Frage wird wohl und kann auch getrost als ewiges Räthsel fortbestehen. Im Endresultate kommt dies nämlich auf eins heraus. Eins muss jedoch hervorgehoben werden, nämlich dass diese Uebereinstimmung oder wenigstens diese gegenseitige Beeinflussung der officiellen Wissenschaft an den Universitäten und der officiellen Wissenschaft an den grünen Tischen der Regierung, Verwaltung und grössten theils auch der Gesetzgebung ein Faktum ist, welches sich durch die ganze deutsche Wirthschaftspolitik und soziale Gesetzgebung, wie ein rother Faden, mit nur geringen Intermezzos hindurchzieht. Ob zum Segen der ökonomischen Wohlfahrt des deutschen Reiches, ist eine andere Frage. Wir glauben es unsererseits nicht. Die „Konsumenten ohne Ar und Halm“ sind zur Zeit anderer Ansicht. Wie

¹⁰⁾ pag 223—293.

lange sie an dieser Ansicht festhalten werden, hängt von den Umständen ab. Geradezu erheiternd wirkt jedoch der Schlusssatz, mit dem Prof. Schäffle sein Kapitel „Das Endziel der Handelspolitik“ (pag. 292—295) zu Ende führt, indem er sagt: „Die Handelspolitik hat zur Zeit grosse parlamentarische Schwierigkeiten. Diese Schwierigkeiten wurzeln wesentlich darin, dass die Volksvertretung unvollständig ist, dass im Reichstag das Sonderinteresse der Volksschichten sich zu breit machen kann. Wie viel leichter wäre die Handelspolitik, wenn die Nationalvertretung eine im früheren Sinne vollständige und verhältnissmässige geworden wäre und die mässigen Zusatzelemente besässe. Alle grossen „Kern- und Zeitfragen“ haben eben einen tiefen Zusammenhang!“ Wie beschaffen aber jene „im früheren Sinne vollständige und verhältnissmässige Nationalvertretung“ wäre, hat Schäffle auf pag. 113 gesagt. Dort finden wir den Satz, auf den hier angespielt wird und der denselben wehmüthigen Ton anschlägt: „Schule, Kirche, Kunst, Wissenschaft, die Volkswirtschaft in ihrer Hauptverzweigung, sind überall unvertreten!“

Also genügt Schäffle noch durchaus nicht, dass die Universitäten durch ihre „kameralistischen Kollegien und Compendien“ die „leitenden Staatsmänner“ sowohl mit den meisten Verwaltungsbeamten, als auch die meisten „Gebildeten“ in ihren „sozialökonomischen Ueberzeugungen“, als auch den grössten Theil der Presse beeinflussen, — die Handelspolitik wäre seiner Ansicht nach noch viel „leichter“, wenn mehr Schulmeister, Pastoren, Künstler und last not least Universitätsprofessoren in den Parlamenten sässen! Ja „leichter“ wäre die Handelspolitik gewiss in der Richtung, in welcher sie heute gehandhabt wird, welche man kurzweg als eine „Wirtschaftspolitik der systematischen Enteignung der heutigen Grundbesitzer“ bezeichnen könnte. Ob sie darum „besser“ wäre, lassen wir dahingestellt. Es sei denn, man wäre ohne weiteres der Ansicht, dass eine „allgemeine nationale Verarmung“, welche dabei unvermeidlich herauskommen muss, je eher desto lieber zu jenem sozialdemokratischen „Kladderadatsch“ führen müsste, nach welchem es allerdings nicht ausgeschlossen ist, dass Schulmeister, „Diener des Étre Suprême“ oder „Priester des Absoluten“, Gelehrte und Beamte allein den sozialistischen Staat regieren werden!

Wahrlich „difficile est satiram non scribere“, wenn man solche sozialökonomischen und staatsmännischen Ausführungen liest. Wir mussten aber so lange bei denselben verweilen, weil sie, wie gesagt, geradezu typisch sind und wir uns dadurch in der Folge ersparen können, noch weiter auf andere diesbezüglichen Aeusserungen aus den „gelehrten“ Kreisen einzugehen.

Wir müssen nur bitten, im Folgenden daran festzuhalten, was wir durch diesen einleitenden Exkurs klar gestellt haben, dass nämlich, um das eigentliche „agrарische Problem“ richtig aufzufassen, nie jene beiden Thatsachen ausser Acht zu lassen sind: 1. dass der grösste Theil der Grundbesitzer Deutschlands, wenn man zumal von den königlichen Domänen und Forsten, den Standes- und Majoratsherrschaften absieht — zugleich landwirthschaftliche Unternehmer in einer Person sind, 2. dass selbst diejenigen Grundbesitzer, welche ihren Besitz anderen landwirthschaftlichen Unternehmern, nämlich Pächtern, zum Betriebe überlassen, in dem Pachtscilling vor allem den Zins von dem durch frühere Generationen in dem Boden fixirten Kapital zu beziehen berechtigt sind und auch das darüber hinaus extra noch Uebrigbleibende als Besitzende zu beziehen ebenso sehr oder ebenso wenig berechtigt sind, als sonst alle anderen Eigenthümer an sonstigen Produktionsmitteln.

Beide diese Gesichtspunkte müssen festgenagelt werden, da wir im Folgenden auf diesen beiden sozialökonomischen und sozialrechtlichen Thatsachen fussend, dem Herrn Professor Schäffle gegenüber, wo es gelten wird, Hilfe in dem „Schwächezustande“, in welchem, wie er es selbst am Eingange einräumt, „ein grosser Theil der deutschen Landwirthschaft zur Zeit sich befindet“, zu leisten, diese Hilfe auch für den Grossgrundbesitzer, jedenfalls aber wenigstens für den selbstwirthschaftenden mit demselben Rechte, wie für den bauerlichen Grundbesitz in Anspruch nehmen werden.

Prof. Schäffle beschränkt nämlich in dem schon oben citirten Satze „die Hilfe für die Landwirthschaft“ ganz folgerichtig in Konsequenz seines oben gekennzeichneten schiefen Standpunktes dem Grossgrundbesitze gegenüber, allein auf den bauerlichen Grundbesitz. „Die Hilfe“, sagt er wörtlich, „muss hauptsächlich in der Reform des bauerlichen und namentlich Argrarkreditrechtes gefunden werden. Bis dahin soll der Agrarschutz bleiben, nachher kann er abgebrochen werden“. Also nur für den Bauern soll sowohl der Argrarschutz zeitweise als auch die helfende Reform des Agrarkreditrechtes vorgenommen werden. Woher diese sonst auffällige Einschränkung sich herschreibt, wissen wir aber bereits: „Der Zollschutz zu Gunsten der nothleidenden Betriebe“ kann nur als ein *maius necessarium* angesehen werden und daher je eher desto lieber abgeschafft werden, weil er den „gewaltigen Fehler hat, den nichtschutzbedürftigen, kapitalkräftigen Theil der Landeigenthümer, nicht auch ihre Pächter, auf Kosten aller Konsumenten in Gestalt hoher Getreidepreise zu begünstigen.“

Also Herr Prof. Schäffle kann sich nur für die noth-

leidenden Bauern erwärmen — ausser diesen sieht er nämlich nur noch „nichtschatzbedürftige, kapitalkräftige Landeigenthümer“, welche ihre Güter verpachtet haben und dabei so habstüchtig und unersättlich sind, dass sie jede Preissteigerung des Getreides für sich einstecken, „nicht auch ihren Pächtern“ gönnen — als ob die Pacht-kontrakte von Jahr zu Jahr oder gar nach jeder Börsen-notirung zu Gunsten des Verpachtenden modifizirt werden könnten und also im Endresultate die Landeigenthümer allein die ganze Masse der „Konsumenten ohne Ar und Halm“ besteuerten! Wir sehen, hier reichen sich Prof. Schäffle und Henry George brüderlich die Hände!

„Nicht schatzbedürftig, kapitalkräftig“ und noch zu guterletzt die ganze Gesellschaft steuernd, — das sind die epitheta ornantia et significantia, welche von einem Universitätsprofessor und Staatsminister a. D. den Grundbesitzern Deutschlands, ausser dem bauerlichen Grundbesitz, an den Kopf geworfen werden!!

Wie ist es denn zu verwundern, dass die ganze liberalisirende „Intellegenz“ in den Parlamenten, in der Presse, in den Wahlversammlungen und nun gar die Sozialdemokratie — den ganzen Grossgrundbesitzerstand von dem bauerlichen Stande abtrennen und mit dem ruhigsten Gewissen dem Verderben preisgeben?!

Gegen diese Auffassung müssen wir an dieser Stelle im Namen der Wissenschaft und im Namen der Gerechtigkeit auf das entschiedenste protestiren! Das ist keine Wissenschaft — nicht einmal Sozialismus — das ist eben nur Kathedersozialismus! Der Grossgrundbesitz Deutschlands ist sich bewusst, einen weiteren Sinn und ein wärmeres Herz für alle „nothleidenden Betriebe“ zu haben, als es je den philosophirenden Professoren eingefallen ist!

Nach dieser Verwahrung, welche unumgänglich war, um freie Bahn für eine „Abhilfe in der Noth“ des ganzen Landwirthschaft betreibenden Grundbesitzes im deutschen Reiche offen zu halten, können wir die Handelspolitik und Prof. Schäffle auf eine Weile verlassen, um uns später noch einmal mit ihm eingehender und dann zu unserer aufrichtigen Freude mit grösserer Anerkennung zu beschäftigen. Dort nämlich, wo es gelten wird, eine specifisch bauerliche Reorganisation des Realkredites zu besprechen.

II.

Bei einer, wenn auch nur flüchtigen Umschau in der einschlägigen Litteratur fällt einem jeden Leser die Thatsache auf, dass auf die Frage, wie ist dem Grundbesitze und der Landwirthschaft anderweitig zu helfen, da ihm

in der Handelspolitik der Konsumenten wegen nicht zu helfen war — fast übereinstimmend die Antwort lautet: Reform des Agrarrechts insbesondere im Agrarkreditrecht; körperschaftlich - genossenschaftliche Standesorganisation des landwirthschaftlichen Kredites¹⁾ oder Organisation des landwirthschaftlichen Kreditwesens²⁾ oder genossenschaftliche Organisation des Hypothekenkredites³⁾ und ähnliches mehr.

Bevor wir aber alle diese Vorschläge vorführen, sei uns eine allgemeine Betrachtung gestattet über die wissenschaftliche Art und Weise — die Methode — einzuschalten, welche von den meisten „wissenschaftlich fachmännischen“ Autoren bei allen diesen eminent praktischen Fragen beliebt wird.

In dem richtigen Gefühle, dass sich diese Herren meist in diesen Fällen auf einem ihnen nur litterarisch und theoretisch zugänglichen Felde bewegen, und bei der unabweislichen und auch eingestandenen Unzulänglichkeit statistischer zuverlässiger Angaben, befolgen diese Herren die einzig in dieser Lage gangbare Methode, alle Argumente pro und contra möglichst „vorsichtig“, also mit allerlei Einschränkungen vorzubringen. Es wird unter Anwendung dieser Methode kein einziges klares unzweideutiges Urtheil gefällt. Die einschränkenden Wendungen wie „meist“, „zum Theil“, „vielfach“, „nicht ohne weiteres“, „gewisse“, „kein direkter Anlass“, „möglichst wenig“ u. a., mit welchen „vorsichtshalber“ alle Argumente pro und contra eingehüllt werden, führen nach Ansicht dieser Herren zu einer „objektiven, überlegenen, über jede einseitige Parteistellung erhabenen, echt wissenschaftlichen Position“.

Unserer unmassgeblichen Ansicht nach führt diese Methode oder vielmehr „wissenschaftliche Unsitte“ zu so flagranten Widersprüchen und offenbaren Ungereimtheiten, dass der gesunde Menschenverstand, der doch auch am Ende minder „fachmännisch wissenschaftlichen“ Köpfen nicht abzugehen braucht, nicht nur seine Rechnung dabei nicht findet, sondern geradezu beleidigt und verdrossen sich lieber an die Lehren hält, die ihm das „Leben“ bietet. Und er fühlt sich dazu um so mehr berechtigt, als er an Männern der Praxis und Theorie zugleich, wie Thünen, Rodbertus, List, Carey einen genügenden wissenschaftlichen Rückhalt findet.

Diese Betrachtung über „die Methode“, welche den

¹⁾ Schäffle, v. o. p. 281.

²⁾ So lautete das Thema einer Verhandlung in der XV. Sitzungsperiode 1887 des deutschen Landwirthschaftsrathes.

³⁾ A. Buchenberger, Agrarwesen und Agrarpolitik in A. Wagners Lehrbuch passim.

Männern der offiziellen Wissenschaft eigen ist und wohl auch immer eigen war, mussten wir einschalten, um die fortwährenden Widersprüche in der Begründung als auch die nur halben Massregeln in der Durchführung der Vorschläge, welche von offiziell wissenschaftlicher Seite in der vorliegenden Materie gemacht werden, einigermaßen zu erklären, aber auch zugleich keinen Zweifel über ihren praktischen Werth bestehen zu lassen.

Schon im ersten Abschnitte haben wir in Bezug auf Handelspolitik ein typisches Beispiel derartiger Methode aus Prof. Schäffle's diesbezüglichen „Deutschen Zeit- und Kernfragen“ herausgegriffen. Dasselbe wollen wir auch hier in Bezug auf Agrarrecht und Agrarkredit thun, indem wir die Ausführungen A. Buchenbergers, des Mitarbeiters Adolph Wagners an dem bändereichen „Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie“, in den Hauptzügen vorzuführen und kritisch zu beleuchten suchen.

A. Buchenberger konstatiert in seinen „Geschichtlichen Rückblicken“⁴⁾ als Signatur der Verschuldungen „in der älteren Zeit“, das Ueberwiegen „der Noth- und Nothstandsdarlehen (sic) neben den durch die Grundherrlichkeitsverfassung verursachten Schuldaufnahmen (insbesondere zur Bestreitung der Laudemien) — in der unsrigen dagegen der Darlehen des Produktivkredits (für Zwecke des Besitzererwerbs, der Melioration, des Betriebs), wobei in den Gegenden des Anerbenrechts die Erbabinflungskredite einen besonders breiten Raum einnehmen“. Dabei liegt es auf der Hand „auch in Ermangelung schuldstatistischer Ziffern“ über die ältere Zeit, dass während „ehedem der Zustand einer gewissen Kreditnoth den Grundbesitz und seine Vertreter in wirthschaftliche Nothstände versetzte“, heute „eher von einem Kreditüberfluss und einer durch übermässigen Kreditgebrauch verursachten Schuldnoth“ gesprochen werden darf.

Mit dieser allgemeinen Charakterisierung der früheren und heutigen Lage des Grundbesitzes und der Landwirthschaft in Betreff ihres Kredites können wir uns einverstanden erklären, wobei wir nur bemerken wollen, dass schon heute dieser Kredit seinem Zwecke und seiner Anwendung nach leider die ältere Form des „Noth- und Nothstandskredits“ immer mehr annimmt, was unserer Ansicht nach ein gar sehr „beunruhigendes Symptom“ ist, da in der älteren Zeit Nothstandsdarlehen von einem so gut als schuldfreien Grundbesitz aufgenommen wurden, während heute ein bereits über die Hälfte seines Werthes verschuldeter Grundbesitz derartige Nothstandsdarlehen in Folge der Schleuderpreise aller landwirthschaftlichen Produkte aufnehmen muss. Allerdings hat „das Wachsen

⁴⁾ pag. 13ff.

des Bodenwerthes über das ehemalige Werthniveau dem Kredit nicht nur eine breitere, sondern auch eine sehr viel mehr realisierbare Unterlage verschafft“. Wenn aber Buchenberger „die absolute Zunahme der Verschuldung“ daraus als erklärlich hinstellt, „ohne dass deshalb diese überall als ein im Vergleich mit den früheren Zeiten beunruhigendes Symptom ohne weiteres angesehen zu werden braucht, weil eben das Deckungskapital vielfach in noch höherem Grade als die Verschuldungsziffer gewachsen ist, was vielfach nicht genügend gewürdigt wird“, ⁵⁾ — so müssen wir dieser Begründung einer „akademischen Beruhigung“ in Betreff der ferneren Schicksale des Grundbesitzes in Deutschland widersprechen.

Was heisst „vielfach“ im Zusammenhange mit dem obigen „ohne weiteres“, wenn sie nicht Selbsteinschränkungen des eignen Gedankens sind, welche diesen Gedanken „vorsichtig“ in Dunst und Nebel aufgehen lassen? Doch wohl, dass ergo die Verschuldung des Grundbesitzes in Deutschland noch im weiten Felde liegt? Wie reimt sich dies aber mit der einige Zeilen zuvor konstatirten „Schuldnoth“ des Grundbesitzes und der Landwirthschaft zusammen?!

Der Leser dürfte sich über diesen Widerspruch von selbst beruhigen, wenn er im Folgenden noch viel ärgeren Widersprüchen begegnet und auch diese, unter Bezugnahme auf unsere einleitende allgemeine Betrachtung, „dem objektiven, wissenschaftlich überlegenen Standpunkte“ des Verfassers zu Gute schreiben und einfach wird „verschlucken“ müssen!

Unter § 110, welcher den Titel führt „Die Beurtheilung der Hypothekenverschuldung und der Besitzverschuldung insbesondere“ ⁶⁾ wird in dem Eingangssatze von A. Buchenberger die ganz allgemein gehaltene Behauptung aufgestellt: „Alle bis jetzt vorliegenden verschuldungstatistischen Zifferangaben der verschiedensten Ländergebiete zeigen insoweit eine Uebereinstimmung, dass die so vielfach befürchtete gleichmässige Ueberschuldung des gesammten ländlichen Grundbesitzes in Wirklichkeit nicht besteht. . .“ Man lese und staune nicht, sondern wäge jedes Wort sorgfältig ab unter Berücksichtigung der Anmerkung, welche schon der Aufschrift des Paragraphen, die wir eben wörtlich angeführt haben, beigelegt und unter dem Text abgedruckt ist. In dieser Anmerkung nämlich wird schon ein guter Theil der in dieser allgemeinen einleitenden Betrachtung aufgestellten Behauptungen „eingeschränkt“. Da heisst es zum Beispiel, dass „die vom

⁵⁾ pag. 14.

⁶⁾ s. Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie von Wagner II. Band, p. 39.

Verein für Sozialpolitik im Jahre 1883 angestellten Erhebungen über die Lage der Landwirthschaft in Deutschland . . . als Material zur Beurtheilung der vorliegenden Frage . . . besonders werthvoll“ seien. In demselben Zuge wird aber weiter gesagt: „sie sind aber . . . nur als Stimmungsberichte zu betrachten“. Sodann geht Verfasser zu den minder werthvollen Materialien über und sagt: „Aehnliches gilt . . . von den Verhandlungen der landwirthschaftlichen Interessenvertretungskörper u. s. w.“ Endlich kommt das „relativ werthvolle Material“ an die Reihe, nämlich „die landwirthschaftlichen Enquêtes der achtziger Jahre u. s. w.“

Man glaubt endlich festen Boden unter den Füßen zu haben! Dies ist aber eine Täuschung, in die allein ein „naiver Laie“ verfallen kann, denn der Verfasser fügt gleich hinzu: „Auch dieses (relativ werthvollste Material) reicht nicht aus, zu Schlussfolgerungen auf die Allgemeinheit verwendet zu werden“, — so dass der Verfasser selbst im grellsten Gegensatze zu der allgemeinen Betrachtung im Texte — in der Anmerkung zu dem folgenden unter seinen Ausführungen wohl „relativ werthvollsten“ Eingeständniss sich gezwungen sieht: „Für ein völlig zutreffendes Urtheil fehlt es eben vorerst noch an einer hinreichend (sic) statistischen Unterlage; daher auch die Betrachtungen im Text durchaus nicht den Anspruch erheben, eine gänzlich einwandfreie Erklärung und Würdigung der vielbeklagten Schuldnöth zu geben!“ (pag. 40.)

Und dieser Anmerkung gegenüber glaubt A. Buchenberger im Ernst sich im Texte „ein von vorgefassten Meinungen und doktrinären Erwägungen freies, d. h. unbefangenes Urtheil“ gewahrt zu haben?! Offenbar verwechselt er die Begriffe von „unbefangenen Urtheil“ und „Urtheilslosigkeit“ untereinander!

Dieser Anmerkung gegenüber glaubt er ferner berechtigt zu sein, den Agrariern speziell in Baden (pag. 41, und Anmerkung) einen Vorwurf daraus zu machen, dass sie den „vorliegenden statistischen Ermittlungen mit Misstrauen in die Richtigkeit des Erhobenen“ aufnehmen und wagt es ihnen unterzuschreiben, dass ihnen diese ganze Statistik, wie sie vorliegt, nur aus dem Grunde unlieb sei und eine Enttäuschung „statt des Gefühls einer Erleichterung“ bereitet habe (pag. 40), weil sie ihrem „weitgehenden agrarischen Programm (Zwangsablösung der Hypothekenschuld mit Staatshilfe, Schluss der Hypothekbücher u. a.)“ jede „Stütze“ entzieht?

Dass vielmehr ehrlicher Weise es den Agrariern zum Vorwurfe nicht gemacht werden kann, dass sie „einer Klarstellung durch weitere Erhebungen ängstlich aus dem Wege gehen“, wie es Verfasser in derselben Anmerkung (pag. 41) aus der badischen Enquête entnehmen will, wo

von einer „notorischen“ Ueberschuldung gesprochen wird, und jede weiteren statistischen Erhebungen in dieser Hinsicht als überflüssig hingestellt werden und zwar lediglich aus dem Grunde, weil die badischen Agrarier weitere in der Weise wie bisher gehandhabten statistischen Erhebungen für geradezu irreführend (wie auch bei A. Buchenberger) ansehen, — dies wird dem Leser noch klarer werden, sobald er noch die ferneren Ausführungen des Autors im Texte nachgelesen haben wird.

Verfasser leitet diese seine „vorurtheilslosen“) Betrachtungen, welche als definitives Schlussresultat gelten sollen, mit folgenden Worten ein:

„Unter den mancherlei Betrachtungen, die bei solch' vorurtheilsloser Würdigung des schuldstatistischen Materials sich aufdrängen, mögen die folgenden hier eine Stelle finden:“

Und nun werden diese „mancherlei Betrachtungen“ der Reihe nach in 5 Punkten auf 7 Druckseiten aufgeführt (pag. 41 ff.).

Wir empfehlen den Mitgliedern des Bundes der Landwirthe diese Lektüre auf das eindringendste und bedauern nur, sie nicht völlig zitiren zu können, da sie einen schlagenden Beweis für die Richtigkeit unserer Charakteristik der „wissenschaftlichen“ Methode der Beurtheilung und für die Halbheit der von dieser Seite vorgeschlagenen Massregeln zur Abhilfe liefern. Des Raumes wegen können wir hier nur eine Skizze davon bringen.

Dem Verfasser, der an „die Fabel der allgemeinen Ueberschuldung des Grundbesitzes u. s. w.“ nicht glaubt, drängt sich trotzdem hinterher folgende erste Betrachtung auf:

7) Wenn Verfasser sagt: „Einer sehr düsteren Beurtheilung der Verschuldungsverhältnisse aber ohne dass dieses Urtheil auf zuverlässige Zahlenergebnisse sich zu stützen vermöchte, neigen L. v. Stein und andere österreichische Schriftsteller (Freiherr v. Vogelsang, Preter, Peyrer, Ritter von Heimstätt etc. zu; ferner Ratzinger, Jäger, neuestens auch G. Hanssen die drei Bevölkerungsstufen 1889 S. 312 ff., zu); die deutschen Volkswirthe, wie Conrad Freiherr v. d. Goltz, v. Miaskowski, Roscher, auch Schäffle und selbst viele landwirthschaftliche Fachmänner, desgleichen die deutschen landwirthschaftlichen Interessenvertretungskörper haben sich ein viel unbefangeneres (!), ruhigeres Urtheil bewahrt. . .“ (pag. 40 Anmerk.), — so erscheint uns der österreichische Pessimismus viel „unbefangener“ als der im besten Falle „naive“ Optimismus der deutschen „Volkswirthe“ und leider Gottes auch mancher „landwirthschaftlicher Fachmänner“, in deren Häusern ausser dem Kalender nur noch die „Freisinnige Zeitung“ oder das „Berliner Tageblatt“ in diesen Fällen die ganzen „Litteraturbedürfnisse und Kenntnisse“ befriedigen resp. ausmachen! —

„Nicht sowohl die augenblickliche Höhe der Hypothekarverschuldung fordert zu ernsten (also doch!) Betrachtungen auf, als die wahrnehmbar fortschreitende Zunahme der Verschuldung, der gegenüber die Tilgung der Verbindlichkeiten „nicht völlig gleichen Schritt zu halten scheint (sic).“ In Preussen beträgt „die Mehrbelastung in den Jahren 1886 bis 1890 rund 520 000 000 M. . . ., die in Baden 90 000 000 M., in Oesterreich 1868-1889 eine solche von 660 000 000 Gulden.“ Diesen „wahrnehmbaren Thatsachen“ gegenüber giebt der Verfasser zu, dass „bei aller Vorsicht, mit der . . . die grundbüchmässigen Nachweisungen aufzunehmen sind, und so wenig verkannt werden darf, dass der jährliche Zuwachsprozent der Verschuldung im Verhältniss zum Gesamtwertb überall ein sehr mässiger (!) ist „man doch nicht wird umhin können „einzuräumen“ (wie ungern, ist aus diesen verschrobenen Redewendungen deutlich zu ersehen), dass „in der Gegenwart eine Tendenz zur wachsenden hypothekarischen Verschuldung des Bodens sich geltend macht, und dass die auf Abminderung dieser Schuldenlast abzielenden Gegentendenzen (!) an Wirksamkeit und innerer Kraft eingebüsst haben“ (pag. 42).

Diese erste Betrachtung läuft schon auf ein halbes Eingeständniss der Noth hinaus, weil sie die herannahende Möglichkeit der Noth zugiebt. Zugleich ist sie die beste Illustration zu dem bei den Agrariern so scharf gerügten Misstrauen gegen die bisherige Statistik.

Der „überall nur sehr mässige Zuwachsprozent“ der Verschuldung im Verhältniss zum Gesamtbodenwerthe, auf den sich hier Verfasser als auf eine bekannte Thatsache bezieht, ist bereits zuvor von ihm „statistisch nachgewiesen“ worden. Auf pag. 29 hatte bereits Verfasser eine Hypothekenstatistik vorgeführt, die er allerdings selbst für „wenig zuverlässig“ hält, auf der er aber trotzdem getrost seine Berechnung über das Verhältniss des Schuldenzuwachses zum Bodenwerthe stützt.

Wir zitiren sie ausführlicher, weil sie charakteristisch dafür ist, wie aus falschen oder wenigstens unzulänglichen statistischen Daten nothwendigerweise falsche oder wenigstens schiefe Schlüsse sich ergeben müssen⁸⁾.

Verfasser konkludirt folgendermassen: Der Werth des preussischen Grundbesitzes kann bei einem Umfange von 32,58 Millionen Hektaren und einem Grundsteuerreinertrage von 408,20 Millionen M. mit Gebäuden und Inventar auf einen Kapitalwerth von wenigstens 30 Milliarden Mark geschätzt werden und die Hypothekenschuld auf mindestens 10 Milliarden veranschlagt werden. Der jährliche Zuwachs an Schulden hat statistisch vom Jahre 1886 bis 1891 ins-

⁸⁾ p. 30 Ueber Meitzen's Aufsatz in den landwirthschaftlichen Jahrbüchern Band XIV.

gesamt 678 Millionen mehr Eintragungen als Löschungen ⁹⁾ betragen: also in 5 Jahren 2 bis 3 pCt. d. h. jährlich ungefähr $\frac{1}{2}$ pCt des Gesamtwertes des Grundbesitzes — ergo ist die Ueberschuldung des Grundbesitzes „eine Fabel“!

Dies ist ein Prachtexemplar der saftigen Früchte, welche die bisherige Statistik gezeitigt hat. Für einen „vorurtheilsvollen“ Agrarier der die Noth an seiner eigenen Haut und der seiner Leidensgefährten nur zu lebhaft zu fühlen bekommt, enthalten die obigen Sätze ein wahres Nest von höchstens halben, aproximativen Wahrheiten, verquickt mit allerlei ganzen und greifbaren Trugschlüssen.

Die Schätzung des Kapitalwerthes des Grund und Bodens der gesamten preussischen Monarchie wird in den Augen jedes praktischen Landwirthes und Grundbesitzers mit Misstrauen aufgenommen werden, sofern sie sich auf die Schätzungen der preussischen Grundsteuer allein stützt. Abgesehen davon, dass infolge der auf Grund der neueren agrarischen Technik vielfach heute zu modifizirenden Taxgrundsätze sich deshalb ein anderer Kapitalwerth des Bodens ergeben müsste, liegt eine Erhöhung dieses Werthes innerhalb von 30 Jahren ohne Weiteres auf der Hand. Mit der Verschuldung von 10 Milliarden ist nichts anzufangen, da dieselbe nur auf Konjekturen beruht. Ausser der hypothekarischen ist noch eine „dette flottante“ in Wechsell, Conticorrenti u. dergl. mit zu berücksichtigen: die faktische Verschuldung dürfte also eine noch viel höhere sein!

Allein selbst wenn die Schätzung des Kapitalwerthes als auch die Höhe der Verschuldung und der einzig zuverlässige Zuwachs von 678 Mill. Hypothekenschulden in den 5 Jahren von 1886 bis 1891 in Betracht gezogen werden, kann dann H. Buchenberger ohne weiteres 2—3% des Gesamtwertes des Grundbesitzes in 5 Jahren, ergo $\frac{1}{2}\%$ in einem Jahre, herausrechnen? Weiss er denn nicht, dass ein sehr beträchtlicher Theil des Gesamtgrundbesitzes, nämlich die königlichen Domänen und Chatouillengüter, die Privatgüter der Fürsten und Standesherren und die Majorate ganz frei von Schulden sind, dass also die Prozente des jährlichen Schuldenzuwachses nach Abzug dieser schuldenfreien Flächen auf die verschuldeten allein verrechnet werden müssen?!

Für jeden Unbefangenen ergibt sich aus dieser statistischen „Unthat“ unabweisslich der Schluss, dass diese ganze prozentuale Berechnung des Zuwachses an hypothekarischen Schulden im Verhältniss zum Kapitalwerthe des Grund und Bodens selbst gar keinen Werth hat, so lange die Regierung sich endlich nicht entschliesst, eine an-

⁹⁾ Die Löschungen sind meist auf Subhastationen zurückzuführen, s. pag 31.

gemessene und genaue Statistik des Grundbesitzes und seiner Verschuldung anzuordnen und durchzuführen, wozu ihr allerdings die Organe noch fehlten — ein Grund mehr, um solche Organe zu schaffen.¹⁰⁾

In seiner 2. Betrachtung konstatirt Verfasser, dass die Hypothekenverschuldung „grösstentheils aus Verpflichtungen des Besitzkredites hervorgegangen ist, also zumeist aus Erbabfindungsgeldern und Kaufschillingsgeldern sich zusammensetzt, wie dies schon von Rodbertus behauptet, zahlenmässig in den süddeutschen Agrarenquäten nachgewiesen und mittlerweile durch ähnliche Erhebungen in anderweitigen Staatsgebieten bestätigt wurde . . .“ Dies können wir gelten lassen, jedoch nur unter der auch faktisch nachfolgenden Einschränkung, dass es „ziemlich ausnahmslos bei der grossen Masse der bauerlichen Bevölkerung zutrifft“, während bei Grossgrundbesitzern „neben der Inanspruchnahme des Besitzkredites auch umfangreiche Verwendungen von Kapital in den Grund und Boden: Ausführung von Gutsbaulichkeiten, Anlagen von technischen Nebengewerben, Ausführung umfassender Meliorationen, namentlich Drainagen etc zu Elementen der Hypothekarverschuldung werden können und gerade in der Gegenwart in steigendem Masse geworden sind.“

Protestiren müssen wir dagegen, wenn Verf. diese seine trefflichen Betrachtungen schon wieder einschränken oder gar bei den folgenden Erörterungen ausscheiden will, vermeintlich weil diese Schulden wegen ihres „reproduktiven Charakters“, sobald sie nur „wohlüberlegt“ waren, auch „ihre Deckung regelmässig in nicht ferner Zeit finden“. Dass dies eben nicht der Fall ist und noch viel weniger unter dem Régime der neuen Handelsverträge der Fall sein wird, das weiss ein jeder praktische Landwirth. Die meisten grossen Meliorationen und „umfangreichen Verwendungen von Kapital“ zum Zweck eines intensiveren landwirthschaftlichen Betriebes wirken bei derartigen Schleuderpreisen für die meisten landwirthschaftlichen Produkte, wie wir sie mit geringen Ausnahmen in den letzten 2 Jahrzehnten gehabt haben, geradezu verhängnisvoll. Von möglicherweise und sogar aller Wahrscheinlichkeit nach dabei vorgekommenen „Irrungen“, d. h. falschen Kapitalanlagen, hätte Verf. in diesem Zusammenhange wohl gar nicht zu sprechen brauchen.

Die 3. Betrachtung, welche sich dem Verf. aufdrängt, ist folgende:

„Als Kraft, die im Sinne einer Steigerung der Ver-

¹⁰⁾ Ob diese Organe in Landwirthschaftskammern oder in Landschaften zu suchen und zu finden wären, welche in beiden Fällen in Kreisunterverbände verzweigt sein müssten, darüber Näheres Kap. V und VI der vorl. Schrift.

schuldung durch wachsende Inanspruchnahme des Besitzkredites in der Gegenwart bisher wirksam war, stellt sich überall die Zunahme des Bodenwerthes dar“. An dieser schiefen Redewendung (in der Gegenwart — war) ist schon zu ersehen, dass Verf. den Boden unter seinen Füßen schwanken fühlt und daher sofort zu den bewährten „Einschränkungen“ seines Urtheils greift. Mit dieser Zunahme des Bodenwerthes nämlich, welche für die Vergangenheit zugegeben werden soll, hat es in der Gegenwart bereits eine andere Bewandniß. Die Preise der Güter sind sogar schon in dem letzten Jahrzehnt von 1880 bis 1890 im Verhältniß zu den Preisen von 1870 bis 1880, zumal im Osten und bei Grossgrundbesitz bedeutend zurückgewichen — was in der Gegenwart nach Abschluss der Handelsverträge noch in einem höheren Grade der Fall sein dürfte, und nun gar innerhalb der nächsten 10 Jahre, wenn nicht ausserordentliche Umstände eintreten, kann infolge einer allgemeinen Depretiation und Deteriorisirung der Güter, der von der Sozialdemokratie so heiss herbeigesehnte „agrарische Kladderadatsch“, dem zugleich auch der industrielle und finanzielle auf dem Fusse folgen muss, perfekt sein.

Diese Kraft, welche im Sinne einer Steigerung der Verschuldung wirksam war, ist heute erlahmt. Es giebt heute Güter, welche absolut nicht verkäuflich sind. Aus freier Hand nicht, weil sie ihrer Ueberschuldung wegen nicht zu dem bei den heutigen Produktenpreisen angemessenen geringen Gutspreise verkauft werden können. Im Zwangsverfahren auch nicht, weil die Besitzer der zuletzt eingetragenen Hypotheken und der Wechsel des Guts-eigenthümers den letzteren lieber gleichsam als Beamten auf dem Gute halten, ihn auch noch Geld zum Betriebe der Wirthschaft lieber weiter leihen, als dass sie sich der Gefahr aussetzen, beim Zwangsverkaufe ihre ganze Hypothekenforderung sammt Wechsel einzubüssen. Wenn auch also eine Steigerung der Verschuldung als Folge einer Steigerung des Bodenwerthes heute kaum mehr zu befürchten ist, so kann man trotzdem dem Verfasser beipflichten, wenn er im Anschluss an diese seine dritte weniger gelungene Betrachtung die sehr wichtige Bemerkung knüpft, dass wenn man auf dem Standpunkt steht, dass es sozialpolitisch bedenklich sei, wenn der Grund und Boden zu einem „Monopol für geldkapitalistische Elemente werde“, und man eine Ordnung des Wirthschaftsrechtes vorzieht, „unter deren Herrschaft die Segnungen des Grundbesitzes möglichst weiten Kreisen der Volksgemeinschaft zugänglich gemacht werden können, so ist augenfällig der Besitzkredit an sich kein Objekt der Beanstandung, da ja eine steigende Inanspruchnahme des Besitzkredits nur ein Symptom für die Energie ist, mit der auch in den mit Kapitalbesitz minder

ausgestatteten Elementen des Volkes der durchaus berechnete und berücksichtigungswerthe Wunsch nach Erlangung von Grundbesitz sich geltend macht“ (p. 43).

Alles dies können wir gelten lassen, obgleich uns die „Segnungen des Grundbesitzes“ heute und für die nächst-absehbare Zukunft nicht gerade einleuchten. Es gehört mit zu den Gründen, warum die meisten „Konsumenten ohne Ar und Halm“ keines vorurtheilslosen, objektiven Urtheils über die wahre Lage des Grundbesitzes und der Landwirthschaft fähig sind, dass sie den Landwirthschaft treibenden Grundbesitz, zumal den grösseren, in Mitten von Parkanlagen, in Schlössern wohnenden, für eine reine Idylle halten, um die ihn alle „Konsumenten ohne Ar und Halm“ zu beneiden haben. Als ob es etwas Widerwärtigeres gäbe, als das glänzende Elend, welches oft heute in den ländlichen Schlössern zu Hause ist, und etwas Düstereres und Tragischeres als die schwarze Sorge um die Zukunft von Weib und Kind, welche in „herrschaftliche Landsitze“ eingezogen ist, und mit einer Auswanderung mit dem Bettelstabe in der Hand enden muss.

Die Unhaltbarkeit der Position für den Grossgrundbesitz — gerade umgekehrt also seine Depretiation und Deteriorisirung, nicht aber die Steigerung des Bodenwerthes sorgen heute dafür, dass „weiten Kreisen der Volksgemeinschaft“ diese unter den gegebenen Umständen allerdings problematischen „Segnungen des Grundbesitzes“ zugänglich werden. Es geschieht dies durch die theilweise Parzellirung grosser Güterkomplexe im Osten, durch Anlegung von Rentengütern, innere Kolonisation, Parzellirungsbanken¹¹⁾ u. s. w. Neben der eine gesunde Entwicklung in dieser Hinsicht hemmenden Verquickung dieser Frage mit politischen Bestrebungen ist dabei jedoch zu bedauern, dass wenn auch dieser Urfehler vermieden

¹¹⁾ Diese ganze Bewegung hätte einen ganz anderen Aufschwung genommen, und dann allein wären die bereits von der preussischen „Ansiedelungskommission“ verausgabten circa 50 Mill. Mark wirklich „sozial-ökonomisch rationell“ angelegt worden, wenn alle zur Ansiedlung auf den parcellirten grossen Gütern „disponiblen“ Elemente und Kräfte ohne Unterschied der Nationalität und der Konfession herangezogen worden wären. Dies ist aber bekanntlich nicht geschehen; und so rächt sich das ethische Odium einer beabsichtigten Massenenteignung erbansässigen Grundbesitzes, an dem im Verhältniss so winzigen sozialökonomischen Resultat, das mit einem so enormen Apparate erreicht wird.

Die doch sehr problematischen Erfolge der preussischen „Ansiedelungskommission“ sind unserer persönlichen Ansicht nach ein Beweis unter vielen, dass sozialpolitische Dinge mit Politik nicht verquickt werden dürfen, und zwar nicht allein in der internationalen Handelspolitik!!

worden wäre, die Bevölkerung im Osten weder dicht noch kapitalkräftig genug ist, um eine derartige Liquidation der grossen Privatlatifundien, welche überschuldet sind, im grossen Stile durchzuführen. Es wäre dadurch wahrlich beiden Theilen gedient und allein auf diese Weise dasjenige zu vermeiden, was Verfasser so mit Recht perhorresziert, dass nämlich „der Grund und Boden zu einem Monopol für geldkapitalistische Elemente werde“. Bei dem notorischen Mangel an bäuerlichen Elementen, welcher sich bei den grossen Flächen, die hierbei in Betracht kommen, bereits fühlbar gemacht hat, ist es durchaus nicht ausgeschlossen, dass bei der grossen „Leichenauflösung“ des Grundbesitzes im Osten, der „Stoffwechsel“ weder im germanischen noch auch im slavischen Sinne, sondern allein zur grössten „Ehre“ und zum grössten Segen des „auserwählten Volkes“ sich vollziehen wird. Derartige Güterkomplexe mit derartigen Kapitalaufwendungen für Gebäude, Inventar, allerlei technischen Anlagen und Meliorationen, Schlössern und Parkanlagen, wie sie der erbangesessene Grundbesitz im Osten in besseren Zeiten hergestellt hat, — können heute wo nicht von Prinzen, höchstens nur von der Grossfinanz behufs „Fixirung eines Theils ihrer zu hoch angewachsenen flüssigen Anlagen“ — erstanden werden!

In Betrachtung 4. stellt Verfasser, eine, wie er selbst vorausschickt, rein theoretische Betrachtung an, welche trotz allerlei Widersprüchen manche bemerkenswerthe Streiflichter auf die ökonomischen Auffassungen in Universitätskreisen, als auch manche sehr werthvollen Beiträge zur Frage der Hilfe in der Noth und zur eventuellen Linderung der Agrarkrise enthält.

Verfasser erörtert die Frage, ob es unter allen Umständen verhängnissvoll wäre, wenn „die Besitzkreditverschuldung selbst bis zum vollen Betrage des Werthes des Gutes oder Grundstückes“ reichte? und beantwortet sie dahin, dass eine solche äusserste Verschuldung „überall dann von einer bedrohlichen Folge für den Erwerber sich nicht als begleitet zu erweisen“ brauchte, wenn und insoweit „die Grundrente d. i. der Ertrag des Gutes oder Grundstückes nach Bestreitung aller auf der Wirthschaftsführung ruhenden Lasten und der Unterhaltskosten des Unternehmers regelmässig eine Höhe erreicht, dass aus der Rente die Zinsen und die Tilgungsquoten der Kaufschuld bestritten werden können, und man könnte aus dieser These schliessen, dass eine unterhalb jener Grenze liegende Verschuldung zu Besorgnissen überhaupt einen Anlass nicht gebe“. Wenn man nun den hier statuirten Begriff der Grundrente oder „Rente schlechtweg“ mit der in folgenden Sätzen mit dem Pachtschilling identifizirten Grundrente im Zusammenhange ins Auge fasst, so ersieht

man, dass diese „theoretische“ Betrachtung des Verfassers in Betreff der Grundrente an diejenigen Schwankungen und Unklarheiten laborirt, die wir schon oben als einen der Hauptgründe erkannt und gekennzeichnet haben, aus welchen die schiefen Urtheile Schäffle's und anderer unter der Firma: Adam Smith-Ricardo-Malthus-Stuart Mill grossgezogenen deutschen „offiziell-wissenschaftlichen“ Autoritäten sich herschreiben.

Verfasser sagt nämlich in dem unmittelbar folgenden Satze: „Wenn aus einem Anwesen im Werthe von 20000 Mk. eine zur freien Verfügung stehende Rente von 1000 Mk. gezogen wird, so ermöglicht dieser Rentenbezug die Tilgung einer Schuld von 20000 Mk. durch Aufnahme eines fünfprozentigen Amortisationsdarlehens in rund 40 Jahren; der Besitzer des mit dem vollen Werth belasteten Anwesens ist alsdann in der Lage eines Pächters, indem auch er auf die Grundrente zu Gunsten eines Dritten verzichten muss, indessen mit dem wesentlichen Unterschied, dass die Abführung der Grundrente in der Form der Kaufschillings-Annuität mit der Zeit zum vollen Eigenthum hinüberleitet, der Verzicht auf die Grundrente also ein temporär begrenzter ist.“

Was ist demnach die Grundrente in den Augen des Verfassers? Sie ist mit dem technisch-landwirthschaftlich benannten „Reinertrage“ nach Abzug nur noch des Unternehmergewinnes, den der Verfasser unter den wahren Begriff „der Unterhaltungskosten des Unternehmers“ subsumirt, — identisch. Diese Begriffsbestimmung der Grundrente ist nun falsch, denn sie ist entweder zu eng oder zu weit, was aus ihrer Identifikation mit dem Pachtschilling recht deutlich in die Augen springt. Die Grundrente kann nämlich nur als der ganze Reinertrag aus dem landwirthschaftlichen Betriebe auf einem gegebenen Grundstück aufgefasst werden, worin dann die Zinsen von dem im Boden fixirten Kapital in Kultur, Gebäuden, todtem und lebendigem Inventar und ein angemessener Unternehmergewinn enthalten sein müssen, wo dann aber diese Grundrente mit dem Pachtschillinge nicht identifizirt werden darf. Es würde nämlich niemand, es sei denn, dass er durch ausserordentliche Umstände dazu genöthigt wäre, ein Gut verpachten, aus welchem die Pacht nur den Unternehmergewinn, nicht aber auch zugleich die Zinsen und die Amortisation von dem im Boden fixirten Kapital einbrächte. Jede normale Pacht muss nämlich so viel bringen, dass sie nicht bloss die regelmässigen jährlichen Unkosten deckt, sondern darüber hinaus die Verzinsung und Amortisation der durch eine ganze Reihe von Generationen gehäuften Kapitalanlagen, — wonach erst die Deckung der Hypothekarschulden resp. der Kaufschillingsquote erfolgen kann. Dies lässt Verfasser gänzlich ausser Acht. Ein

derartig gekauftes Gut, dass die Schulden bis zu seinem vollen Werthe heranreichen, ist demnach mittelst Pacht gar nicht zu halten. Der Pächter bezieht ja aus dem Reinertrage des Gutes den Unternehmergeinn, von dem er lebt, und muss obendrein die Verzinsung und Amortisation seines Betriebskapitals herauswirthschaften. Was bleibt denn dem Besitzer übrig, wenn er auf den Unternehmergeinn zu Gunsten eines „Dritten“, des Pächters, auf die Verzinsung der festen Kapitalanlagen verzichtet und dabei noch den vollen Werth des Gutes an Hypothekengläubiger zu verzinsen hat. Es bleibt für ihn absolut gar nichts übrig!

Dieser Fall ist daher ebenso undenkbar als die übrigen Voraussetzungen, welche der Verfasser seiner „rein theoretischen“ These zu Grunde legt, und welche er als „in der Wirklichkeit des Lebens keinen Boden habend“ selbst bezeichnet. Diese beiden Voraussetzungen sind nämlich die: „einmal, dass während der ganzen Dauer der Tilgungszeit die Gutserträge irgend nennenswerthen Schwankungen nicht ausgesetzt sind, zum anderen, dass der für das Gut hinzugebende Kapitalwerth über den Betrag nicht hinausgeht, bei dem die zu erwirtschaftende und zur freien Verfügung des Eigenthümers stehende Rente zur Verzinsung und Tilgung der dem Kapitalwerth entsprechenden Schuld sich gerade noch ausreichend erweist.“

Dass die erste Voraussetzung „in der Wirklichkeit des Lebens keinen Boden hat“, in Anbetracht davon, dass im landwirthschaftlichen Gewerbe „noch viel weniger als in den übrigen Gewerbsthätigkeiten . . . in seiner Abhängigkeit von unberechenbaren und unabwendbaren Einflüssen der Witterung und von schädigenden Einflüssen anderer Art“ auf „eine Gleichmässigkeit der Jahresrenten“ gerechnet werden darf, — führt Verfasser zu unserer Freude recht „vorurtheilslos“ aus und erkennt hiermit die besondere Natur des Grundbesitzes, welche wir oben bereits gekennzeichnet haben, ausdrücklich an.

Und wenn Verfasser hinzufügt: „Die Grundrente ist . . . ganz abgesehen von der Beeinflussung durch die wechselnde Preislage der für den Markt produzierten Erzeugnisse nicht unerheblichen Jahresschwankungen unterworfen, in Hinblick auf welche die Abführung der vertragsmässig zu leistenden Schuldzins- und Schuldtilgungszahlen nicht immer verbürgt erscheint (pag. 44)“, — so beilegen wir uns, diese Aeusserungen des Verfassers, welche an dieser Stelle von einer tieferen Einsicht desselben in die besondere Natur des landwirthschaftlichen Betriebes andern Gewerbszweigen gegenüber und die besondere Natur der Grundrente als Einkommens, welche in logischer Folge eine besondere Behandlung des Grundbesitzes und der

Landwirthschaft von der Gesetzgebung postulirt, bekunden, — festzunageln!

Sie allein sollten genügen, um dem Verfasser seine „akademische Ruhe“ über die Verschuldung des Grundbesitzes zu stören, ganz abgesehen von dem infolge der Schwankungen des Zinsfusses auch noch schwankenden Kapitalwerthe des Grund und Bodens, auf welche Rodbertus, wie wir unten sehen werden, den Hauptnachdruck legt.

Verfasser lässt hier zu guterletzt Aeusserungen fallen, die es unbegreiflich erscheinen lassen, wieso er oben so schlankweg von „der Fabel einer Ueberschuldung des Grundbesitzes“ sprechen konnte. Wenn wir nämlich oben an mancher Stelle Kritik und zwar sehr scharfe Kritik üben mussten, so können wir hier unsere volle Anerkennung über folgende Sätze aussprechen: „... Derselbe Prozentsatz der Verschuldung ... berechtigt in verschiedenen Ländern keineswegs zu denselben Forderungen: je nach der Preisbildung des Grund und Bodens kann in dem einen Land ein bestimmter Prozentsatz der Verschuldung völlig unbedenklich sein, in dem andern Land bereits denkbar schwierige Lagen geschaffen haben. Diese Schwierigkeiten müssen wachsen, wenn die Organisation des landwirthschaftlichen Bodenkredits eine noch unvollkommene, den Bedürfnissen des Grundbesitzes nicht hinreichend angepasste ist: oder wenn die bei dem Eingehen der Besitzkreditschuld vorausgesetzten Daseinsbedingungen des landwirthschaftlichen Gewerbes unverhofften Aenderungen (Absatzstockungen, weichende Preise etc.) unterliegen und der Einfluss des Grundbesitzes sich nicht ausreichend erweist, der staatlichen Wirthschaftspolitik eine auf die Beseitigung dieser Schwierigkeiten abzielende Richtung zu geben: oder wenn gar welche nachtheiligen Verschiebungen, gegenüber den bei Eingehung der Schuld vorhandenen Rentabilitätsverhältnissen, mit ungenügenden Kreditorganisationen zeitlich zusammentreffen, wie dies für viele Staatswesen in der Gegenwart thatsächlich zutrifft, daher denn auch die in dem letzten Drittel dieses Jahrhunderts in die Erscheinung getretene Agrarkrise einen früher unbekannten langwierigen Charakter angenommen hat.“ (pag. 46).

Es sind dies goldene Worte, welche mit der „Fabel“ über die Ueberschuldung des Grundbesitzes schwer in logischen Zusammenhang zu bringen, aber nichtsdestoweniger für die Sache, welche wir vertreten, von grosser Tragweite sind. —

In der 5. Betrachtung deducirt Verfasser aus den obigen „für die Marktpreisbildung des Bodens massgebenden Tendenzen“, dass „die sich daraus ergebende Lage ... am misslichsten in den Gebieten des Anerbenrechts empfunden

werde . . . wo an den Eintritt in den Besitz von Grund und Boden die rechtliche Erbabfindungspflicht gegenüber den Geschwistern sich knüpft, weniger misslich in den Gebieten der Freitheilbarkeit“. Im Anschluss daran macht Verf. einen Ausfall gegen diejenigen, welche eine Schliessung der Hypothekenbücher verlangen. Er nennt ihr Verlangen „widersinnig . . . namentlich (also sonst auch) wenn die Vertreter dieses Begehrens im übrigen als grundsätzliche Befürworter des Anerbenerrechts-Instituts auftreten“ (pag. 47).

Nachdem der Verf. diesen „kräftigen Hieb“ den extremen Agrariern versetzt hat, „schränkt“ er dieses sein Urtheil sofort wieder ein, indem er folgende Wendung macht: „Es kann daher auch nicht die Beseitigung dieser Art von Besitzkreditschulden, sondern nur Abschwächung der aus dieser Verschuldungsart entstehenden Nachteile: durch richtige Werthtaxation, durch eine gewisse privilegierte Stellung des Anerben in Verbindung mit einer angemessenen Kreditorganisation und mit der Sorge für rechtzeitige Wiederabstossung dieser Erbabfindungsschulden, eventuell durch Auferlegung eines Tilgungszwanges, d. h. durch eine sachgemässe Ausgestaltung des Anerbenerrechts selber . . . Ziel einer massvoll ordnenden Agrarpolitik sein“ (pag. 47).

Hiermit schliessen wir unsern Bericht über die Ansichten A. Buchenbergers in Betreff der gegenwärtigen Lage des Grundbesitzes in Deutschland, als auch über seine Vorschläge hinsichtlich einer Verbesserung dieser Lage ab. Wir sind aber in der That im Zweifel, was wir als feststehendes Resultat dieser „Beurtheilung der Hypothekarverschuldung und der Besitzkreditverschuldung“ und der 5 daran geknüpften „Betrachtungen“ hinstellen sollen?

Erkennt Herr A. Buchenberger eine Ueberschuldung des Grundbesitzes und also eine „Noth“ in dieser Hinsicht an oder nicht? Je nachdem man die eine oder die andere Seite seiner Ausführungen liest, fällt die Antwort auf diese Frage bejahend oder verneinend aus. Wenn die Ueberschuldung und daher eine Noth des Grundbesitzes zugleich eine „Fabel“ sein soll und dabei doch von einer „Agrarkrise von einem früher unbekannten langwierigen Charakter“ gesprochen wird, so darf man sich nicht wundern, dass im Anschluss an diese „schwankende“ Beurtheilung der Lage auch die Vorschläge zur Abhilfe „sehr flau“ ausfallen und mit grösster „Ruhe“ dieser „überlegene, vorurtheilsfreie, echt wissenschaftliche“ Standpunkt bis zuletzt gewahrt wird.

Förmlich wohlthuend und herzerquickend ist daher für uns der Uebergang zu einer des Raumes wegen kurz gedrängten Skizzirung des Rodbertus'schen Ideenkreises. Hiermit gehen wir zugleich eigentlich erst zu einer endgiltigen Formulirung des Problems über. In Anknüpfung

an Rodbertus kann erst von einer Auffassung der Agrarkrise und von Vorschlägen zu ihrer Abhilfe im grossen Stile — die Rede sein!

III.

Wenn man das Titelblatt des Rodbertus'schen Hauptwerkes abliest, welches in die uns hier beschäftigende Materie einschlägt, so ist der erste Eindruck der, dass man es mit einem vom heutigen Standpunkte aus antiquirten Werke zu thun habe. Als Inhalt des Buches verkündet nämlich das Titelblatt Folgendes: „Zur Erklärung und Abhilfe der heutigen Kreditnoth des Grundbesitzes“.

Dieser „antiquirte“ Standpunkt scheint auch in dem Datum der Herausgabe des Werkes seine Bestätigung zu finden. Im Jahre 1869 ist es erschienen, also vor bald 25 Jahren. Man erfährt schon aus dem Titelblatte, dass damals bereits eine Agrarkrise, eine Kreditnoth bestand und zwar sowohl eine Immobiliär-, als auch eine Personalkreditnoth.

Dass überhaupt eine „Noth“ für den Grundbesitz und die Landwirthschaft auch damals bestand, erscheint einem „Agrarier“ kaum wunderbar. Weiss doch ein Jeder, dass in diesem Jahrhundert, von der Zeit an, als die englische ökonomische Weisheit nach Deutschland importirt, gepflegt und von den leitenden Staatsmännern zur Richtschnur ihrer Wirthschaftspolitik in praxi verwerthet wurde, — der Grundbesitz und die Landwirthschaft trotz aller Phrasen stets immer nur als Aschenbrödel neben Handel und später Industrie behandelt oder besser misshandelt worden ist und daher nie aus dem Zustande einer mehr oder weniger „latenten“ oder „akuten“ Agrarkrise herausgekommen ist. Und was die „Konsumenten ohne Ar und Halm“ betrifft, so wird von ihnen meist aus der philosophischen Betrachtung, dass „auf 100 Menschen überhaupt nur 2 glückliche kämen“, die weitere philosophische Anschauung hergeleitet: „Lieb Vaterland kannst ruhig sein und dir über die Schicksale der Landwirthschaft und des Grundbesitzes keine grauen Haare wachsen lassen, denn die Landwirthe klagen immer, sie haben immer geklagt und werden immer klagen.“¹⁾

Zur Orientierung jedoch der Agrarier sowohl, als der Konsumenten über die Grösse der heutigen „Noth“ und die „ausserordentliche Lage“, in welcher sich Landwirthschaft und Grundbesitz heute befinden und voraussichtlich noch viel mehr in absehbarer Zukunft befinden werden, trägt

¹⁾ S. Bericht über die Verhandlungen der XV. Versammlung des Deutschen Landwirthschaftsrathes, in welcher Prof. Dr. v. Miaskowski „diese hochphilosophische Betrachtung“ eines nationalliberalen Abgeordneten anführt (pag. 484).

es ausserordentlich bei, wenn man bei Rodbertus die Schilderung nachliest, welche er über die damalige Lage giebt. Er nimmt „die Mitte der 30er Jahre als den Ausgangspunkt des zu verfolgenden ökonomischen Verlaufs“, um die Ursachen der damaligen Immobiliarkreditnoth darzulegen. Selbst der grösste Optimist unserer Zeit in Bezug auf die heutige Lage einerseits und der grösste fachmännische Pessimist unter den Agrariern andererseits — beide allerdings mit ganz entgegengesetzten Gefühlen — bekommen nun folgende Schilderung der Lage des Grundbesitzes und der Landwirthschaft in dem dreissigjährigen Zeitraume, der vor Rodbertus lag, zu ihrer nicht geringen Verwunderung zu lesen:

„Was zuerst den Ertragswerth anbetrifft, so kann nicht bestritten werden, dass seit dem angenommenen Ausgangspunkt eine bedeutendere Steigerung der Rente und also auch des Ertragswerthes des deutschen Grundbesitzes stattgefunden hat. Diese Steigerung hatte die solideste Basis. Sie wurzelte in den beiden Faktoren des Reinertrages selbst, eben so sehr in der Produktmasse, wie dem Produktwerth, die sich beide gehoben hatten, — die erstere durch das Verdienst der deutschen Landwirthe, der letztere theils infolge der gestiegenen Bevölkerung und Industrie unseres eigenen Vaterlandes, hauptsächlich jedoch durch die Veränderung der englischen Korngesetzgebung.“²⁾

Einem jeden heutigen fachmännischen Landwirthe muss es als ein süsser Traum aus einem goldenen Zeitalter erscheinen, wenn von einem Steigen des Ertragswerthes des Grund und Bodens, der Rente und zwar infolge einer intensiveren, rationelleren Wirthschaft oder gar infolge günstiger Konjunkturen im Verkehr mit dem Auslande die Rede ist.

Wo sind die schönen Zeiten hin? Wohin sind wir heute im Vergleich zu damals gelangt? Was kann demnach die damalige Noth im Vergleich zu der heutigen gewesen sein? Doch wohl nur ein Kinderspiel oder eine Einbildung!

Wenn man aber weiter die von einem so regen Geiste und warmen Herzen für die Landwirthschaft getragenen Ausführungen liest, so lernt man bald einsehen, dass man dem Autor Unrecht gethan, wenn man seinen Standpunkt als antiquirt, die damalige Nothlage als imaginär anzusehen geneigt gewesen ist.

Je mehr man sich in die ganze, systematische, wirklich soziale, im grossen Stile angelegte Anschauung des Autors hineindenkt, woran man einzig und allein durch Weit-

²⁾ Es ist damit die Aufhebung der englischen Kornzölle, welche Richard Cobden an der Spitze der Manchesterliga durchsetzte, gemeint. S. Rodbertus, u. O. p. 44 ff.

schweifigkeiten und Wiederholungen gestört wird, desto mehr gelangt man zu der Ueberzeugung, dass man es mit einem Manne zu thun hat, der geradezu bahnbrechend gewirkt hätte, wenn er schon damals hinreichend gewürdigt worden wäre. Wären die Anschauungen und Lehren des Rodbertus beherzigt worden, hätte man den prophetischen Blick erkannt, mit welchem er schon damals im besten Falle „einen langen und schönen Abendsonnenstrahl“ (pag. 315) dem privaten Grund- und Kapitaleigenthume in Aussicht stellt, so wäre man während der nach ihm folgenden 30 Jahre wahrscheinlich nicht zu der unerquicklichen Lage eines bis über die Ohren verschuldeten und verarmten Grundbesitzes, eines in immer weniger Händen zusammengeballten Kapitalbesitzes, eines von diesem Kapitalbesitze nicht ganz unabhängigen Staates und in streng logischer Folge davon eines Parlamentes mit 40 sozialdemokratischen Reichstagsmitgliedern gelangt.

Wenn Rodbertus zu der Zeit, als er mit seinen bahnbrechenden Anschauungen über den landwirthschaftlichen Grundkredit hervortrat, nur vereinzelt und wenig Anklang fand, so erklärt sich diese Thatsache daraus, dass er als Landwirth und Grundbesitzer und dabei freier aber darum nicht weniger fachmännischer Nationalökonom, ganz ähnlich wie Friedrich List, Henry Carey, Eugen Dühring u. a. nicht zur „Schule“ gehörte, wie er sie selbst in seiner schneidigen Polemik der offiziellen Universitätslehre gegenüber nannte, und worunter er die an den Universitäten massgebende „historisch-ethische“, in theoretischer Beziehung aber schlechtweg „englische“ Schule verstand. Unter diesen Umständen konnte ihm höchstens und zwar erst nach seinem Tode ein „succès d'estime“, eine Anerkennung mit den üblichen „Einschränkungen“ und der beliebten „überlegenen“, vorurtheils- oder vielmehr urtheilslosen Kritik zu Theil werden,³⁾ was aber nicht ausschloss, dass seine Ideen unter anderen „Marken“ (z. B. der katheder-sozialistischen) hie und da auftauchten und sogar in der letzten Zeit in der Form der Rentengütergesetzgebung eine praktische Anwendung erfuhren.

Ein zweiter Grund, warum die Rodbertus'schen Ideen über die Natur des Grundbesitzes und die ihm allein auf Grund dieser Natur zukommende Verschuldungsform nicht durchschlugen, war der, dass die „Universitäten“ an den einzelnen Begründungen, welche Rodbertus für seine grossartige Reform der ganzen Grundkreditgesetzgebung an-

³⁾ Vgl. A. Buchenberger: „Lehr- und Handbuch der politischen Oekonomie von A. Wagner III. Hauptabtheilung. II. Theil über „Agrarwesen und Agrarpolitik“ und zwar § 117 mit § 118, die als „Musterprobe“ in dieser Hinsicht dienen können.

führte, eine „billige“ Kritik üben, ohne seinen Ideenkreis, als ein neues ganzes System der rechtlichen Behandlung des Grundbesitzes aufzufassen und zwar im Zusammenhange mit einer ganzen sozial-ökonomischen Weltanschauung, welche unverkennbar im besten Sinne modern-sozialistische Züge an sich trägt, zu begreifen.

Rodbertus ist kein „einseitiger Agrarier“, der nur die Interessen der Grundbesitzer als seiner Standesgefährten verträte. Er verliert nie die ganze Gesellschaft und ihre Schicksale aus den Augen. Einen handgreiflichen Beweis dafür liefern seine Ausführungen über Kredit und Kapital, seine geistreiche Polemik gegen die Kapitalbildung durch Sparen, welche an das von Friedrich List an den Pranger gestellte englische „Hunger- und Sparsystem“ lebhaft erinnert, seine Bodenrententheorie, seine Ideen über einen „normalen Arbeitstag“ und einen „natürlichen Arbeitslohn“ u. s. w. Dass Rodbertus und nicht seine Kritiker und Verkleinerer auf einem überlegenen, vorurtheilslosen, sozialwissenschaftlichen Standpunkte steht, muss einem jeden einleuchten, der seine „Soziale Betrachtung allgemeiner Art“, mit welcher er den II. Theil seines Werkes einleitet, mit Aufmerksamkeit und Verständniss liest.

Verfasser führt in grossen Zügen alle drei Produktionsfaktoren und die von denselben sich herschreibenden Einkommenszweige vor:

„Dem Kapital steht eine glänzende Zukunft bevor. Kapitalien sind Parzellen vom Nationalprodukt, insofern sie noch weiter der Produktion dienen. Ihre Natur ist die Beweglichkeit selbst. Sie vermögen sich in alle Formen umzusetzen, alle nationalen Grenzen zu überfliegen, sich zu ungeheuren Summen zusammenzuschichten, sich bis ins Kleinste zu zerteilen. Aus dieser Bewegung entspringt ihre Rentabilität, vermöge ihrer werfen sie ihren Gewinn ab. Man nennt Kapitalien todt, die keiner solchen Bewegung unterliegen.

Das Kapital hat auch bereits eine Gesetzgebung zu erlangen gewusst, die seiner Natur und seinen Gewinnen vollkommen entspricht. Nach welcher Richtung es sich bewegen kann, darf es sich auch heute bewegen. Was es in jeder Richtung gewinnen kann, darf es auch gewinnen. Es ist dies in der That auch sein „natürlicher“ Gewinn!

Und das Kapital hat auch die Gunst solcher Gesetzgebung zu benutzen verstanden.

Früher theilte sich der Kapitalgewinn in Zins und Unternehmungsgewinn. Um so viel, als der eine Theil fortnahm, war der andere niedriger. Die Ruhe blieb dem Zinse, das Geschäft dem Unternehmungsgewinn. Heute hat der Kapitalist in der Aktienform das Mittel gefunden, den Unternehmungsgewinn als „Dividende“ zum Zins zu schlagen und doch dabei die Ruhe des Rentiers zu ge-

niessen. Je massenhafter es sich zu solchen Unternehmungen vereinigt, desto ungefährdeter wird die Anlage, desto gesteigerter wird die Zins-Dividende, desto süsser die Ruhe; — Lockung genug, in gleichen Betriebsformen sich nach und nach des ganzen Gebiets der Industrie zu bemächtigen. —“

Und nun schildert Rodbertus den seiner Ansicht nach, die heute recht naiv erscheint, kolossalen Aufschwung, welchen das in Aktienform associrte Kapital innerhalb von 25 Jahren gewonnen hatte: „Die ganze preussische Staatsschuld, einschliesslich des Papiergeldes, betrug 1847 nur etwa ein Drittel des Vermögens“ der vier Eisenbahngesellschaften: der Köln-Mindener, der Rheinischen, der Stettin-Berliner und der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft, welche „binnen Kurzem jede ein Bahnnetz von 100 Meilen beherrschen, ja ein Kapital von an oder über 100 Millionen repräsentiren werden.“

Und dabei welche Organisation, „die einem Staat im Staate ähnlich sieht.“ Rodbertus vergleicht sie mit den alten Publikanengesellschaften Roms und knüpft daran folgenden prophetischen Ausblick in die Zukunft, welche unsere Gegenwart ist:

„Kann es ausbleiben, dass sie (die Kapitalgesellschaften in Aktienform) nach und nach auch deren politische Macht anstreben werden? Wenn es in der Natur jener Macht liegt, herrschen zu wollen, — sicherlich nicht! Wie zuletzt in Rom kein Konsul mehr gewählt werden konnte, er wäre denn zuvor bei jenen Domänenpächtern betteln gegangen, ja, wie nur sie es waren, die die Verfassung Roms erst untergruben und dann auch zur Grube tragen halfen, so werden nicht minder auch die modernen Kapitalistenassoziationen nach und nach versuchen und schliesslich auch verstehen lernen, unsere politische Maschine mit ihrem feinen Oele zu schmieren, denn „Geld ist Macht“ bestätigt Adam Smith. Und der Staat für sich allein, so gross seine Integrität heute noch sein mag, wird sich auf die Dauer nicht solchen Einflüssen zu entziehen vermögen. Gegen soziale Mächte helfen nur soziale Gegengewichte.“

Hier folgt eine ebenso meisterhafte Schilderung der Natur der Lohnarbeit, ihrer sozialen Stellung und der ihrer harrenden Zukunft. Auch sie hat eine neue Kraft, welche sie zu einer „Gegenmacht“ dem Kapital gegenüber erstehen lässt, in der Arbeiterassociation gefunden. Wir können es uns nicht versagen, das so plastisch und farbenreiche Bild, welches Verfasser von diesen sozialen Vorgängen entwirft, in extenso anzuführen:

„Die Arbeit — in ihrer Kooperation — ist die zunehmend produktive Schöpferkraft des gesammten Nationalreichthums. Die Gemeinschaft, die in dieser Kooperation liegt, verbindet nicht blos die lebende Generation mit ein-

ander, — längst ins Grab gesunkene Geschlechter theiligen sich noch heute in denjenigen hinterlassenen Werken an ihr, mittelst deren die heutige Generation überhaupt erst in ihrer gegenwärtigen Produktivität weiter zu arbeiten vermag. „Kein Nagel, — sagen die Engländer — „wird in England fabrizirt, der nicht auf die Eroberung der Normannen zurück zu führen ist.“ — Die Arbeit erhält ihren Lohn. — Nach der zunehmend produktiven Natur der Arbeit ist es daher klar, dass sie in ihrem Lohn ein Mitrecht an den steigenden Früchten der zunehmenden nationalen Produktivität zu beanspruchen hat. Ein mit der steigenden Produktivität mitsteigender Lohn ist in der That der „natürliche“ Lohn der Arbeit.

Mehr und mehr werden auch von dem vorgeschrittneren Theile der Gesellschaft diese Natur und diese Lohnberechtigung der Arbeit erkannt und anerkannt, — allein es fehlt noch viel, dass, gleich wie das Kapital die seiner Natur und seinem Gewinn, so auch die Arbeit die ihrer Natur und ihrem Lohn entsprechende Gesetzgebung errungen hätte. Aber die Arbeiter erheben sich heute deshalb. Damit thun sie nicht mehr, als was das Kapital schon gethan hat. Wie dieses seinen natürlichen Gewinn verfolgte, wie es nicht eher ruhte, als bis es seine Gesetzgebung errungen, die ihm diesen natürlichen Gewinn sicherte, wie es heute mit Energie, in allen denkbar wirksamen Formen sich um diesen seinen Gewinn schaart, so verfolgt die Arbeit ihren „natürlichen Lohn“, so erstrebt sie ihrerseits auch eine diesen natürlichen Lohn sichernde Gesetzgebung. Dass die Arbeit in diesem Streben mit andern Mitteln ringt, als das Kapital sie anzuwenden vermochte, liegt in ihrer sozialen Stellung, und dass die Gesetzgebung in dieser Aufgabe einen andern Charakter wird annehmen müssen, als wo es nur darauf ankam, den Schwingen des Kapitals Raum zu verschaffen, stellt weder die Gerechtigkeit des Strebens der Arbeit in Frage, noch tritt es dem Rechte des Kapitals zu nahe. Es ist noch kein Eingriff in den der eigenthümlichen Natur des Kapitals entsprechenden negativen Charakter der Gewinngesetzgebung, wenn die der eigenthümlichen Natur der Arbeit entsprechende Lohn-Gesetzgebung nur einen positiven Charakter verträgt. Es ist noch keine dem Kapital selbst wieder angelegte Fessel, wenn es nur auf den gesetzlich organisirten Widerstand einer gleichberechtigten und in diesem ihrem Recht sich beschränkenden Macht stösst. Vielmehr ist es Anmassung an dem Kapital, die Gesetzgebung für die Arbeit nach seiner eigenen gemodelt haben zu wollen. Die Naturen unserer volkswirtschaftlichen Grundlagen sind eben verschieden und „hart im Raume stossen sich die Sachen.“

Und die Arbeit, mag sie in dieser oder jener Lösung: „Nieder mit dem Kapital!“ oder: „Her mit dem Kapital!“

— beide nehmen sich an Verkehrtheit nichts — vorläufig ihr Ziel noch so falsch gesteckt, den dazu eingeschlagenen Weg noch so falsch gegriffen haben, die Arbeit wird zu ihrer Gesetzgebung gelangen, wie das Kapital zu der seinen gelangt ist. In ihren Assoziationen wird sich eine Macht organisiren, die dem Kapital mehr und mehr die ausschliessliche Berücksichtigung seitens des Staates streitig machen wird. Und diese Macht wird wachsen und der des Kapitals ebenbürtig werden. — Werden Beide, wenn sie die alleinigen Kämpfer auf der sozialen Werkstatt bleiben, sich nicht schliesslich den Staat selber streitig machen? — Wird dieser nicht unausbleiblich einem von Beiden in die alleinigen Hände fallen müssen? — Denn, es greift hier eine Erscheinung ein, die überaus merkwürdig ist. Zwar, das Wort: *Quot mercatores, tot traditores* ist uralte; aber heute hat nicht bloss das Kapital angehört, national zu sein und ist kosmopolitisch geworden, auch die Arbeit ist es. Wie im Mittelalter jeder der drei damaligen sozialen Stände — Geistlichkeit, Adel und Bürgerthum — mehr mit dem eigenen Stande in allen andern Ländern Europas zusammenhing, als mit den andern beiden Ständen des eigenen Landes, so scheinen auch unsere neuen drei sozialen Klassen — Arbeit, Kapital und Grundbesitz — wenigstens, was die ersteren beiden betrifft, einen analogen Gesellschaftszustand in Europa wieder anbahnen zu wollen. Das Kapital unterstützt bereits lieber das Kapital in andern Ländern der Welt als den Grundbesitz im eigenen Lande. Die Arbeit verschwört sich schon lieber mit der Arbeit fremder Länder gegen das Kapital des eigenen Landes, als dass es mit diesem einen billigen Frieden zu schliessen versucht. Wenn es wahr ist, dass sich Kraft durch Vereinigung progressiv stärkt, so ist nicht abzusehen, wie die nationale Selbstständigkeit der Staatsorganismen in den einzelnen Ländern Europas sich gegen soziale Kräfte sollte behaupten können, die sich durch alle Länder Europas geeinigt haben“.

Endlich führt Rodbertus den Grundbesitz — jene von den beiden hoffnungsvollen Sprösslingen verstossene Mutter vor, welche nur mühsam diesem „tollen Jagen nach dem goldenen Kalbe“ nachhinkt.

„Der Grundbesitz hat seine besondere Natur, wie Kapital und Arbeit sie haben. Er ist Parzelle von nationalem Grund und Boden. Er ist also Land, wenn auch Kulturland. Damit ist er das gerade Gegentheil des Kapitals: Er ist die Unbeweglichkeit selbst. Er kann sich niemals in etwas Anderes umsetzen, er bleibt immer Land. Er kann sich auch über keine Grenze fortsetzen, er muss im Lande bleiben. Er lässt sich auch nur schwer zu grösseren Komplexen zusammenlegen und lässt sich kaum weniger schwer zu kleineren Parzellen zertheilen.

Auch seinen besonderen Einkommenzweig hat der Grundbesitz. Wie beim Kapital im Gewinne, bei der Arbeit im Lohn, besteht derselbe beim Grundbesitz in der Rente. Die Rente ist immer nur das, was Lohn und Gewinn vom Ertrage des Grundstücks übrig lassen. Von Konkurrenz in Rente und Gewinn kann daher zwischen Grundbesitz und Kapital ebenso wenig die Rede sein, wie zwischen einem Ross und einem Vogel in deren Leistungen. Beide haben eben ihre eigene Art. Aus der Rente allein schöpft der Grundbesitz seinen Werth. Dieser beginnt mit ihr und hört mit ihr auf. Unser Vermögen ist nur Rentenvermögen. Die Rente ist unser „natürliches“ Einkommen!

Wie dem Kapital und seinem Gewinn, der Arbeit und ihrem Lohn, so kommt auch dem Grundbesitz und seiner Rente die ihnen entsprechende Gesetzgebung zu. Die Rente, wie sie allein den Werth des Grundbesitzes konstituiert, sollte ihn daher auch allein bemessen. Kein anderes Ausdrucksmedium sollte sich einschieben dürfen, um dem Grundbesitz einen andern Werth als Rentenwerth aufbürden zu wollen. Durch keinen solchen fremden Ausdruck sollten wir gezwungen werden dürfen, etwas Anderes als Rente stehen lassen, etwas Anderes als Rente theilen, etwas Anderes als Rente verpfänden, endlich etwas Anderes als Rente auch unsererseits übrig behalten zu müssen. Denn wir besitzen in unsern Grundstücken keinen andern Werth als Rente. Wir können daher auch nichts Anderes stehen lassen, theilen, verpfänden und übrig behalten als Rente. Das ist unser, ist das dem Grundbesitz und der Rente entsprechende Recht.

Und die Gesetzgebung?

Kapital und Gewinn haben die ihrige errungen; Arbeit und Lohn ermangeln noch der ihrigen; aber Grundbesitz und Rente sind so viel übler daran, als Arbeit und Lohn, wie Verfassungsverkehrtheit übler ist wie Verfassungslosigkeit, denn Grundbesitz und Rente haben heute unter einer ihrer Natur schnurstracks widersprechenden Gesetzgebung zu leiden.

Rodbertus stösst hier den Ruf aus: „Wie ungleichmässig werden also unsere sozialen Grundlagen vom Staate behandelt“, der durch die Handelspolitik „des neuen Kurses“ an Aktualität gewonnen und eine neue Illustration unter vielen andern in letzter Zeit erfahren hat. Auch das Bild, welches Rodbertus von dem Verhalten der Landwirths und Grundbesitzer entwirft, trifft leider auch heute noch zu:

„Durch altes Misstrauen und neue Eifersüchteleien sind wir uneins und getheilt. Uns fehlt der Instinkt des materiellen Interesses, den das Kapital in solcher Schärfe besitzt. Uns fehlt auch das Klasseninteresse, in dem sich

die Arbeit, wie Ein Mann, erhebt. Unter den Banden unserer falschen Gesetzgebung liegen wir schon schwer darnieder. Und, was das Uebelste ist, wir glauben noch selbst an den falschen Götzen dieser Gesetzgebung.

Wollen wir in dieser Zerfahrenheit fortvegetiren? Wollen wir als selbstständige Klasse von der sozialen Bühne abtreten und uns gänzlich vom Kapital ins Schlepptau nehmen lassen? Soll der Ringkampf, der sich zwischen Kapital und Arbeit entspinnt, uns als müßige Zuschauer finden, oder, was schlimmer ist, als den Diener des Kapitals? Was verhindert uns, uns nicht wenigstens zur Höhe der Arbeiter aufzuschwingen, die sich nichts mehr vom Kapital einbilden, sich nicht mehr vom Kapital gängeln lassen wollen? Sollten wir Grundbesitzer nicht eben so viel Zusammenhörigkeitsgefühl, eben so viel Ehrgeiz in uns wieder zu wecken vermögen? Sollten wir nicht ebenfalls versuchen müssen, uns an unsern eigenthümlichen Interessen wieder zu einer selbstständigen Macht in Gesellschaft und Staat empor zu arbeiten? — Das Kapital fasste seinen natürlichen Gewinn ins Auge, hat die Gesetzgebung, die denselben ihm sichert, errungen und ist heute allmächtig geworden, weil ihm kein Gegengewicht mehr die Waage hält. Die Arbeit beginnt sich um ihren natürlichen Lohn zu schaaren, und die Energie, mit der sie es begonnen, sichert auch ihr das Gelingen. Folgen wir also deren Beispielen! Sammeln auch wir uns um unser natürliches Einkommen! Sammeln wir uns um unsere Rente! Warum sollte uns nicht gelingen, was dem Kapital gelungen ist und der Arbeit gelingen wird? Sozial begehren wir nicht mehr, als was Kapital und Arbeit errungen und begehrt haben, und national sind wir vor Beiden berechtigt, zu erringen, was wir begehren. Der Staat müsste schon vollständig dem Kapital überliefert sein, wenn er nicht begreifen wollte, dass der Grundbesitz allein diejenige soziale Macht ist oder vielmehr werden kann, die vorzugsweise das nationale Element in der Gesellschaft vertritt, und der Staat, in seiner Besonderheit, beruht ja gerade auf nationalen und nicht auf sozialen Elementen.“

Diese Hauptsätze der Vorrede, welche wir in extenso zitirt haben, genügen wohl, um Rodbertus als einen Sozialökonomem ersten Ranges zu kennzeichnen: sie können auch dazu dienen, die Interessen, welche „der Bund der Landwirthe“ vertritt, in ein wahres Licht zu stellen und ein ganzes Programm für die landwirthschaftliche Bewegung der Gegenwart zu liefern.

Für eine oberflächliche Kritik⁴⁾ ist Rodbertus allerdings ein falscher Prophet gewesen und ein einseitiger Diagnostiker, in Bezug nämlich auf den Zinsfuss. Der

⁴⁾ v. O. A. Buchenberger. pag. 103.

letztere ist nicht gestiegen, sondern gefallen, und zwar darum gefallen, weil der riesige Aufschwung des Kapitals zugleich ein riesiges Angebot von Kapitalien, welche Anlage suchen, zur nothwendigen Folge hatte. Es hat sich weiter herausgestellt, dass nicht die Schwankungen des Zinses vornehmlich, wie Rodbertus meinte, die akute und langwierige Krisis herbeigeführt haben, sondern das Sinken der Rente und eine Ueberschuldung, die eine Folge von gestiegenem Bodenwerth, von Erbtheilungs- und Restkaufgeldern, Meliorationen u. s. w. war, eine Agrarkrisis heraufbeschworen haben, wie sie in der Weltgeschichte wohl selten vorgekommen ist. Andererseits aber sieht Rodbertus sehr wohl ein, dass diejenigen Voraussetzungen, von denen er im Jahre 1869 ausging, nämlich eine Kreditnoth aus steigender Rente und steigenden Produktenpreisen, sehr wohl in Zukunft in ihr Gegentheil ausschlagen kann, — was wir heute vor Augen haben. Auch die bezüglichen Ausführungen sind geradezu prophetisch; sie finden sich im Theil I, Absatz 2, welcher über „die nothwendige Erfolglosigkeit der bisher vorgeschlagenen Mittel“ handelt:

„Zuerst begegnen wir der Ansicht, gar nichts zu thun, vielmehr die ganze Hypothekennoth sich selber zu überlassen. Es ist dies die Ansicht des unsere Presse, unsere Kammern, unsere Kollegien und unsere Tagesredner zumal beherrschenden national-ökonomischen Systems, es ist der Grundsatz des laissez-faire . . . Unzweifelhaft würde nun auch auf diesem Wege das Uebel schliesslich sein Ende erreichen. Vorläufig dürfte es freilich noch steigen, weil auch der Zinsfuss noch steigen dürfte. Denn die beiden auf die Steigerung des Zinsfusses einwirkenden Ursachen haben sich noch nicht erschöpft. Noch vermehren sich von Tag zu Tag die Associationen, die, weil sie in der Dividende dem Leihkapital zum Zinse auch noch den grössten Theil des Unternehmungsgewinns zuwenden, deshalb auch den Zinsfuss für alle anderen Unternehmungen steigern; — und noch fallen immer mehr die internationalen Scheidewände, welche die Kapitalien der Länder niedrigen Zinsfusses von der Mitwerbung in den Ländern höheren Zinsfusses zurückhalten. Mit solcher weiteren Steigerung des Zinsfusses wird aber auch der unsern heutigen Grundverschuldungen zur Unterlage dienende Kapitalgrundwerth noch weiter zusammenschrumpfen und deshalb auch unsere Grundkreditnoth selbst noch weiter und tiefer um sich greifen. Alsdann werden sogar Aecker, die sich noch heute unter dem Pfluge befinden, aus der Kultur fallen, und der Ruin wird gross und allgemein werden. Allein, weil der Zinsfuss doch einst aufhören muss zu steigen, wird auch der Kapitalgrundwerth einst aufhören zu sinken und damit denn auch schliesslich die Grundkreditnoth ihr Ende erreichen. Nachdem also die Verheerung geschehen,

wird auch diese Kalamität, wie alle Kalamitäten, vorübergehen. Ist auch heute noch nicht ihr Ende abzusehen, — dass es einst eintreten muss, ist jedenfalls vorauszusetzen. Allein wie bei dieser Freihandelskur für das Ende der Kalamität gesorgt ist, so auch für ihre Wiederkehr. Nachdem auf den verödeten Stätten neues Leben erblüht, mit einer neuen Steigerung der Rente auch der Kapitalgrundwerth wieder neu gestiegen, vielleicht infolge eines neuen Fallens des Zinsfusses aufs Neue künstlich in die Höhe getrieben sein wird; nachdem den Grundbesitzern aufs Neue ein Spielgewinn an Kapitalwerth und Rente wird zugewandt und auch aufs Neue dieser fiktive Zuwachs infolge von Veräusserungen und Erbtheilungen mit Kapitalschulden wird belastet worden sein; nachdem die dann lebende Generation unsere heutige Noth längst vergessen, und sich in ihrem neuen Flor wieder ebenso sicher wähnen wird, wie wir uns vor 15 Jahren in dem unsrigen wähnten; — wird aufs Neue auch diese Generation eben so unsanft, wie wir es wurden, aus ihrem Traume gerüttelt werden, denn so wie ein neues Steigen des Zinsfusses eintritt, muss auch dies neue, wiederum nur auf der fiktiven Grundlage eines durch ein blosses Rechnungsmanöver aufgetriebenen Kapitalwerths aufgeführte Kultur- und Kreditgebäude aufs Neue zusammenstürzen. Wie also das laissez-faire-System für das Ende der Noth sorgt, sorgt es auch für die Wiederkehr. Statt den Grundbesitzkrisen abzuweichen, macht es sie periodisch gleich Handeskrisen und Pauperismus.“

Rodbertus sieht also durchaus nicht in den Schwankungen des Zinsfusses allein die Ursache aller „Nöten“ des Grundbesitzes, wie ihm diejenigen anzudichten suchen, welche ihn nur oberflächlich lesen. Nur für die damalige Zeit sieht er sie als Grund der damals sich fühlbar machenden Kreditnoth an. Im Folgenden zeichnet er aber mit hellseherischem Blick, wohin der Grundbesitz unter der Herrschaft des laissez-faire nothwendigerweise steuern muss, nämlich aus der Scylla der Kreditnoth in die Charybdis der Schuldnoth — neben dem Sinken der Rente auf ein Minimum infolge Preissturzes der Produkte auf Grund der ausländischen Konkurrenz und der Goldwährung — können wir heute hinzufügen, um das Bild vollständig zu machen.

Darum hat Rodbertus trotzdem die damaligen Voraussetzungen nicht mehr zutreffen, heute eine viel grössere Bedeutung als er sie damals haben konnte, und hoffentlich wird er heute einen ganz andern Einfluss auf die Stellung des landwirthschaftlichen Grundbesitzes, und wir wollen es ausserdem noch hoffen, auf die Stellung des Staates dem Grundbesitze gegenüber ausüben.

Das Uebel nämlich liegt wahrlich einzig und allein in

letzter Linie in der der Natur des Grundbesitzes mit einigen Ausnahmen schnurstracks zuwiderlaufenden Agrargesetzgebung, welche als der Natur des Grundbesitzes eben widersprechend an den Schwankungen des Zinsfusses zu beweisen Rodbertus viel schwerer war, als an der heutigen Krisis.

Heute liegt es klar vor Augen, was Rodbertus damals vergebens ans Herz zu legen suchte, sowohl den Agrariern als auch der Regierung, dass von wirklichem Segen für die Landwirtschaft und den Grundbesitz nur diejenigen Kreditformen waren, welche dem Rodbertus'schen Rentenprinzip mehr oder weniger nahe stehen, wie die Landschaften und sonstigen Hypothekeninstitute, welche unkündbare, amortisirbare Darlehen mit mässigem Zinse ausleihen.

Man sollte jedoch nicht vergessen, dass, wie sich das Blatt in dem Dezennium von 1869—1879 gewendet hat, es sich wiederum noch ganz anders wenden kann. Man denke sich einen grossen Krieg, der ungeheure Kapitalwerthe zu Grunde richten würde. Ein steigender Zinsfuss und eine Entwerthung des Grund und Bodens müssten nothwendigerweise darauf folgen, worauf die auf dem Grundbesitze unter dem Kapitalprinzip eingetragenen Hypotheken jede Unterlage und der Personalkredit der Landwirtschaft betreibenden Grundbesitzers erst recht jede Basis verlieren müsste. —

Wie sich also auch die Konjunkturen, sei es des Weltproduktenmarktes, sei es des Kapitalienmarktes, sei es des Gütermarktes gestalten mögen, — immer müssen die landwirtschaftlichen Grundbesitzer wiederkehrenden Krisen ausgesetzt sein, so lange sie mit demjenigen Rayon ihrer Hypotheken, welcher über die Hälfte des Gutswerthes hinausgeht, welcher also den gefährdesten und gefährlichsten Kredit ausmacht, — einzelnen kapitalistischen Gläubigern gegenüber stehen.

Das sieht Rodbertus so gut ein, dass er sich auf die strenge Anwendung seines Rentenprinzips bei der Verpfändung des ersten Hypothekenrayons durchaus nicht steift.⁵⁾ Derselbe ist ja meistens in den Landschaften genossenschaftlich organisirt, also geborgen. Rodbertus will sich daher schlimmsten Falls mit einer genossenschaftlichen Organisation der Hypothekenschulden über die Landschaften hinaus unter Anwendung seines Rentenprinzips auf die Letzteren vor der Hand zufrieden geben. Daraus ergiebt sich, dass für Rodbertus der Schwerpunkt nicht in dem Rentenprinzip allein, wie es immer dargestellt wird, sondern in einer körperschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des Grundbesitzes mit

⁵⁾ S. Rodbertus w. o. p. 376 ff.

einer Verschuldungsgrenze liegt. Diese Verschuldungsgrenze ist aber nach Ansicht des Rodbertus einzig und allein in der Rente, nicht aber in der kapitalisirten Rente zu suchen und zu finden, und darin wird er ewig Recht behalten.

Wie daher die wahre Bedeutung des Rodbertus als Nationalökonom nicht in seinen spezifisch agrarischen Auslassungen zu erkennen ist, so fällt der Schwerpunkt seiner agrarischen Aufstellungen nicht in die das Rentenprinzip an sich betreffenden, sondern in die den körper-schaftlichen und genossenschaftlichen Zusammenschluss des gesamten Grundbesitzes postulirenden Ausführungen. Diese werden auch als „diskutabler Kern“ von dem Schulsystem anerkannt, nachdem über das offenbar „völlig vergebliche“ Bemühen, gegen „eine Rechtsordnung, die dem Grund und Boden Kapitalqualität verleiht“, ⁶⁾ anzukämpfen, vornehm die Achsel gezuckt worden war. Dem Rentenprinzip, wie es Rodbertus fordert und begründet, wird einfach entgegengehalten: „für jedes im Verkehr befindliche Produktionsmittel bildet sich ein Werth, und es kann ein anderer zahlenmässiger Ausdruck, als er sich durch Kapitalisirung des von demselben zu erwartenden Reinertrages ergibt, überhaupt nicht gefunden werden. Dass die Werthbildung hierbei von den Schwankungen des Zinsfusses beeinflusst wird, ist richtig, aber unvermeidlich.“ ⁷⁾ Durch diesen „Keulenschlag“ ist Rodbertus mit seinem Rentenprinzip abgethan und nur „der diskutabte Kern“ wird von dem „herrschenden Schulsystem“ verwerthet, um angeblich eigene Vorschläge zur Linderung der Schuldnöth zu machen, die freilich auch nur, wie wir gesehen, mit so viel allerlei Einschränkungen anerkannt wird, dass Alles nach vielen Redensarten in den schon oben charakterisirten Dunst und Nebel aufgeht, und die schönste „akademische Ruhe“ über diesen agrarischen campo santo sich verbreitet.

Dass es Rodbertus mit seinem Rentenprinzip um ganz andere Dinge zu thun ist, als um den „zahlenmässigen Ausdruck“ des Bodenwerthes, dass er in der ausschlieslichen Anwendung des Rentenprinzips für Werthermittlung und Verschuldung des Grundbesitzes einen allein entsprechenden Massstab für beide findet und hiermit sie vor schwankende Kapitalisation und Ueberschuldung schützen will, — davon haben die meisten seiner Kritiker keine Ahnung. Jenen „zahlenmässigen Ausdruck“ kann sich übrigens ein Jeder, der in demselben befangen ist, auch unter der Anwendung des Rodbertus'schen Rentenprinzips bei der Werthermittlung und Verschuldung bilden. Ein Rentenwerth von 4000 Mk. ist jederzeit bei einem Zinsfusse von 5 % gleich

⁶⁾ S. A. Buchenberger w. o. pag. 106.

⁷⁾ Ibid.

einem Kapital von 80 000 Mk., bei einem Zinsfusse von 4 % einem solchen von 100 000 Mk., und auch die Herren Rentiers, welche dabei Gänsehaut bekommen, da sie ihre Kapitalien gleichsam verschwinden sehen, kann man unter Hinweis darauf beruhigen, dass ja Rodbertus ein Papier emittiren will, welches allerdings nur zur Rente berechtigt, welches aber doch wie jeder Pfand- oder Hypothekenbrief einen Kapitalwerth je nach dem Zinsfusse hätte, — also als Kapital marktfähig wäre. Bei einem Zinsfusse von 5 % würde man z. B. 4000 Mk. Rente mit 80 000 Mk. baarem Kapital kaufen können u. s. w. Für den Verkehr, für die Kapitalisten hätte also die Durchführung des Rentenprinzips nichts Bedenkliches, — im Gegentheil, die Kapitalisten würden eben so gut, wie die Grundbesitzer, davor geschützt sein, dass die Unterlage, auf der die einen Geld geliehen, die andern Geld geborgt, durch eine blosse Schwankung des Zinsfusses so sehr zusammenschrumpfen könnte, dass nur ein für beide Theile verlustreiches Substitutionsverfahren als *suprema salus* übrig bliebe.

Die Schwankungen der Rente infolge der ungleichen Erträge der Landwirthschaft sind doch wahrlich ein genügend prekäres Moment in der Werthbildung und Schuldenbegrenzung des Grundbesitzes. Dieses Uebel, welches dem Grundbesitze und der Landwirthschaft noch mehr anhaftet als jedem andern produktiven Berufe, es postulirt geradezu, dass dem Grundbesitze nicht ausser seinen specifischen Gefahren noch die Gefahren, welche aus den Oscillationen des Kapitalmarktes erwachsen, durch eine verkehrte, seiner spezifischen Natur keine Rechnung tragende Gesetzgebung, — obendrein auf den Hals geladen werden.

Noch in höherem Grade postulirt sie aber, und darin liegt wie gesagt der eigentliche Schwerpunkt der Rodbertus'schen Ausführungen, eine besondere „Kreditorganisation des gesamten landwirthschaftlichen Grundbesitzes“, ohne die sie sogar ganz undenkbar wäre, während das Umgekehrte wohl der Fall sein könnte.

Nachdem nun Rodbertus unter den Abhilfen aus der Kreditnoth seiner Zeit die Erfolglosigkeit auch derjenigen nachzuweisen gesucht hat, welche durch eine „Verbesserung des Hypothekenrechts . . . die Aufnahme von Kapital-schulden erleichtern . . . es sind dies die Vorschläge des reinen Kapitalismus“ (pag 35 ff.) und sogar die Unkündbarkeit nebst Amortisation (pag. 43 ff.) auf ihren richtigen Werth zurückgeführt hat, worauf wir noch im letzten Abschnitte bei Formulirung unserer Vorschläge zurückkommen werden, — geht er zur Formulirung seines Rentenprinzips über, an welches sich zu einem organischen Ganzen der körperschaftliche und genossenschaftliche Zusammenschluss

des gesamten landwirthschaftlichen Grundbesitzes eng anschmiegt.

Seine Forderungen in Bezug auf die Einführung des Rentenprinzips als allein zulässiger Form der Verschuldung des Grundbesitzes fasst er in 11 Punkten zusammen. Er schickt denselben folgende Definition voraus:

„Das Rentenprinzip besteht darin, dass der landwirthschaftliche Grundbesitz in allen ihn betreffenden Rechtsgeschäften nur als das behandelt wird, was er ist, als ein immerwährender Rentenfonds.“ (pag. 73.)

Für die praktische Anwendung ergeben sich aus diesem Principe folgende Gesichtspunkte:

„1. Die Abschätzung des landwirthschaftlichen Grundbesitzes nach dem Ertragswerth oder Rentengrundwerth, d. h. dem Rentenbetrage, den das Grundstück abwirft. (ibid.)

2. Der Rentengrundwerth ist in allen den Grundbesitz betreffenden Rentengeschäften der allein massgebende Werth (also bei Vererbungen, Veräusserungen, Verschuldungen etc.) (pag. 74.)

3. Miterben an einem Grundstücke haben nur Anspruch auf einen ihrer Erbquote entsprechenden Rentenanteil, auf eine immer währende Rentenabfindung. (Was jedoch eine freie Vereinbarung über eine Auszahlung der Erbtheile nicht ausschliesst). (pag. 76 u. 77.)

4. Verkäufer eines Grundstückes haben für den rückständigen Theil des Kaufpreises — *ex iure reservati domini* — nur Anspruch auf einen diesem Theil entsprechenden Rentenanteil, eine immer währende Rentenabfindung. (Es soll dadurch dem Güterschacher ein Riegel vorgeschoben werden). (pag. 79 Anm.)

5. Darlehne auf Grundbesitz können nur in Form des Rentenkaufs aufgenommen werden. (pag. 80.)

6. Alle den Grundbesitz aus Erbtheilungen, Verkäufen oder Kapitalaufnahmen dinglich belastenden Obligationen sind selbstständige Rentenobligationen. (pag. 80 und 82.)

7. Die urkundliche Form für die den Grundbesitz dinglich belastende Obligation ist der Rentenbrief.

Da alle Hypothekenschulden nur Rentenschulden und alle Rentenschulden selbstständige Grundschulden sind, so würde der gewöhnliche Rentenbrief, der der heutigen Individualhypothek entspricht, im Wesentlichen enthalten:

- a) den Namen des mit Rente belasteten Guts,
- b) dessen letztherausgestellten Rentenwerth,
- c) den Namen des Rentengläubigers,
- d) die aus der betreffenden Obligation schuldige Rentensumme,
- e) die dieser Summe vorangehende Rentenschuldsumme.

Der Name eines persönlichen Rentenschuldners oder des jeweiligen Gutsbesitzers würde also fortfallen. Den eben bezeichneten Rentenbrief würde man einen Gutsrentenbrief nennen können. — Auch solchem auf ein spezielles Gut radizirten Grundrentenbriefe würden alle Erleichterungen zu gewähren sein, die man heute in Bezug auf den Umsatz von Privathypothenen erstrebt. Würde mit der Renteneinführung zugleich das Personalkreditinstitut verbunden, und würde dann, wie es unzweifelhaft der Fall sein würde, jeder Landwirth dies Institut zum Vermittler seiner Einnahmen und Ausgaben machen, wie in England jeder Geschäftsmann seine Bank dazu hat, so würden selbst diese Individualgutsrentenbriefe mit Coupons versehen werden können, um bei jenem Institut die fällige Terminsrate zu erheben.

8. Es werden qualifzirte oder Landrentenbriefe kreirt. Solche Qualifikation erhalten diejenigen Rentenbriefe, die in der Inhaberform und unter solidarischer Verhaftung des Grundbesitzes des Landes ausgestellt sind. . . . Solche Landrentenbriefe sind nicht mehr Gutsrentenbriefe, Individualrentenbriefe, sondern analog den heutigen Kapitalpfandbriefen solidarische Schuldbriefe des gesammten Grundbesitzes des Landes, die zu dem Betrage emittirt werden, wie sie von den einzelnen Grundbesitzern unter Verpfändung jenes absolut sicheren Theils ihrer Rente begehrt werden, die nur noch die Rentensumme, für die sie gelten, enthalten, aber wegen ihrer Inhaberform, solidarischen Sicherheit und absoluten Priorität vor allen andern Privatschulden den oben sub Nr. 7 a, b, c, d, e bemerkten Inhalt entbehren können. (pag. 86).

9. Landrentenbriefe sind das gesetzliche Lösungs- oder Zahlungsmittel für alle Rentenobligationen, (um nicht bei allen Zahlungen ins Kapitalsationsprinzip zurückzufallen, pag. 87). Die Landrentenbriefe sollen die Stelle des Geldes für den Verkehr in Grundbesitz vertreten, als Grundgeld dienen Denn sie vereinigen infolge der erhaltenen Qualifikation alle Haupteigenschaften des Geldes in sich.

Zuerst und vor Allem: Sie sind ein Werthmass des Grundbesitzes selbst, denn der Rentenbrief ist selbst nur ein Theil des Rentenwerths, der dem Grundbesitz eigen ist. Ein Gut von 5000 Rthlr. Ertragswerth wird daher immer genau bemessen durch fünf oder zehn Rentenbriefe, deren jeder eine Rente von 1000 oder 500 repräsentiert. Der Rentenbrief ist also ein Grundwerthmassstab im strengsten Sinne des Worts.

Zweitens: So qualifzirte Rentenbriefe besitzen auch vermöge der bezeichneten Vorkehrungen die Eigenschaft in demselben Masse, wie sie den Grundwerth messen, ihn auch durch ihren eigenen Werth zu decken und also zu bezahlen, ebenso wie auch wirkliches Geld, Gold und

Silber, einen eigenen „inneren“ Werth hat (*intrinsèque* wie die französischen Oekonomisten sagen). Solche Rentenbriefe liquidiren daher auch auf der Stelle. Denn der Werth des Grundstücks, das gekauft wird, besteht ja nur in Rente, die nach Summen theilbar ist, also in einzelnen Rentenbeträgen, und der Werth der Rentenbriefe besteht ja ebenfalls in Rente, d. h. in Werth derselben teilbaren Art. Indem man also den Rentenwerth eines Gutes mit Rentenwerth in Rentenbriefen bezahlt, bezahlt man wie bei Gold und Silber, das auch nur den Tauschwerth einer Waare mit seinem Tauschwerth bezahlt, immer auch den Gleichwerth in dem bezahlten Gegenstande. Freilich ist Gold und Silber ein allgemeines Geld, für alle Waaren und Tauschfälle, denn der Tauschwerth ist der allgemeinste Werth, den eine Sache haben kann. Gold und Silber ist also Weltgeld. Rentenbriefe dagegen sind nur ein spezielles Geld, nur für den Verkehr in Grundbesitz, denn der Rentenwerth ist ein spezieller Werth des Grundbesitzes, sie sind daher nur Grundgeld. Aber in dieser speziellen Werthspähre verrichten sie ihre Funktion vollkommen so gut, wie Gold und Silber in ihrer allgemeinen Werthspähre. Sie übertreffen in dieser Beziehung sogar das Papiergeld, denn dieses bezahlt nur Waaren mittelst der mit ihm verbundenen und für realisirbar gehaltenen Anweisung auf Gold und Silber. Papiergeld ist also nur mittelbar Geld. Jenes Rentengrundgeld ist aber unmittelbar Geld, denn es verweist auf keinen Zwischenwerth, aus dem es erst seinen eigenen Werth schöpfte, sondern es trägt diesen, wie Gold und Silber, unmittelbar in sich, indem es den Werth, den es im Gute deckt, auch in sich selbst trägt. Wie daher der Rentenbrief, vom Verhältniss des Rentengläubigers zum Rentenschuldner aus betrachtet, nicht einmal ein Kreditpapier ist, so wenig wie ein Kaufbrief es ist, so ist der Rentenbrief als Grundgeld auch nicht einmal nur Kreditgeld, wie es das Papiergeld ist.

Drittens und viertens besitzen denn auch so qualifizierte Rentenbriefe in der Inhaberform die leichte Uebertragbarkeit und, in der Ausstellbarkeit in grossen und kleinen Apoints, die Theilbarkeit des Geldes.

So erfüllen daher Landrentenbriefe die Idee des Geldes — innerhalb der Sphäre des Grundbesitzverkehrs — im eminenten Grade, denn sie sind zugleich Werthmass und Quittung-Anweisung, letzteres in höchster Sicherheit und für die verschiedensten Werthportionen. Wer z. B. Grundbesitz in irgend einer grossen oder kleinen Werthportion in den Verkehr eingeliefert und dafür einen gleichwerthigen Rentenbrief erhalten hat, besitzt in diesem nicht bloss die Quittung für den eingelieferten Werth, sondern zugleich

auch die sicherste Anweisung auf den Verkehr für einen Grundwerth gleichen Betrages.

Wenn also ein Theil der Rentenbriefe des Landes in der bezeichneten Weise qualifizirt würde, so würden sämtliche Rentenbriefe in voreingetragene Landrentenbriefe und in nacheingetragene Gutsrentenbriefe zerfallen, jene unsern voreingetragenen Pfandbriefen, diese unsern nacheingetragenen Individualhypotheken vergleichbar. Aber wenn unter dem Kapitalprinzip Pfandbriefe und Individualhypotheken nichts mit einander zu thun haben, so würde sich hier ein sehr reger Verkehr entwickeln, denn man würde ohne Weiteres mit einem an der Börse gekauften Landrentenbrief jeden gleichwertigen Gutsrentenbrief einlösen können. Der Gutsrentengläubiger, der einen Landrentenbrief erhielte, würde hiervon den grössten Vortheil haben und die Möglichkeit solcher leichten Abtragung würde ausserordentlich viel zur Schuldentilgung beitragen.

So lässt sich voraussehen, dass Landrentenbriefe, weil sie zur Abbürdung von Schulden, zu An- oder Abzahlung von Kaufgeldern, zur theilweisen oder gänzlichen Auszahlung von Erbtheilen dienen oder selbst erforderlich wären, ein an den Börsen äusserst gesuchtes Papier werden würden. Schon hierdurch würden sie das Gleichgewicht ihres Werthes in sich selbst tragen, weit mehr sogar als Papiergeld, das an allen öffentlichen Kassen zum vollen Werth genommen wird; denn bei Behandlung des Grundbesitzes nach Rentenwerth gäbe es im Grunde kein anderes Zahlungsmittel als sie. Sie würden höchst wahrscheinlich ein Geld werden, das mitunter Agio abwerfen würde, womit denn — um mich hier kurz zu fassen — angezeigt wäre, wann jener Punkt in der Skala der Grundrente, der die Landrentenbriefgrenze bezeichnete, im Interesse des Verkehrs hinaus zu rücken sein würde. (pag. 87—92).

10) In allen Verkäufen unter öffentlicher Autorität darf die Deckung des Kaufpreises nur entweder durch Uebnahme von Rentenschulden oder durch Rentenzahlung — mittelst Landrentenbriefen — erfolgen (pag. 92).“

Endlich last not least, sondern hierin liegt vielmehr der Schwerpunkt des ganzen Entwurfes:

11) Um dem bezeichneten Theil der Rentenbriefe die Qualifikation von Landrentenbriefen zu verleihen, wird aus den verbundenen Grundbesitzern eine Behörde errichtet, welche die Grenze bestimmt, bis zu der Rentenbriefe dieser Qualifikation auf jedes Gut ausgefertigt werden dürfen; welche der Ausfertigung dieser Briefe vorsteht; die pünktliche Zahlung der Renten vermittelt; für die Förderung des Kurses der Briefe thätig ist; den Wirthschaftsbetrieb der Grundbesitzer überwacht, — kurz, analog den heutigen Landwirthschaftsbehörden, die ganze Kompetenz,

die zur gedeihlichen Leitung eines solchen Landrentenbriefinstituts erforderlich ist, ausübt.

Es ist klar, dass, wenn die Ausstellung der Gutsrentenbriefe, ebenso wie heute die Ausstellung von Individualhypotheken, dem Privatverkehr, unter vorschriftsmässiger Betheiligung der richterlichen und Hypothekenbehörden, überlassen wäre, für das Institut der Landrentenbriefe eine besondere Behörde nothwendig sein würde, ebenso wie heute für das Institut der Pfandbriefe. Eine solche Behörde ins Leben zu rufen, falls die Gesetzgebung zugleich materiell vorginge, würde nicht mehr oder weniger Schwierigkeiten bieten, als ihrer Zeit die Einführung der Landschaftsbehörden bot. Sollte es gelingen, unsere Provinziallandschaften zu einer Zentrallandschaft zu vereinigen, und demnächst zur Annahme des Rentenprinzips statt des Kapitalprinzips zu disponiren, — so würde sich das Rentenbriefinstitut, in natürlicher Anknüpfung an das Pfandbriefinstitut, um so leichter einführen lassen. Und weshalb sollten die Landschaften nicht in dieser Weise vorgehen? Seit der Unkündbarkeit der Pfandbriefe sind sie schon eine Art Rentenbriefinstitut, nur, dass sie noch im Uebrigen mit allen Mängeln des Kapitalprinzips behaftet sind. Dies konvertirte Institut würde dann mit der Konvertirung der Pfandbriefe in Landrentenbriefen zu beginnen haben. Und schon diese erste Operation würde im höchsten Interesse sowohl dieses Instituts selbst, — weil dieses dadurch der Gefahr entrückt würde, dass seine nach dem Zinsfuss von 5 emittirten Briefe, bei dessen Steigerung auf 6, ihre Sicherheit verlieren; des bepfandbrieften Grundbesitzes, — weil sich, bei gleichzeitiger Einführung des materiellen Rentenrechts, sofort das dringendste Bedürfniss nach dem Grundgeld, das die Landrentenbriefe abgeben würden, im Privat- wie im öffentlichen Verkehr, aufs Dringendste fühlbar machen und dies Bedürfniss nicht verfehlen würde, den Kurs der heutigen Pfandbriefzinsenbeträge in der Landrentenbriefform sofort höher steigen zu lassen, als derselbe Kurs heute in der Kapitalpfandbriefsform steht. Die voraussichtliche Steigerung würde auch den Pfandbriefsinhabern die Konvertirung der Pfandbriefe in Landrentenbriefe annehmbar machen, oder auch Banquiers bewegen, die Konvertirung zu vermitteln, ohne dass die Grundbesitzer deshalb ein Opfer zu bringen hätten.

Was dann noch die Grenze, bis zu welcher Landrentenbriefe ausgefertigt werden könnten, anbeträfe, so würde dies zu dem ganzen Betrage des behufs unserer Grundsteuerausgleichung ermittelten Reinertrags geschehen können. So ungleichmässig diese Reinerträge auch gegriffen sein mögen, so bieten sie sich doch heute als die nächste und natürlichste Norm des Grundwerthes an. Auch würde keine Gefahr dabei sein, bis zu diesem ganzen

Beträge vorzugehen, weil eben diejenige Gefahr, die beim Kapitalisationsprinzip darin liegt, dass wenn der Zinsfuß von 4 auf 5 steigt, der Grundwerth um 20 pCt. fällt, beim Rentenprinzip vollständig beseitigt ist, die zur Grundsteuerausgleichung angenommenen Reinerträge selbst aber so niedrig gegriffen sind, dass sie den gewöhnlichen Schwankungen der Grundrente nicht mehr unterliegen. —

Würde endlich das schon mehrfach angedeutete Personalkreditinstitut mit dem Landrentenbriefinstitut verbunden, so würde die Abtheilung für Personalkredit in den bei ihr zusammenströmenden Fonds auch die Mittel besitzen, auf den Kurs der Landrentenbriefe günstig einzuwirken, indem sich kein besseres Papier zur einstweiligen Belegung jener Fonds finden würde, als Landrentenbriefe. Dadurch würde diese Abtheilung zu einem natürlichen Reservoir der Landrentenbriefe werden, bei dem das Publikum seinen Bedarf an diesem Grundgelde leichter einkaufen würde, als an den Handelsbörsen, so dass das Renteninstitut kaum je veranlasst werden würde, zur Beschaffung von Baarmitteln seinerseits Landrentenbriefe an der Börse verkaufen zu müssen.“ (pag. 93 ff.)

Das Angeführte aus und über Rodbertus dürfte vor der Hand genügen, um die wahre Bedeutung seines sozial- und agrarpolitischen Systems in das richtige Licht zu stellen. Eine nähere Präzisierung unserer Stellungnahme zu demselben erfolgt in Kap. VI bei Formulierung unseres an Rodbertus sich in mancher Hinsicht anlehrenden agrarpolitischen Programms.

IV.

Wenn es einzig und allein auf eine theoretische Formulierung des uns beschäftigenden Problems ankäme, dann könnten wir uns mit der Darlegung und Kritik der beiden typischen akademischen Kundgebungen von Schäffle und Buchenberger in Kap. I und II und der Darstellung des grossartigen Reformplanes des Maines der Praxis und der Theorie, als welchen wir Rodbertus kennen gelernt haben, begnügen. Wir könnten unmittelbar an Rodbertus unsere eigenen Anschauungen knüpfen und unsern Agrarreformplan zur Darstellung bringen. Es würde sich hierbei zugleich ergeben, inwiefern der Rodbertus'sche Reformplan des ländlichen Realkredites zu modifizieren resp. zu erweitern ist, um der heutigen, um so viel prekäreren Lage des landwirthschaftlichen Grundbesitzes — der heutigen nicht Kredit-, sondern Schuldnöth — ein für alle Mal gründlich abzuhelfen.

Eh' wir dies jedoch thun, halten wir es für der Sache dienlich und förderlich, noch zuvor in zwei besonderen

Kapiteln zur Darstellung zu bringen und kritisch zu beleuchten, was in den beiden grossen verbündeten mitteleuropäischen Reichen die Männer der praktischen Wirthschaftspolitik in dieser Hinsicht bereits zu Tage gefördert haben, und zwar im Deutschen Reiche eine beratende Körperschaft der „Deutsche Landwirthschaftsrath“, — und was in Oesterreich, ein Schritt weiter, eine gesetzgebende Körperschaft, nämlich beide Häuser des Reichsrathes, als Regierungsvorlage zu berathen hatten.

Auch diese beiden Kundgebungen bieten nämlich ein werthvolles Material zur Klärung des Problems einer körperschaftlichen oder genossenschaftlichen Organisation des gesammten Grundbesitzes, wie sie von Rodbertus schon im Jahre 1869 in grossen Zügen skizzirt und in so beredten, von weitsichtigen sozialen Gesichtspunkten ausgehenden Ausführungen geradezu als soziales Programm für den landwirthschaftlichen Grundbesitz zur Darstellung gebracht worden sind.

Wenn wir mit den bezüglichen Verhandlungen im „deutschen Landwirthschaftsrath“ beginnen, so liegt die Berechtigung dazu einmal im Datum des Jahres 1887, in welchem sie stattfanden, während die österreichischen diesbezüglichen Sitzungen des Abgeordnetenhauses in das Jahr 1893, also in die unmittelbare Gegenwart fallen. Sodann aber auch aus dem Grunde, weil die Verhandlungen des „deutschen Landwirthschaftsraths“ zu keinem positiven praktischen Ergebnisse geführt haben und daher bloss als vorbereitende Materialien für uns von Werth sind, während die österreichischen Regierungsvorlagen vom Abgeordnetenhaus beraten worden sind, — also bereits das Stadium akademischer Diskussion überschritten haben, — für uns demnach den noch viel höheren Werth besitzen, als Beweis zu dienen, dass es Regierungen und Volksvertretungen heut zu Tage giebt, welche die „Noth“, in welcher sich der mitteleuropäische landwirthschaftliche Grundbesitz befindet, einsehen und derselben zu steuern sich nicht bloss für berufen, sondern auch für verpflichtet halten!

Die Verhandlungen des „deutschen Landwirthschaftsrathes“ in der XV. Sitzungsperiode im Jahre 1887¹⁾ hatten zum Gegenstande: „Die Organisation des landwirthschaftlichen Kreditwesens in Verbindung mit der Frage der Abänderung des Genossenschaftsgesetzes.“

Es hat also damals eine Berathung stattgefunden, deren Gegenstand fast genau mit dem Problem übereinstimmt, das die gegenwärtige „Grundkreditkommission des

¹⁾ Schon im Jahre 1884 hatten ähnliche Berathungen in der XII. Sitzungsperiode des deutschen Landwirthschaftsrathes stattgefunden.

Bundes der Landwirthe“ zur Erörterung und Entscheidung bringen soll.

Es war dieser Verhandlung eine Besprechung über die Lage der Landwirthschaft vorangegangen, ähnlich wie wir sie in der Einleitung des vorliegenden Referates vorgeanschickt haben. Dieselbe war damals von dem Reichsrath Grafen von Lerchenfeld-Köfering eröffnet worden, ²⁾ welcher in beredten Worten die verheerenden Wirkungen der ausländischen Konkurrenz schilderte und den doppelten Vortheil des Zolles dahin präzisirte: „erstlich ist der Preis des inländischen Getreides um einen Bruchtheil der Zollsätze höher, als er ohne Zoll sich stellen würde, zweitens haben die Zölle ganz erkleckliche Einnahmen geschaffen — ich glaube, 31 Millionen für 1886 —, welche in dem Verhältniss-Prozentsatz der Landwirthschaft zu gute kommen, zu welchem die Landwirthschaft an den allgemeinen Lasten theilnimmt.“ Der Zollsatz betrug damals 3 M. pro Doppelzentner. Es waren Zeiten, in welchen viele Landwirthe „den Himmel voller Geigen“ sahen. Der Bann war gebrochen: man stand am Vorabend einer Erhöhung der Zölle auf 5 M. Bei dieser, im Vergleiche zu der heutigen, „rosigen“ Lage entgeht es jedoch dem Grafen v. Lerchenfeld nicht, dass ein in seinem Kredite nicht entsprechend organisirter Grundbesitz bei der Werthsteigerung des Grund und Bodens, welche sich dabei ergeben würde, einer doppelten Gefahr ausgesetzt sein müsste. Graf v. Lerchenfeld kennzeichnet diese Gefahr in folgenden Worten: „Erstens ist die Belastungsfähigkeit des Grund und Bodens eine erhöhte: es können mehr Schulden darauf gemacht werden, welche doch auch wieder zur Rückzahlung und zur Verzinsung kommen müssen: und zweitens sind die Uebernahmspreise aus Erbschaften höhere, weil sich die übrigen Geschwister bei der Uebernahme des Einzelnen nicht billigere Ansätze gefallen lassen, als der ortsübliche Preis ist.“ (pag. 198.)

Ganz richtig, es genügt demnach nicht, die Konjunkturen durch Zölle zu verbessern, es muss noch ausserdem einer fortwährenden Ueberschuldung, welche nicht nur aus der Werthsteigerung des Bodens, sondern auch aus der immer mehr sinkenden Rentabilität desselben herrührt, — durch eine entsprechende Organisation des ländlichen Kredites vorgebeugt werden.

Dr. v. Frege-Abtanaudorf führte sehr gut aus, „als das Signifikante unserer heutigen Lage (1887) . . ., dass wir es nicht mit einer schnell vorübergehenden Krisis zu thun haben, wie wir solche Krisen der deutschen und

²⁾ S. Bericht über die Verhandlungen der XV. Versammlung des deutschen Landwirthschaftsrathes 1887. Verhandlung „zur Lage der Landwirthschaft“ pag. 195 ff.

ausserdeutschen Landwirthschaft in früheren Jahrzehnten verfolgen können, sondern dass diese Krisis — Gott sei es geklagt! — zu einem dauernden Rückgang der landwirthschaftlichen Rentabilität sich ausgebildet und, möchte ich sagen, eine perennirende Kalamität geworden zu sein scheint. (pag. 202) Das Gleichgewicht der Ausgaben und Einnahmen des Landwirths ist gestört“ u. s. w. (pag. 203).

So bedenklich also im Vergleiche zu 1869 sah es bereits 1887 aus, und in Bezug auf die Aussichten für die Zukunft ist folgender Ausspruch des Herrn Dr. v. Frege charakteristisch, welchen er über seine persönlichen Erfahrungen im Parlamente macht. Er hätte „gelernt, wie ausserordentlich bescheiden der Landwirth auftreten muss“, wenn er irgendwie Aussicht auf die Verwirklichung seiner Wünsche haben will, „denn“, sagt Herr von Frege, „davon können wir wohl alle nachgerade überzeugt sein, dass die ganzen agrarischen Forderungen bei den letzten volkswirthschaftlichen und gesetzgeberischen Veränderungen in so ausserordentlich bescheidenem Masse in Erfüllung gegangen sind, dass diejenigen, die dafür gekämpft haben, vor allem Resignation und Geduld auf ihre Fahne schreiben müssen.“

Dem gegenüber drängt sich unwillkürlich die Frage auf, was sollen die heutigen Agrarier auf ihrer Fahne schreiben, wenn unter Bismarck's Leitung Resignation und Geduld das Losungswort war, bei einem Zolle, der von 1 M. auf 3 gestiegen war und demnächst auf 5 M. erhöht werden sollte. Die heutigen landwirthschaftlichen Grundbesitzer müssten wohl ein „lasciate ogni speranza“ aus den Auslassungen des Reichskanzlers Grafen Caprivi und Freiherrn v. Marschall und den auf 12 Jahre hinaus gebundenen Getreidezöllen von 3,50 M. entnehmen! Und dies nachdem die Verschuldung seit 6 Jahren infolge jener sinkenden Rentabilität noch bedeutend gestiegen ist!!

Sehr charakteristisch ist auch der Satz: „Wenn ich also resümiere, dass wir kaum in der nächsten Zeit eine Herabminderung der für den Landwirth unumgänglichen Ausgaben zu erwarten haben, und wenn ich weiter sage, dass wir kaum eine ansehnliche Steigerung unserer Einnahmen zu gewärtigen haben, so wäre das ja eigentlich ein trostloses Resultat.

Eine Hoffnung bleibt uns aber doch, und das ist die, dass in der schweren Krisis, in der die Landwirthschaft sich befindet, der deutsche Landwirth endlich besser rechnen lernt, dass er besser lernt die Grenze zu finden, bis zu welcher die Intensität des Betriebes noch einen Reinertrag abwirft, oder von welcher an er wieder zu einem massvollen extensiveren Betriebe zurückkehren muss“. (pag. 207).

Freilich wird dann erst recht der Landwirthschaft vorgehalten werden, dass sie nicht in der Lage sei, soviel

zu produziren, als die deutsche Nation mit ihrer steigenden Bevölkerung zum Konsum braucht, was auch stets sowohl vom Regierungstische aus, als von der Presse vorgebracht wird, und zwar in Verbindung mit dem anderen Argument, dass es der Landwirthschaft trotz aller Klagen nicht so schlecht habe gehen können und ginge, da sie doch einen grossen Aufschwung sowohl in der Körnerproduktion, als auch in der Viehhaltung faktisch genommen habe. In der That sind noch in den letzten 6 Jahren auf die Zölle hin grosse Kapitalaufwendungen für Meliorationen gemacht worden, für Drainage, Rimpau'sche Kulturen, künstlichen Dünger etc. Die deutschen Landwirthe können eben, wie Dr. v. Frege sehr richtig sagt, nicht „streiken“, (pag. 298) solange sie noch was zuzusetzen haben. Seit 1887 sind wir aber, wo nicht einem grossen landwirthschaftlichen Streike, so doch einem grossen landwirthschaftlichen „Kladderadatsch“ bedeutend näher gerückt.

Bemerkenswerth noch ist folgende Auslassung des Herrn Oekonomieraths Schuhmacher-Zarchlin: „Wenn wir früher schlechte Ernten hatten, trug die ganze nächste Umgebung und späterhin auch bei den verbesserten Kommunikationsmitteln das ganze Deutsche Reich einen Theil des Ausfalls dadurch, dass die Preise der landwirthschaftlichen Produkte eine Steigerung erfuhren. Jetzt tragen die Landwirthe den ganzen Ausfall allein; denn die Preise in Amerika und Russland beherrschen den Markt, und wenn das Korn auch nicht herüberkommt, — die visible supply in New-York drückt schon die Preise, und so ist jedes Band zwischen Produkten, Preis und Produktionskosten zerrissen“ (pag. 215).

Als eine Folge der damaligen doch noch hoffnungslosen Lage ist es wohl zu betrachten, dass diese Diskussionen über „die Lage der Landwirthschaft“ ziemlich harmlos und akademisch verliefen und derartig in ihrer Naturwüchsigkeit und ihrem Humor prächtigen Auswüchse, wie die Ausführungen des Gutsbesitzers Knauer (Gröbers) zeitigen konnten, welche fortwährende Ausbrüche der Heiterkeit in diese sonst düsteren Berathungen hereinbrachten (pag. 219, 220).

So war die damalige Lage der Landwirthschaft und des Grundbesitzes in den Augen hervorragender Landwirthe selbst. Sehen wir nun zu, wie die Beschaffenheit des ländlichen Kredites damals beurtheilt wurde.

In derselben Sitzungsperiode XV. des Jahres 1887 wurde, wie schon oben gesagt, über „die Organisation des landwirthschaftlichen Kreditwesens“ verhandelt und zwar auf Grund einer vorangegangenen Prüfung der Frage: „ob überall der Zahl nach genügende und ihrer Natur nach den Anforderungen des landwirthschaftlichen Betriebes und der sozialwirthschaftlichen Bedeutung des Grundbesitzes

entsprechende Krediteinrichtungen gegeben sind?“ Der Ausschuss des „deutschen Landwirthschaftsrathes“ glaubte in dieser Hinsicht „den diesjährigen Berathungen des Plenums eine materielle Grundlage geben zu sollen, indem er mittelst Versendung von Fragebogen an sämtliche landwirthschaftliche Hauptvereine Deutschlands, an die obersten Leitungen der bedeutendsten Kreditinstitute (landwirthschaftliche, ritterschaftliche Kreditverbände, Hypothekenbanken, Verbände der Vorschussvereine und Darlehnskassen) sowie an land- und volkwirthschaftliche Notabilitäten Erhebungen über die bestehende Kreditorganisation und die bei denselben auftretenden Erscheinungen, an dieselben zu richtenden Anforderungen und Wünsche gepflogen hat“ (pag. 417 ff).

Wir sehen, die ganzen Berathungen des Gegenstandes waren im grossen Stile angelegt. Es wurde ein verhältnissmässig grosser Apparat in Bewegung gesetzt. Das Referat war vom Freiherrn von Cetto-Reichertshausen verfasst worden. Auf einigen 30 Druckseiten wird Referent allen Seiten der ihm gestellten Aufgabe gerecht. Zuerst schickt er „Einiges über die Kredittheorie“ voraus. Etwas paradoxal, aber cum grano salis verstanden ganz richtig, stellt Referent, indem einerseits „die Kreditnoth der Landwirthschaft beklagt, beleuchtet und abgestellt werden will“ und andererseits „vor Krediterleichterung gewarnt wird“, im Hinblick auf die seit Jahren ersichtliche Zunahme der Grundschulden als „Ideal des allerseits angestrebten Zustandes, dass die Landwirthe viel Kredit und wenig Schulden haben sollten“ (pag. 408). Wir haben schon oben gesehen, wie A. Buchenberger als Signatur der Geschichte des Grundbesitzes und seines Kredites in der alten Zeit „die Kreditnoth“, in der neuen „die Schuldnoth“ bezeichnete, und bei Rodbertus haben wir gesehen, wie der unter dem Kapitalisationsprinzip den Schwankungen des Zinsfusses preisgegebene „unorganisirte“ landwirthschaftliche Grundbesitz aus der Scylla der Kreditnoth nothwendigerweise in die Charybdis der Schuldnoth gerathen muss. Herr v. Cetto bringt hierbei als fachmännischer Landwirth ein neues Erkenntnissselement in diese heikle Frage hinein, indem er darauf aufmerksam macht, dass die Unterscheidung zwischen Immobilien- und Mobiliarkredit beim landwirthschaftlichen Grundbesitze mitunter rein „äusserlich nur an die Darlehnsbedingungen geknüpft ist“, während „nicht jedes Darlehn, welches auf Hypothek gegeben wird, deshalb von selbst mit Recht in die Sphäre des Realkredites fällt, während manches Kapital, welches nur gegen Bürgschaft auf kurze Frist gewährt wird, wohl berechtigt wäre, die mit der hypothekarischen Versicherung verbundenen Vortheile des billigen Zinses, der allmählichen und binnen längerer Zeit erfolgenden Abtragung für sich in Anspruch

zu nehmen. Die Nichtbeachtung dieses Satzes trägt . . . wesentlich dazu bei, dass die unproduktive Verschuldung zunimmt, die berechnete Kreditaufnahme erschwert wird“ (pag. 409).

Die Erklärung dieser paradoxal gefassten Sätze ist darin zu suchen, dass dem landwirthschaftlichen Grundbesitze möglichst viel Personalkredit (Betriebskapital) zur Verfügung stehen muss — auf einem hypothekarisch nur mässig verschuldeten Gute. Der erstere wird sogar durch den zweiten bedingt: „Dem umlaufenden Kapital sollte bei der heutigen Bewirthschaftung von Grund und Boden die Hauptrolle zufallen, und die Erkenntnis dieses Satzes, die sich in dem oft betonten Bedürfniss nach Betriebskapital ausdrückt, ist es, welche zum guten Theil das praktische Interesse an der Kreditfrage fortwährend rege erhält und steigert, indem dasselbe sich in der Klage über zu geringen oder zu theuren Kredit kund giebt“ (pag. 410).

Wie liegen aber die Dinge in Wirklichkeit? Referent beantwortet diese Frage in seiner Kritik der herrschenden Kreditsysteme sehr treffend, wie folgt: „Der landwirthschaftliche Schuldner sucht und ist vielfach gezwungen, seinen Kredit ohne Rücksicht auf dessen Bedarf und Zweck zu nehmen, wo und wie er ihn eben findet: der kreditirende Kapitalist leiht sein Geld aus, soweit es sicher und gewinnreich anzulegen ist, nimmt dabei Gewinn, so hoch es ihm Gesetz und Geschäftskonjunktur gestatten, ohne des Näheren zu prüfen, ob damit die Existenz des Schuldners beeinträchtigt oder gar gefährdet wird, und das Resultat dieses beiderseitigen Vorgehens ist die rasch und in grossem Umfange um sich greifende Zunahme der Verschuldung, welche — soweit sie in der Ziffer der Hypothekenschulden eine beiläufige Abschätzung zulässt — nunmehr beiden Theilen bedenklich vorkommt und Einhalt gebietet.“ (pag. 413).

Daher ist es auch kein Wunder, sondern für die Lage höchst charakteristisch, „dass die eingegangenen Berichte (bei Beantwortung der Fragebogen) wohl ohne Ausnahme die Frage, ob die vorhandenen Kreditanstalten hinreichend zur Deckung des Immobiliarkredits erscheinen, nicht nur unumwunden bejahen, sondern vielfach auch gleichzeitig betont haben, dass die Erweiterung der Möglichkeit einer Inanspruchnahme des Immobiliarkredits geradezu schädigend auf die wirthschaftlichen Zustände des ländlichen Grundbesitzes einwirken müsste, dass jedoch andererseits ebenso ziemliche Uebereinstimmung sich kund giebt hinsichtlich des Wunsches nach einer Revision der Kreditbedingungen, sowie hinsichtlich des Bedürfnisses nach Erweiterung der Sphäre des Mobiliar- und Personalkredites.“ (ibid.)

Sehr gut ist die Schilderung, die Herr von Cetto von der Art und Weise giebt, „wie der kreditnehmende Land-

wirth . . . sich nicht lange besinnt darüber, ob das Verhältniss zwischen stehendem und Betriebskapital überhaupt in seinem Gesamtvermögen richtig obwaltet, ob nicht die Zeitverhältnisse es erfordern, einen Theil des Ersteren aufzugeben und dadurch das Letztere zu stärken, ob der Preis des Erwerbes der Liegenschaften seine Verzinsung in dem Ertrag finden kann, ob er überhaupt in der Lage ist, sich den Luxus einer Anlage à fonds perdu zu gestatten oder nicht. Er nimmt ebenso gut das Geld zur Bezahlung von Grundankauf beim Privatmann, zahlt dafür hohen Zins und unterwirft sich wenigen kurz bemessenen Zahlungsfristen, wie er andererseits seine verschiedenen Schulden für den laufenden Hausbedarf in eine Hypothekenschuld konvertirt und dadurch der Heinzahlung ledig geworden zu sein glaubt. Allerdings muss zur theilweisen Entschuldigung solcher unwirthschaftlichen Vorgänge, die sich im wirklichen Leben täglich vor unseren Augen abspielen, angeführt werden, dass auch ein guter Wirthschafter durch zwingende Umstände oftmals zu derartigen Missgriffen veranlasst werden kann!“ (ibid.)

Diese Schilderungen sind aus dem Leben gegriffen und führen nothwendigerweise zu der Ueberzeugung, dass „Kreditleichterungen geradezu fatal sein müssen, wenn ihnen nicht gesetzliche Schranken gezogen sind, zumal bei bauerlichem Grundbesitz.“ Das Interesse der Gläubiger, der Hypothekenbanken ist das direkt entgegengesetzte. Während nämlich dem Grundbesitzer „als Ideal stets der Zustand möglichst geringer und möglichst rasch vorübergehender Schuldbelastung vor Augen schweben muss, . . . kann das Ziel der Bankpolitik auf nichts anderes gerichtet sein, als möglichst viele einträgliche Geschäfte zu machen und nutzbringende Kapitalanlagen möglichst lange zu erhalten“, (pag. 415) wobei ruhig über Leichen hinweggeschritten wird³⁾. Es folgt daraus unzweideutig, dass

³⁾ So beginnt „der deutsche Oekonomist“, der sich den Titel eines „Spezialorgans für Realkredit und Hypothekensbankwesen“ beilegt, unter 22. Jan. cr. (1887) eine Besprechung des vom Vorstande des Deutschen Landwirthschaftsrathes versendeten Fragebogens folgendermassen:

„Soweit man sich im Deutschen Landwirthschaftsrath und überhaupt auf agrarischer Seite dem Drucke nicht entziehen kann, den die Erkenntnis und das Bewusstsein ausübt, nur nach einer Seite hin Interessen vertreten zu müssen, der anderen Seite also vielfach nicht gerecht werden zu können(!), dient die sozialwirthschaftliche Bedeutung des Grundbesitzes zur Rechtfertigung dieses Verfahrens nach innen und aussen. Wir sind weit davon entfernt, diese Bedeutung zu unterschätzen (Stets beliebte Wendung!), aber wir finden, dass man gerade in dieser Beziehung die Person mit der Sache, den Grundbesitzer mit dem Grundbesitz verwechselt. Wohl kann die Ausnutzung des Grund und Bodens stellen-

das private, spekulative Leihkapital geradezu verhängnissvoll für den landwirthschaftlichen Grundbesitz werden musste.

Dies erkannte Friedrich der Grosse schon vor hundert Jahren, und ihm lagen die Interessen des erban-
gesessenen landwirthschaftlichen Grundbesitzes, den er als Hauptstütze seines Thrones ansah, am Herzen. Höchst charakteristisch für die Art und Weise, wie neue Ideen aufgenommen werden, selbst von denen, für welche sie segensbringend zu wirken geeignet sind, ist die anfängliche schroffe Abweisung des genialen Kaufmanns Bühring, der die Idee des genossenschaftlichen, ländlichen Kredites mit Solidarhaft, Unkündbarkeit und Amortisation gefasst hatte, durch Friedrich den Grossen selbst, und noch mehr bezeichnend, dass eine Anzahl von Einwänden, welche heute der weiteren Verbreitung körperschaftlicher oder genossenschaftlicher Anstalten ähnlicher Art entgegengesetzt werden, „bereits damals ebenso geltend gemacht wurden. So insbesondere wurde bei Gründung des kur- und neumärkischen ritterschaftlichen Kreditinstituts seitens des Domstiftes, der Stände der Altmark, der Priegnitz und der Mittelmark einstimmig und unter Beitritt mehrerer Gutsbesitzer aus der Uckermark und der Neumark ausgeführt, in eine Garantie der gesamten Ritterschaft könne man nicht willigen, da es unbillig sei, die guten Wirthe für die schlechten verhaftet zu machen. Viele Eingaben und sogar ganze Kreise protestirten gegen das ganze Institut, welches sie für unnütz und schädlich hielten, in dem die Verschuldung

weise und zeitweise beeinträchtigt werden, wenn die Bebauer desselben aus irgend welchen Gründen in Kalamität gerathen; die Bevölkerungsdichtigkeit im Deutschen Reiche lässt aber die Befürchtung nicht mehr zu, dass dies in beunruhigendem Maasse (sic) vorkommen könnte. An die Stelle desjenigen Landwirthes, welcher sich aus irgend welchen Gründen nicht mehr halten kann, tritt stets ein anderer, welcher leistungsfähiger ist: die Landwirthschaft geht noch lange nicht zu Grunde, wenn und weil eine Anzahl Landwirthe zu Grunde gehen, und die Noth der Landwirthe ist keineswegs identisch mit der Noth der Landwirthschaft.“ (S. Bericht über die Verhandlungen der XV. Versammlung des Deutschen Volkswirtschaftsrathes, pag. 414). Diese Auslassung aus „kapitalistischen Kreisen“ verdiente es beispielshalber, als höchst charakterisch für die in diesen Kreisen den derzeitigen Landwirthschaft betreibenden Grundbesitzern gegenüber herrschende Gesinnung in extenso angeführt und niedriger gehängt zu werden. Hoffentlich werden aber dafür zukünftige „Enquêtes“ und „Fragebogen“ aus der Mitte der landwirthschaftlichen Kreise es sich ersparen, mit Leuten einer solchen Gesinnung ihren Mitbürgern gegenüber in „Korrespondenz“ zu treten. Man bekommt doch wahrlich ohnedem genug „cynische und unverschämte“ Aeusserungen zu hören und zu lesen.

dadurch nicht beseitigt, sondern vermehrt werden würde.“ (pag. 419).

Bis jetzt sind die preussischen Landschaften das Beste, was es auf dem Felde des Realkredits für den Grundbesitz giebt, und die „Uebertragung und Anwendung ihrer Grundprinzipien auf den bauerlichen Grundbesitz in Form der in einem Berichte aus Schlesien angeregten Gründung selbstständiger Bauernlandschaften würde . . . mit der im jüngsten Beschluss des deutschen Landwirthschaftsraths begutachteten genossenschaftlichen Organisation des Realkredits zusammenfallen und ebenso mit der von Raiffeisen begonnenen Einrichtung landwirthschaftlicher Kreditverbände mit Filialen in Form der lokalen Darlehnskassen übereinstimmen.“ (pag. 419).

Freiherr v. Cetto fasst seine Kritik der herrschenden Kreditsysteme dahin zusammen, dass „eine Aufrechterhaltung und Verbreitung des Genossenschaftsprinzips“ zu erstreben sei, wodurch einzig und allein der Kredit in einer den Anforderungen des landwirthschaftlichen Betriebes und der Eigenart des ländlichen Grundbesitzes entsprechenden Weise vermittelt wird, und die weitere Möglichkeit gegeben ist, den Kredit mit Rücksicht auf die persönlichen Eigenschaften des Kreditsuchenden und die gemachte Verwendung des Darlehens seinem Umfang beziehungsweise seiner Form (Real- oder Personalkredit) nach auf ein entsprechendes Mass zu reduzieren, welches in der einen nachhaltigen Betrieb noch ermöglichenden Quote des belehnbaren Besitzwerths zu suchen sein wird“. (ibid.)

Als hauptsächliche Schwierigkeit der Verwirklichung dieser Theorie erscheint dem Herrn v. Cetto „die höchst verschiedenartig gestaltete Entwicklung und Verbreitung der Krediteinrichtungen in Deutschland, dessen Territorium schon hinsichtlich der Bevölkerung, Besitzvertheilung, Fruchtbarkeit und Betriebsart die grössten Verschiedenheiten aufweist.“ (ibid.)

Referent geht diese einzelnen verschiedenen Formen des existirenden Genossenschaftskredits durch. Wo Latifundienwirthschaft und Grossgrundbesitz überwiegt, sind vornehmlich die land- und ritterschaftlichen Kreditinstitute, so im östlichen und nördlichen Theile von Preussen nebst Schlesien und Mecklenburg thätig; neben anderen Hypothekeninstituten auch in den übrigen Theilen der preussischen Monarchie, im Königreich Sachsen und in Braunschweig. Von diesen Land- und Ritterschaften haben manche ihre Thätigkeit auf Bauerngüter ausgedehnt, oder sind daneben besondere landwirthschaftliche Kreditvereine für bauerliche Güter entstanden. So z. B. das neue brandenburgische Kreditinstitut, der pommersche Landkreditverband, die neue westpreussische Landschaft u. a. Referent hebt dabei tadelnd hervor, dass die Vertretung

und Verwaltung der letzteren (nämlich der auch die Bauerngüter beleihenden Institute) . . . sich jedoch durch die Organe der älteren Landschaften“ vollzieht, so dass also „die Angehörigen der neuen Kreditvereine des Rechts der Selbstverwaltung entbehren“. (pag. 420).

Auf die in den Fragebogen angeregte Frage, was geschehen könnte, „um die Sparkassen zur Befriedigung des landwirthschaftlichen Immobilienkredits mehr heranzuziehen und dann, ob es wünschenswerth und möglich wäre, eine festere Verbindung zwischen Darlehnskassen und Sparkassen herbeizuführen“, erfolgt eine so gut wie negative Antwort. Es wird darauf hingewiesen, dass in Preussen von den Sparkassenvermögen 54,16 pCt. (davon 27,64 pCt. auf ländliche Grundstücke), in Bayern 58,04 pCt. in Hypotheken angelegt sind; in Sachsen sogar 73,06 pCt., in Baden circa 72 pCt. (pag. 421). Auffallend ist diese Verschiedenheit; es kann daher nicht unbedingt die Möglichkeit einer weiteren Heranziehung wenigstens für Preussen und Bayern in Abrede gestellt werden.“

Auch die Verbindung von Sparkassen und Darlehnskassen, welche von einer grossen Anzahl von Berichten „als unstatthaft erklärt werden, weil die Tendenzen beider Anstalten mit einander nicht in Einklang zu bringen sind“, ⁴⁾ ist nach Ansicht des Referenten, wenigstens für die öffentlichen Kassen (z. B. Kreissparkassen) nicht a limine abzuweisen. Im Gegentheil sie könnte erziehend wirken, „es würde dadurch in den untern Volksklassen das Verständniss für die richtige Anwendung gesammelter Kapitalien nicht allein als Reserve-, sondern auch als Betriebsfonds geweckt werden . . . während . . . die Art und Weise, wie die Ersparnisse in so bedeutendem Umfange verwerthet werden . . . in der That noch sehr primitiv ist und uns vielfach gemahnt . . . an die bekannte Uebung der Aufbewahrung der harten Thaler in alten Strümpfen“. (pag. 422).

Sehr treffend hebt Referent hervor, dass die kolossalen Summen der Spareinlagen im Deutschen Reiche einerseits und die Klagen über mangelhaften Betriebskredit der Landwirthschaft andererseits zu der Ueberzeugung führen müssen, dass die üble finanzielle Lage der Bauern zum grossen Theile daher kommt, dass sie „mit dem Gelde nicht umzugehen wissen“. Dasselbe gilt leider auch von manchem Grossgrundbesitzer. Eine Verbindung der Darlehnskassen mit den Sparkassen wäre unserer Ansicht nach ohne Gefahr nur in Anlehnung an ein grosses landwirthschaftliches Kreditinstitut mit einem Netze von Filialen, wie es Rodbertus vorschlägt, möglich. Auch Referent spielt darauf an, indem er sagt, dass eine Gefährdung oder Festlegung der Sparkasseneinlagen sofort beseitigt sein

⁴⁾ S. Bericht u. s. w. w. o. p. 422.

würde, wenn die mit den Sparkassen kombinierten Darlehnskassen das Recht der Pfandbriefemission erhielten. (pag. 424).

Ausser allen diesen privaten, sei es genossenschaftlichen, sei es individuellen Kreditinstituten, welche der Herr Referent in drei Klassen eintheilt, nämlich 1) in die Assoziation der kreditsuchenden Landwirthe (Landschaften u. dergl.), 2) in die Assoziation der kreditgewährenden Kapitalisten (Hypothekenbanken), 3) in die einzeln auftretenden Kreditoren (Sparkassen, Gemeinden, Stiftungen und Private), — kommt noch als vierte Klasse mit besonderer Stellung hinzu „die Zahl der vom Staate organisirten und geleiteten Kreditinstitute“. (pag. 424).

Die Veranlassung zu der Errichtung der letzteren lag in der Ansicht, dass gewisse Zwecke des landwirthschaftlichen Kredits nicht erfüllt werden oder wenigstens nur unvollkommen zu erreichen sind, so lange der Kredit nicht mit gewissen Erleichterungen für den Schuldner verbunden ist, welche auf dem gewöhnlichen Wege der Kreditbeschaffung nicht zu erlangen sind. „So wurden denn zunächst zur Ablösung der mittelalterlichen Grundlasten und zur Förderung der Landeskultur besondere Staatsanstalten errichtet, von denen einige ihre Thätigkeit auf das übrige Gebiet des Kreditwesens ausdehnten und denen sich späterhin in einigen kleineren deutschen Staaten allgemeine Landeskreditkassen zugesellten“ (pag. 424).

Bemerkenswerth ist hierbei, „dass in Regierungskreisen von jeher die Ansicht gegolten hat, dass für den landwirthschaftlichen Kredit im strengsten Sinne des Wortes die Bedingungen, unter denen der Kredit gemeinhin gewährt wird, schlechterdings ungenügend und unzureichend sind, und dass die deshalb errichteten Staatsanstalten, als welche die Grundrentenablöskungskassen, die Landeskultur-Rentenanstalten vornehmlich zu bezeichnen sind, das Rentenprinzip in der That adoptirt haben“ (ibid.)

Noch mangelhafter als der Realkredit ist der Personalkredit organisirt. „Ausser den Banken, Banquiers, Handelsleuten, Geldverleihern und Privaten, deren kleinster Theil sich als wohlwollende, verständnissvolle Freunde der Landwirthschaft und ihrer Angehörigen darstellt“, sind hier nur noch die Schulze-Delitzsch'schen Vorschussvereine und die Raiffeisen'schen Darlehnsvereine zu nennen. Obgleich ein Aufschwung dieser Vereine unverkennbar ist, so geht doch aus den Berichten hervor, „dass beide Vereine sich trotz alledem noch immer auf im Verhältniss zum Umfange des landwirthschaftlichen Betriebes in Deutschland bescheiden zu nennendes Terrain erstrecken“ (pag. 426).

Referent schliesst diese seine lehrreichen Ausführungen mit einem Satze, welcher in einem zu der damaligen Verhandlung eingelaufenen Gutachten des Prof. Hanssen-

Göttingen enthalten war, und mit welchem Referent vollkommen übereinzustimmen erklärt: „Der Immobiliarkredit muss beschränkt, der Mobiliarbetrieb für den gedeihlichen Betrieb der Landwirthschaft gestärkt werden“ (pag. 430).

Ein prächtiges Programm in der That, aber woher die Fonds hernehmen, um das Zuviel an hypothekarischer Verschuldung abzutragen? Das sagt weder Hanssen, noch Schäffle, noch Stein, und daher sind diejenigen konsequenter, welche eine Verstaatlichung des Grundbesitzes als unumgängliche Nothwendigkeit ansehen, weil der Staat allein die nöthigen Fonds dazu bieten kann. Im letzten Kapitel unseres Referats suchen wir die Lösung des Räthsels zu geben, woher auch ohne Staat die zur grossen agrarischen Kreditreform nöthigen Fonds zu entnehmen sind. Doch greifen wir nicht vor, und resümiren wir noch die Schlussbetrachtungen des Referats des Herrn v. Cetto, welche die Frage behandeln: „wie die vom deutschen Landwirthschaftsrath seiner Zeit (1884) begutachtete staatliche oder genossenschaftliche Organisation demnächst in Verwirklichung zu setzen wäre“. Die sich dabei ergebenden Schwierigkeiten entgehen dem Referenten keineswegs. So sagt er: „Zur richtigen Würdigung dieser Frage sind zwei Dinge vor Allem festzustellen: einmal, dass die in neuerer Zeit wiederholt betonte Separatstellung des landwirthschaftlichen Grundbesitzes und seiner Verwalter, der Grundbesitzer, vom sozialwirthschaftlichen Standpunkt aus voll gewürdigt werden muss, nicht minder aber auch, dass die wohlerworbenen Rechte der Gläubiger des Grundbesitzes vollen Anspruch auf Fortbestand und Erhaltung zu machen haben. Beide Momente sind zweifelsohne nicht nur gleich wichtig, sondern stehen auch in gewisser Wechselbeziehung zu einander; in ihrem Ausgleich liegt die Hauptschwierigkeit der Kreditreform, deren Prinzip und Theorie ja kaum mehr für Eingeweihte und Denkende ein Geheimniss sein kann“ (pag. 430). Und da es sich dabei um Milliarden des Nationalvermögens handelt, so ist es nicht zu verwundern, dass „im Gefühle der grossen Schwierigkeit und Verantwortung bei Formulirung praktischer Vorschläge in den Berichten nur sehr knappe unmotivirte Antworten erteilt wurden“ (pag. 431).

Referent unterscheidet zwei Einrichtungen: 1. die der genossenschaftlichen Organisation, 2. die der Verstaatlichung des Grundbesitzes.

Unter den ersten führt er mit warmer Anerkennung an der Spitze Rodbertus an, welchem, wie Referent anführt, selbst Prof. Knies eine bahnbrechende Bedeutung beilegt, da die von Rodbertus vorgeschlagene genossenschaftliche Organisation des ländlichen Grundkredites auch unter Verbleib „des Kapitalisationsprinzips“ zur Ausführung gelangen könnte. Was diese Anerkennung auf sich hat,

haben wir schon oben bei Besprechung der Kritik A. Buchenbergers hervorgehoben. Näheres darüber sparen wir uns bis zum letzten Kapitel auf, in welchem wir auf der Folie einer allgemeinen Kritik der vorangegangenen Reorganisationspläne des ländlichen Grundkredites unsere eigenen Vorschläge in dieser Hinsicht formuliren werden.

Nach Rodbertus führt Referent Lorenz v. Stein als „einen Schritt weiter gehend“ auf, indem er will, „dass die Gemeinde wieder in ihr altgermanisches Recht eintrete und als Genossenschaft der Grundbesitzer auch für das Grundschuldenwesen zu funktioniren beginne.“ (pag. 431).⁵⁾ Hierbei hat L. v. Stein hauptsächlich den bäuerlichen Grundbesitz im Auge. Noch weiter geht Schäffle, der eine Inkorporation des Hypothekenkredites, also obligatorische Vereinigung des gesammten landwirthschaftlichen Grundbesitzes mit Ausnahme der Grundbesitzungen des Reiches, der Staaten, der Kommunkorporationen, Kirchen-, Stiftungs-, Schul- u. dergl. Güter, der Familienfideikommisse, endlich alles privaten Grundbesitzes „von gewissem Umfange“ eingeführt wissen will. Aus den letzten Worten ergibt es sich, dass Schäffle's Organisationsplan nur auf den bäuerlichen Grundbesitz sich erstrecken soll, den er wie wir oben gesehen, für allein nothleidend hält, und dessen Interessen allein ihm wirklich am Herzen liegen. Referent richtet die Aufmerksamkeit seiner Leser darauf, dass „an beiden Programmen, von Stein sowohl als von Schäffle die spezifische Eigenthümlichkeit zu beachten sei, dass dieselben nicht die Kreditorganisation für sich allein, sondern als Bestandtheil einer neuen Agrarverfassung behandeln, deren Inhalt sich auf die ganze künftige Behandlung des Grundbesitzes im Besitzverkehr erstreckt.“ (pag. 432.) Fügen wir dem bei, dass sie auf eine derartige Bevormundung des Grundbesitzes hinausläuft, dass sie bereits mit einem Fusse im Staatsocialismus steht. Trotzdem steht den Organisationsplänen Stein's und Schäffle's bereits eine praktische Anwendung in Oesterreich in Aussicht in der Regierungsvorlage über die „Errichtung von Berufsgenossenschaften der Landwirthe“, vorüber wir im nächsten Kapitel berichten werden.

Für pure Verstaatlichung plaidiren Freiherr v. Stein-Kochberg in seiner Brochüre „zur Lösung der Grundkreditfrage“ (Berlin 1881) und eine anonyme Schrift unter dem Titel: „die Verstaatlichung des Grundkredits, Ideen zu einem nationalen Verwaltungsrecht des Grundbesitzes“

⁵⁾ Vgl. damit das im nächstfolgenden Kap. V. analysirte österreichische Gesetz betreffend die „Errichtung von Berufsgenossenschaften der Landwirthe“, welchem die Ideen von Stein und Schäffle, die sich ihrerseits von Rodbertus her schreiben, offenbar zu Grunde liegen.

von H. F. (Jena 1885). Auch die „deutsche Landliga“ gehört hierher, welche nach Ansicht des Referenten „obgleich sie sich parteilos nennt, den kommunistischen Tendenzen der Sozialdemokratie identisch sein dürfte, da selbe nichts Geringeres als die Aufhebung des Privateigenthums an Grund und Boden zu Gunsten eines Staats- bzw. Kommunal-eigenthums offenkundig beabsichtigt“. (pag. 433).

In seiner Schlussbetrachtung entscheidet sich Referent für eine genossenschaftliche Organisation des Grundkredits unter Selbstverwaltung der Berufsgenossen, aber unter Oberaufsicht des Staates, wie es bei den preussischen Landschaften der Fall ist. Referent ist der Ansicht, dass wie die preussischen Landschaften „von Anfang an keineswegs durch freie Thätigkeit der Betheiligten, vielmehr unter theilweise sehr energischem Proteste derselben durch das Machtwort eines erleuchteten Monarchen und unter einer für die damalige Zeit sehr bedeutenden materiellen Beihilfe (von Seiten des Staates) ins Leben getreten sind, . . . so auch heute eine Intervention des Staates“ unerlässlich sein dürfte.

Ob diese Intervention des Staates nun vom Reiche oder von den Einzelstaaten auszugehen hätte, diese Frage erscheint dem Referenten abhängig von der Interpretation des Art. 4, Ziff. 4 und 13 der Reichsverfassung, „wonach der Reichsbeaufsichtigung und Gesetzgebung die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen und die gemeinsame Gesetzgebung über das gesamte bürgerliche Recht unterstellt sind, sodann aber auch von der praktischen Erwägung, ob bei der Verschiedenheit der landwirthschaftlichen Verhältnisse und der bestehenden Kreditorganisationen in den einzelnen Theilen des Reiches eine einheitliche Ausführungsbestimmung hier überhaupt am Platze ist.

Dass jedoch die Organisation von Genossenschaften zu einem bestimmten Zweck trotz alledem durch das Reich stattfinden kann, hat neuestens die Ausdehnung des Unfallversicherungsgesetzes auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter wohl genügend bewiesen.“ (pag. 436).

Sehr wichtig ist der Hinweis, welchen Referent auf „das Herannahen einer neuen Reichszivilgesetzgebung“⁶⁾ und die dabei bestehende Gefahr „einer vollständigen Mobilisirung des Grundwerthes, der alsdann geradezu den Charakter eines Börsenwerthes annehmen würde,“ — schon damals, 1887, macht.

Auf dieselbe Gefahr resp. auf dieselbe Aufgabe der Vertreter der Landwirthschaft und des Grundbesitzes, solange es noch Zeit ist, Stellung zur bürgerlichen Gesetzgebung zu nehmen, weist heute, also 6 Jahre später, Schäffle

⁶⁾ S. Bericht über die Verhandlungen der XV. Sitzungsperiode des deutschen Landwirthschaftsrathes im Jahre 1897.

in seinem „Agrarischen Programm“ in der „Zukunft“ (No. 49) und zwar direkt an die Adresse des „Bundes der Landwirthe“ in folgenden Worten hin: „Ich halte es für eine der obersten Aufgaben des Bundes der Landwirthe, dafür zu sorgen, dass schon die Vorlage des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Einführungsgesetzes zu diesem für die landesgesetzliche Normirung des agrarischen Kreditrechtes im Sinne standeskörperschaftlicher und standesgenossenschaftlicher Ausgestaltung die Bahn freilasse. Auch was die dazu gehörigen Einrichtungen des Vollstreckungsrechtes betrifft, wird die deutsche Landwirthschaft sich von jenen Fesseln frei zu machen und frei zu halten suchen müssen, die im gemeinen Privat-, Prozess- und Konkursrecht der fraglichen Ausgestaltung des bauerlichen Kreditrechtes jetzt entgegenstehen und künftig nach Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuches weiter entgegenzutreten drohen. Der erste Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches ist in der Kritik als zu romantisch, als zu wenig deutschprivatrechtlich, als zu wenig „germanistisch“ vielfach angegriffen worden. Soweit ich als Nichtjurist ein Urtheil über diese Angriffe mir zu bilden im Stande gewesen bin, habe ich in der Hauptsache diesen Angriffen nicht beizupflichten vermocht. Nicht darum handelt es sich, altes römisches oder altes germanisches Privatrecht wieder von den Todten zu erwecken, welches aus dem Schoosse vergangener Geschäftsepochen emporgewachsen ist, vielmehr darum, für die Gegenwart und Zukunft, deren eigentliches Rechtsbedürfniss über dasjenige der römischen Kaiserzeit, geschweige über dasjenige des deutschen Mittelalters soweit hinausgewachsen ist, ein Recht zu schaffen, das dem Rechtsbedürfniss der Neuzeit gerecht wird.“ (pag. 442 443 der angef. Nummer).

Auf Grund des eben skizzirten Referates wurde von den Herrn Referenten, als welche ausser Herrn von Cetto, Prof. Dr. v. Miaskowski-Breslau und Landwirthschaftsinspektor Leemann-Heilbronn fungirten, gemeinsam folgendes:

„Programm⁷⁾ für die Diskussion über die Kreditfrage“

vereinbart:

„Gemeinsame Aufstellung der Herren Referenten.“

I.

Entsprechen die bestehenden Organisationen ihrer Beschaffenheit nach dem berechtigten Bedürfniss des landwirthschaftlichen Real- und Personalkredits?

II.

Wenn nein, würde es genügen, die bestehenden Kreditorganisationen weiter zu entwickeln und auszubreiten? Welche der bestehenden Organisationen:

⁷⁾ W. O. p. 493.

- a) für Realkredit,
 - b) für Personalkredit,
- wären dabei ins Auge zu fassen?

III.

Wenn die Formen der bestehenden Organisationen nicht für ausreichend gehalten werden sollten, welche anderen Einrichtungen wären zu schaffen?

- a) Sollen dieselben insbesondere Organe des Staates, der Selbstverwaltung, des Genossenschaftswesens sein?
- b) Sind dieselben vom Reich oder von den Einzelstaaten ins Leben zu rufen?
- c) Ist diesen Anstalten ein Kreditmonopol einzuräumen, oder haben sie mit den bestehenden Instituten in Konkurrenz zu treten?
- d) Sind dieselben gegenüber den Kreditnehmern als obligatorische oder als freie Einrichtungen zu gestalten?“

Aus der Diskussion, welche 2 Tage dauerte, und an der sich ausser den Referenten fast alle Anwesenden lebhaft beteiligten, greifen wir nur Einiges, was uns besonders bemerkenswerth erscheint, heraus.

So z. B. die Antwort, welche Freiherr v. Erffa-Wernburg auf die Frage giebt: „ist die heutige Verschuldungsform des Realkredites die richtige oder nicht?“ Dieselbe lautet ganz zutreffend:

„Stellt man sich auf den Standpunkt, dass man den Grundbesitz als eine Waare betrachtet, dass man wünscht, er würde gleich dem Kapital mobilisirt, dass er, wie das ja auch in manchen Kreisen der Fall sein mag, Spekulationsobjekt ist, — dann, glaube ich, ist die heutige Kapitalverschuldungsform des Grundbesitzes die richtige. Stellt man sich aber auf den Standpunkt, dass der Grundbesitz ausser seiner wirthschaftlichen Seite eine politische, eine soziale und namentlich eine ethische Seite hat, dass es sich darum handelt, das Fundament des Staates, einen gesunden, kräftigen und tüchtigen Bauernstand zu erhalten — dann glaube ich, ist die heutige Verschuldungsform des Grundbesitzes vollständig zu verwerfen.“ (pag. 462).

Hiermit bricht Herr von Erffa eine Lanze für das Rodbertus'sche Rentenprinzip, obgleich er im Gegensatz zu Rodbertus warm für das Amortisationsprinzip plaidirt und es ferner für wünschenswerth erklärt „wenn die heutige Form der sog. Individualhypothek überhaupt in Wegfall käme“ (pag. 463), wofür auch der Landrichter Paul Bünger-Schneidemühl 1887 eingetreten ist.⁸⁾

⁸⁾ In folgender Broschüre: „Die dringliche Nothwendig gesetzlicher Massnahmen behufs Einschränkung der hypotheka-

Interessant ist die Thatsache, welche Freiherr v. Erffa anführt, dass bereits einmal in Preussen, und zwar unter Friedrich dem Grossen, die ausschliessliche Zulassung der Verschuldung des Grundbesitzes in Form einer unkündbaren und amortisirbaren Rente bestanden hat (pag. 463ff).

Am zweiten Tage der Verhandlungen konzentrierte sich das ganze Interesse um die Ausführungen des Prof. Dr. v. Miaskowski, welcher, nach der so beredten Schilderung der Lage des Grundbesitzes und der Landwirthschaft inmitten der andauernden Agrarkrise, die wir oben in unserer Einleitung bereits zitiert haben, folgende Ermahnung an die Landwirthe Deutschlands richtet, welche erst 5 Jahre später durch die Gründung des Bundes der Landwirthe in Erfüllung gegangen ist: „Richtig scheint mir das zu sein, dass das bewegliche Kapital sein Interesse besser versteht, dass seine Vertreter sich, ich möchte sagen, in einer latenten Gemeinschaft befinden und fortwährend für ihre Interessen solidarisch eintreten, dass dasselbe aber in Bezug auf die Landwirthschaft nicht der Fall ist. Wenn sich die ländlichen Grundbesitzer ebenso zusammen thäten, wenn sie ihre Interessen ebenso zu verstehen und gemeinsam zu handeln lernten, so würden sie damit gegenüber dem Kapital zu ihrem Rechte kommen können. Uns beschäftigt ja gerade heute eine Frage, die darauf abzielt, die ländlichen Grundbesitzer zu vermögen, dass sie sich zusammen thun, dass sie den Einzelnen aus seiner Isolirtheit, in der er gegenüber dem koalirten Kapital unterliegen muss, herausreissen und sich dem beweglichen Kapital in geschlossenen Reihen gegenüberstellen.“ (pag. 485).

Weniger gelungen, indem Sachen zusammengeworfen werden, welche nicht zusammen gehören, ist die Verwahrung und Warnung, welche er gegen die Tendenzen der Verstaatlichung des Grundbesitzes in folgenden Worten macht: „Wenn aber auf der einen Seite so scharf Front gemacht wird gegenüber dem beweglichen Kapital, so vermisse ich auf der anderen Seite eine ebenso entschiedene Markirung der Stellung gegenüber denjenigen Tendenzen, die in letzter Instanz zur Verstaatlichung des Grundeigenthums führen. Es sind aus landwirthschaftlichen Kreisen — nicht aus dem Landwirthschaftsrath, aber aus sonstigen hier in Berlin tagenden landwirthschaftlichen Vereinen und Versammlungen — in letzter Zeit Vorschläge hervorgegangen, die in direkter logischer Folge zur Verstaatlichung des Grundeigenthums führen. Lassen Sie mich Ihnen in Kürze die einzelnen Glieder der logischen Kette vorführen.

rischen Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes.“ (Referat für die XII. Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer.) Berlin 1887.

Man beginnt mit dem Verlangen nach billigem Gelde, um eine Erhöhung des Werthes der landwirthschaftlichen Produkte zu erzielen, um seine Schulden billig abzustossen u. s. w. Eine weitere Konsequenz ist dann, das man Papiergeld verlangt. Ein solcher Vorschlag ist ja neuerdings hier in Berlin hervorgetreten, indem man jährlich eine Milliarde Papiergeld den Kredit-Instituten zugeführt zu sehen wünschte. Weniger verhüllt tritt uns der Gedanke in der Broschüre eines ländlichen Grundbesitzers aus Baden entgegen, der direct verlangt, die Regierungen mögen von den bisherigen hypothekarischen Schulden 20 pCt. streichen; es sei dies nicht ungerecht, denn wenn es zum Krach käme, würden die Gläubiger doch mindestens 20 pCt. verlieren. — Damit steht man schon mit einem Fuss auf dem Boden der Verstaatlichung des Kredits, und wenn man die Verstaatlichung des Kredits hat, so ist das nur die Introduction zur Verstaatlichung des Grundbesitzes. So ist man denn auf dem Standpunkt der Herren Stamm und Flürsheim angelangt, die ja als einleitende Massregel zur Verstaatlichung des Grundbesitzes nur die Verstaatlichung des Kredits zu haben wünschen. Ich möchte daher wünschen, dass im Interesse der Erzielung grösserer praktischer Erfolge seitens der Vertreter der Landwirthschaft in Zukunft derjenige Stand, der sich mit Recht als der konservative Hort des Staates und der Gesellschaft hinstellt, gegenüber solchen etwas leichtsinnigen Vorschlägen eine grössere Bedächtigkeit, eine grössere Vorsicht ausüben möge. Geschieht dies nicht, so werden alle Vorschläge, die von den Landwirthen ausgehen, die möglichen und durchführbaren wie die utopischen, zusammengeworfen, so werden sie alle mit der Marke des Agrariertums versehen und zur Unfruchtbarkeit verurtheilt.“ (ibid.).

Wenn Herr Prof. v. Miaskowski sagen will, dass die Vorschläge, welche zu einer Organisation des ländlichen Kredites führen, eine Etappe auf dem Wege zur Verstaatlichung des Grundbesitzes bilden, so stimmen wir mit ihm überein. Dasselbe gilt aber von allen diesen Vorschlägen, auch von denjenigen des Prof. v. Miaskowski selbst; wie aber das Verlangen, die Doppelwährung wieder herzustellen (das ist doch wohl das „billige Geld“, von welchem Prof. v. Miaskowski spricht), oder die Kreditinstitute des Grundbesitzes mit dem Privileg auszustatten, auch ihrerseits Noten ausgeben zu dürfen (Prof. v. Miaskowski spricht nur von Papiergeld, scheint also zwischen Noten und Papiergeld keinen Unterschied zu machen), in direkterem Zusammenhang mit der Verstaatlichung des Grundbesitzes sein soll, als alle sonstigen diesbezüglichen Pläne — dies ist uns geradezu unerklärlich?!

Auch können wir die Marke des Agrariertums nicht als eine „schlechte Marke“ und daher als „zur Unfrucht-

barkeit verurtheilt“ anerkennen, wie es Herr Prof. von Miaskowski in höchst liebenswürdiger Weise inmitten der Agrarier in dieser Sitzung des „deutschen Landwirthschaftsrathes“ gethan hat.

Sehr gut dagegen ist seine Polemik gegen den Abgeordneten Dr. Buhl, der gesagt hatte, „es lasse sich auf dem Gebiete des ländlichen Kredites durch den Staat nichts thun, Belehrung sei das Einzige, was möglich sei“. Diese Ansicht habe ihn „in Erstaunen gesetzt, namentlich in dem gegenwärtigen Augenblick, indem die verbündeten Regierungen einmal den Ausbau der Fabrikgesetzgebung in die Hand genommen haben, und indem sie die soziale Gesetzgebung durchzuführen suchen. Ich könnte diese Aeusserung verstehen, wenn sie vor 15 Jahren gethan wäre, heute muss ich sie für einen Anachronismus erklären“ (pag. 486).

Zutreffend ist ferner das, was Prof. v. Miaskowski bei Prüfung der bestehenden Kreditinstitute über die landwirthschaftlichen Darlehnskassen ausspricht: dass sie nämlich für den Personalkredit des grossen Grundbesitzers nutzbarer als bisher gemacht werden sollten; „Hier könnte vielleicht der Staat Einiges thun, diese Anstalten könnte er mit Summen dotiren, und sie könnten auch in Verbindung mit der Reichsbank gebracht werden“ (pag. 481). Allerdings bleibt diese Idee unklar, es ist aber darin eine dunkle Ahnung enthalten, dass der Personalkredit für die Landwirthschaft sich an ein grosses Kreditinstitut anlehnen müsse, — freilich nicht an die Reichsbank!

Dass Prof. v. Miaskowski sich von den Sparkassen nicht viel verspricht, ist ganz in der Ordnung. Sie sind in der That, wie er sagt, „in erster Linie Institute für die Sparer, und weil sie das sind, müssen sie hauptsächlich auf diese Rücksicht nehmen, und weil sie auf diese Rücksicht zu nehmen haben, so müssen sie auf pupillarische Sicherheit ihrer ausgeliehenen Gelder bedacht sein. Der hypothekarische Kredit, den sie gewähren, wird wegen der leichten Rückziehbarkeit der Spareinlagen auch stets kündbar sein müssen, nicht amortisirbar sein können. Ich meine daher, dass wenn nicht aus den Sparkassen etwas ganz Anderes werden soll, als was sie jetzt sind, sie dem landwirthschaftlichen Kreditbedürfnisse nicht in erheblicherem Masse dienstbar gemacht werden können, als sie es schon gegenwärtig sind“ (pag. 488).

Wir stimmen auch vollkommen bei, wenn Prof. v. Miaskowski den Hypothekenbanken gegenüber für den Grundbesitz folgende Losung ausgiebt: „Die Schuldner müssen sich zusammen thun, in geschlossenen Reihen auf dem Kapitalmarkt auftreten, und dort die günstigsten Bedingungen zu erzielen suchen,“ worauf er die Hypothekenbanken „in erster Linie auf den städtischen Grundbesitz verweist“ (pag. 489).

Nach blosser Streifung „der landständischen oder staatlichen Kreditorganisation“, welche Einrichtungen sind, wie sie in Preussen, Hannover, Hessen-Nassau existiren und „wie die Enquête ergiebt, ausserordentlich günstig funktionieren“, führt Prof. v. Miaskowki zu ihrer Empfehlung noch Folgendes an: „In den neuen preussischen Provinzen sind es Institute, die aus den alten Rentenablöskasssen entstanden sind. Nachdem diese ihre Geschäfte abgewickelt hatten, sind sie in Institute für den hypothekarischen Kredit des grossen und des kleinen Grundbesitzes umgewandelt worden. Ihre Organisation ist dann entsprechend ihrem weiteren Wirkungskreise ausgebildet worden. Es liegt Ihnen speziell über die hannoversche Landeskreditkasse das Votum eines gründlichen Kenners des Agrarwesens vor, eines Mannes, der durchaus objektiv, sachlich und überlegt urtheilt. Geh. Rath Professor Hanssen äussert sich sehr ausführlich über diese Institution und ihre Wirkungen“ (pag. 490).

Zum Schlusse entwickelt Prof. v. Miaskowski seine eigenen Ansichten über eine Ergänzungsorganisation der bestehenden Kreditinstitute. Nur darum kann es sich hierbei handeln, da er „nicht mit der bisherigen Kreditorganisation tabula rasa machen, sondern überall, wo eine Lücke sich befindet, die dem ländlichen Grundbesitz entsprechende Organisation einstellen“ will (pag. 491). Wir zitiren dieses Projekt in extenso:

„Ich habe diesen Plan so formulirt, dass er den verschiedenen Gegenden und verschiedenen Verhältnissen Rechnung trägt. Zu diesem Zwecke unterscheide ich zwischen grossen und kleinen Staaten: ich rechne Preussen selbstverständlich zu den Grossstaaten, zu den kleinen Staaten rechne ich alle andern von Baden abwärts. In der Mitte bleiben Bayern, Sachsen, Württemberg. Es mag speziellerer Prüfung vorbehalten bleiben, ob in Bezug auf das Kreditwesen diese mittleren Staaten der ersten oder zweiten Gruppe einzuordnen sind.

Die Grossstaaten charakterisiren sich dadurch, dass in ihnen der Gross-Grundbesitz reichlich genug vorhanden und vertreten ist, um eine eigene Organisation in den Landschaften zu ermöglichen. Für diese Grossstaaten möchte ich nun eine doppelte Organisation in den einzelnen Provinzen vorschlagen: für den grossen Grundbesitz Landschaften mit Ausbau der landwirthschaftlichen Banken für den Personalkredit, erforderlichenfalls unter Dotirung dieser Banken durch den Staat; für den mittleren und kleineren Grundbesitz, für den die Landschaften nicht genügen, eine Organisation im Anschluss an die provinzialständische Verwaltung. Wir haben in den Provinzialhilfsskassen ein Institut, das vielverheissend ist; man braucht sie nur auszubauen nach Art der Landeskreditanstalten in den neuen

Provinzen. Zu diesem Zwecke würde ich diese Provinzialhilfskassen mit 2 Abtheilungen versehen, die eine für den hypothekarischen Kredit, die andere für den Personalkredit. Selbstverständlich kann ja, wenn der hypothekarische Kredit — was mit Recht allgemein verlangt wird — unkündbar und amortisirbar sein soll, nur ein mässiger Theil des Grundertragswerthes von demselben in Anspruch genommen werden, weil der Kreditgeber sich gefasst machen muss auf ungünstige Konjunkturen, auf weniger intelligente Landwirthe u. s. w. Es bleibt somit unter günstigeren Konjunkturen, für intelligente Landwirthe noch eine Basis übrig, nicht für den hypothekarischen, wohl aber für den Personalkredit. Für diesen Fall wäre der betreffende Kreditsuchende zu verweisen von der Abtheilung für den Hypothekenkredit auf die Abtheilung für den Personalkredit. Diese beiden Abtheilungen hätten aber nicht nur in der Provinzialhauptstadt zu bestehen, sondern es wären auch Filialen in den einzelnen Kreisen zu errichten und zwar ebenfalls in 2 Abtheilungen, und diese wiederum hätten als ihre untersten Organe die Darlehenskassen, wo sie bestehen, zu benutzen. Diese Darlehenskassen könnten als Organe erster Instanz, als die Agenten dieser Kreiskassen in den Dörfern angesehen werden. Wo sie nicht vorhanden sind, wäre nach dem Beispiel von Hannover zu verfahren, wo von der Landeskreditkasse in den Dörfern eigene Agenten aus der Zahl der Bauern angestellt werden. Dadurch ist die Landeskreditkasse in Hannover in die Lage versetzt, genaue Kenntnisse über die Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung zu erhalten und ihre Geschäfte durch die Agenten vermitteln zu können.

Weniger komplizirt würde sich dieser Plan in den kleineren Staaten gestalten. Hier thut eine Bifurkation der Organisation nicht noth; sie ist aber auch nicht möglich, weil der Grossgrundbesitz hier nur eine untergeordnete Rolle spielt. In den kleineren Staaten wären eigene Kreditinstitute zu schaffen, die, wenn sie nicht an Organe der ständischen Selbstverwaltung anlehnen können, vom Staat unter Hinzuziehung der Berufsgenossen der Kreditnehmer ins Leben gerufen und organisirt werden sollten. Ich denke in dieser Beziehung an den sehr gut durchdachten Plan, der in Baden aufgestellt, jedoch fürs Erste an der Majorität der zweiten Kammer gescheitert ist, aber, wie ich glaube, wieder auftauchen wird. Derselbe hat schon jetzt, wo er noch nicht realisirt ist, die günstige Folge gehabt, dass er die rheinische Hypothekenbank veranlasst hat, den badischen Landwirthen günstige Bedingungen zu stellen, wie sie meines Wissens von keiner anderen Hypothekenbank im Deutschen Reiche den Grundbesitzern gestellt worden sind“ (pag. 491, 492).

Für den Grossgrundbesitz hat also Prof. v. Miaskowski wenig übrig, und was den bäuerlichen Grundbesitz betrifft, so ist der Plan Schäffle's in seinem „Agrarpolitischen Programm“ (s. „Zukunft“ No. 49) allerdings aus dem Jahre 1893 und der österreichische „Gesetzentwurf, betreffend die Berufsgenossenschaften der Landwirthe“, zu dessen Analyse wir im nächsten Kapitel übergehen, viel tiefgreifender und praktischer.

Prof. v. Miaskowski scheint übrigens selbst gefühlt zu haben, dass sein Plan erst noch eingehender geprüft und vertieft werden müsste, denn er selbst war es, der nach zweitägiger Debatte den Antrag stellte, welcher auch zum Beschlusse erhoben worden ist:

„Eine Kommission aus fünf Mitgliedern mit dem Rechte der Kooptation und der Vernehmung von Sachverständigen einzusetzen und dieselbe zu beauftragen:

a) die von den Referenten über die Frage der Kredit-Organisation in den Sitzungen des Deutschen Landwirthschaftsrathes vom 30. und 31. März vorgetragenen, sowie in der Diskussion hervorgetretenen Ansichten eingehend zu prüfen und dem Landwirthschaftsrath in einer seiner nächsten Sitzungen bestimmt formulirte Vorschläge zu unterbreiten, sowie

b) auf Grund der veranstalteten Enquête und weiterer Recherchen eine kritische Darstellung der für den ländlichen Kredit in den einzelnen deutschen Staaten bestehenden Einrichtungen zu veranstalten.“ (pag. 149).

In diese Kommission wurden folgende Herren gewählt: Freiherr von Hammerstein-Loxten, Oekonomierath Nobbe-Niedertopfstedt, Landwirthschaftsinspektor Leemann-Heilbronn und Rittergutsbesitzer von Puttkammer-Plauth, welcher jedoch die Wahl abgelehnt hat. Den Vorsitz übernahm vorläufig Ritterschaftsdirektor v. Wedell-Malechow. Kooptirt wurden die Herren Prof. Dr. von Miaskowski-Breslau und Gutsbesitzer Freiherr von Cetto-Reichertshausen.

Der Plan von Prof. von Miaskowski ist sammt allen andern auf diese Weise glücklich begraben worden, so dass wir ihn heute nach sieben Jahren behufs weiterer Verwendung dank dem gedruckten Berichte über die damaligen Verhandlungen des „deutschen Landwirthschaftsraths“ ebenso glücklich ausgraben konnten.

V.

Während bisher in Bezug auf Oesterreich meist das boshafte Wort Napoléon's I. galt: „L'Autriche . . . toujours trop tard d'une idée, d'une année et d'une armée!“ — kann dieses geflügelte Wort von Oesterreich in Hinsicht auf eine genossenschaftliche Organisation des landwirthschaftlichen Grundbesitzes und eine Reorganisation des ländlichen Realkredites heute keine Anwendung mehr finden. Oesterreich hat nämlich „eine Idee“ diesmal noch vor Deutschland gehabt, und zwar ein ganzes Jahr früher, wenn wir den günstigen Fall annehmen, dass Deutschland in diesem Jahre in derselben Richtung vorgehen wird. Was aber noch mehr bedeutet, hat Oesterreich dieser Idee bereits eine That folgen lassen: in den den beiden Häusern des Reichsrates von der Regierung gemachten Vorlagen zweier organisch mit einander zusammenhängenden Gesetze, nämlich eines „Gesetzes, betreffend die Errichtung von Berufsgenossenschaften der Landwirthe“ und eines „Gesetzes, betreffend die Errichtung von Rentengütern.“

Wenn man sich diese beiden Gesetze und die denselben beigegebenen erläuternden „Bemerkungen“ näher ansieht, so wäre man eher geneigt, diesmal auszurufen: „L'Autriche . . . trop tôt d'une idée et d'une année!“ so sehr weitgehend in der Beschränkung des Eigenthums und in der Bevormundung sind diese Gesetze einerseits, und so sehr eingeschränkt und dem „bon plaisir“ des Ackerbauministers andererseits ist ihr Wirkungskreis in Bezug auf die Errichtung der Rentengüter, in welchen der Schwerpunkt des Ganzen liegt, anheimgegeben. Dem Zuviel in der einen steht ein Zuwenig in der andern Hinsicht gegenüber. Daher macht das Ganze den Eindruck eines trotz grosser darauf verwandten Mühe und Sorgfalt nicht reiflich genug Ueberlegten. Es mag dies auch aus dem Umstande folgen, dass diese Gesetzentwürfe hauptsächlich den kleinen und mittleren Bauernbesitz im Auge haben, was wohl wiederum daraus herzuschreiben ist, dass das Material zu denselben hauptsächlich Professoren geliefert haben, und zwar L. von Stein und Schäffle, wie ein Vergleich dieser Gesetze mit den bezüglichlichen Schriften dieser Herren beweist.

Die leitende, beiden Gesetzentwürfen zu Grunde liegende Idee wird in den „erläuternden Bemerkungen“ in dem ersten Satze in folgenden Worten kurz aber scharf präzisirt:

„Die Organisation des Berufsstandes der Landwirthe, welche heute bei dem fortschreitenden Einflusse der überseeischen Konkurrenz, bei der drückenden und fortwährend in Zunahme begriffenen Hypothekarbelastung der Grundstücke und angesichts der an sie gestellten, beständig wachsenden Anforderungen auf ein Minimum des landwirthschaftlichen Reinertrages angewiesen sind, wird immer mehr und mehr als Bedürfniss empfunden.“

Sie ist auch kein Novum, sondern nur eine Vervollständigung der schon zum Theil existirenden Rüstung, in welcher der landwirthschaftliche Grundbesitz zum Kampfe ums Dasein befähigt sein soll.

Im zweiten Absatz heisst es nämlich:

„Die Entwicklung, welche in den verschiedenen Staaten im Laufe der Zeit das landwirthschaftliche Genossenschaftswesen und sonstige landwirthschaftliche Interessen-Vertretung genommen hat (Beilage I), lässt deutlich das Bestreben erkennen, der landwirthschaftlichen Bevölkerung in dem Zusammenschlusse zur gemeinsamen Erstrebung ihrer Aufgaben und Zwecke ein Mittel an die Hand zu geben, welches sie befähigen soll, in der grossen Weltwirtschaft den Konkurrenzkampf aufzunehmen, welchem die einzelnen in ihrer Isolirung als Individuen minder gewachsen sind.“

Wenn man diese so „korrekten“ Sätze „der erläuterten Bemerkungen“, welche in eine so weite soziale Perspektive auszuschaun scheinen, liest, bevor man die Gesetze selbst studiert hat, dann hegt man in Betreff dieser Gesetze hohe Erwartungen, welche hinterher einer bitteren Enttäuschung Platz machen. Wenn man sie dagegen nach dem Studium der Gesetze liest, so ist man ganz verwundert, wieso so hochfliegende soziale Motive und leitende Gesichtspunkte in den Gesetzentwürfen zu solch beschränkten praktischen Massnahmen zusammenschrumpfen konnten.

Daran ändert die wiederholte Versicherung nichts, dass „die Regierung . . . dieser Frage der Organisation und Stärkung der landwirthschaftlichen Interessenvertretung das Augenmerk zugewendet und Studien darüber gepflogen, wie eine Reform des in Oesterreich noch wenig entwickelten landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens anzubahnen wäre.“ Und auch noch weiter die Versicherung, dass beide Gesetzentwürfe „das Resultat der Studien, Erhebungen und längeren Verhandlungen zwischen den theiligten Centralstellen“ seien.

Wir zweifeln keinen Augenblick an diesen „Studien“; die Gesetzentwürfe tragen unverkennbar den Stempel einer nicht leichtfertigen, sondern im Gegentheil einer so sehr hin und her überlegten und studirten Arbeit, dass gerade die Aengstlichkeit, ja nicht zuviel zu wagen, nicht

zu weit zu gehen, ein zu riskantes Experiment zu machen — es wohl hauptsächlich verschuldet hat, dass nur „halbe“ Arbeit vollbracht worden ist, wo „ganze“ so Noth thut. Allerdings kann man dem entgegenstellen, dass einer halben Massregel, wenn sie sich bewährt, die andere halbe folgen kann — im entgegengesetzten Falle unterbleiben, wobei auch nur ein halber Schaden erwachsen dürfte, während bei riskirter ganzer Massregel der Schaden im Falle des Misslingens ein doppelt so empfindlicher sein müsste. Wahr wäre nun dieses Raisonement nur in dem Falle, wenn das Misslingen eines Wagnisses sich nicht oft einzig und allein daraus ergäbe, dass es nur zur Hälfte unternommen worden war. Die alte Regel heisst: Wäge und dann wage, womit aber nicht gesagt ist, dass das Wägen zu einem halben Wagen, — also zu einem theilweisen Probiren führen soll, worauf diese österreichischen Gesetzentwürfe hinauslaufen.

Doch skizziren wir vorerst diese beiden Gesetze in ihren Hauptzügen. Wenn sie überhaupt zutrifft, muss unsere Kritik dadurch ihre beste Begründung und Rechtfertigung erfahren.

Also zunächst das „Gesetz, betreffend die Einrichtung von Berufsgenossenschaften der Landwirthe!“

Diesem Gesetze kann man nicht vorhalten, dass es nicht weit genug jene Organisation der Berufsgenossenschaften ausdehne.

Nach § 1 wird nämlich „in jedem Gerichtsbezirke“ der ganzen österreichischen Monarchie „eine Berufsgenossenschaft der Landwirthe für diesen Bezirk und in jedem Lande eine solche für den Bereich des Landes errichtet. Diese Genossenschaften führen die Bezeichnung „Bezirks- und Landesgenossenschaften der Landwirthe.““

Diese Organisation gleicht also einem über die ganze Monarchie ausgebreiteten Netze, welches aus kleineren Maschen (Bezirksgenossenschaften), zu grösseren Maschen vereinigt (Landesgenossenschaften) zusammengesetzt ist.

Nach § 2 besteht: „der Zweck dieser Berufsgenossenschaften der Landwirthe in der Verbesserung der sittlichen und materiellen Verhältnisse der Landwirthe durch Pflege des Gemeingeistes, gegenseitige Belehrung und Unterstützung, Erhaltung und Hebung des Standesbewusstseins unter den Genossen sowie durch Förderung der wirtschaftlichen Interessen derselben.“

Bei Ablesung dieses Paragraphen, welcher für den Geist dieses Gesetzes höchst charakteristisch ist, wird einem geradezu schwindlig. So weit gesteckt sind die Horizonte, nach welchen hin sich die Zwecke des Gesetzes ausdehnen. Es umfasst nämlich nicht bloss die sozialökonomischen und etwa noch rechtlichen, sondern sogar die ethischen Interessen seiner „Mündel“. Wir

wählen diesen letzteren Ausdruck mit dem Bewusstsein, dadurch ein weiteres specifisches Merkmal dieses Gesetzes zu kennzeichnen: den Geist der Bevormundung nämlich, wie er nicht stärker und absoluter in dem Buckle'schen „bevormundenden Geiste des despotisme éclairé“ im vorigen Jahrhunderte sich hervorthat. Da das Gesetz in Oesterreich konzipirt worden ist, so mag es in dieser Hinsicht auf die Josephinische Tradition zurückzuführen sein.

Die Berufsgenossenschaften der Landwirthe bekommen durch diese Einfügung moralisirender, pädagogischer Elemente und zwar an der Spitze der ihnen vorgesteckten Ziele in das Gesetz, sozusagen den Zuschnitt eher einer religiösen Gemeinde⁹⁾ oder Erziehungsanstalt, als einer sozialökonomischen Berufsgenossenschaft. Es ist ein gutes Stück Freimaurerthum darin eingeflochten. Man fragt sich unwillkürlich, wer sind denn die Landwirthe, welche das Gesetz im Auge hat? Doch wohl nicht erwachsene, gebildete Leute, und wenn es erwachsene Menschen sind, dann können es doch wohl nur Bauern sein, welchen „Pflege des Gemeingeistes, Belehrung, Hebung des Standesbewusstseins . . . unter den Genossen“ beigebracht werden sollen.

Mit nichten! § 3 besagt einfach: „Mitglieder der Bezirksgenossenschaft der Landwirthe sind die Eigenthümer der in dem Gerichtsbezirke gelegenen, dem Betriebe der Land- oder Forstwirthschaft oder eines Zweiges derselben gewidmeten Liegenschaften.“ Also alle Grundbesitzer, sowohl die grossen, als die mittleren und die kleinen — vom Bauern herauf bis zum Magnaten! Wenn etwa der Herr Ackerbauminister oder eine andere Bezirks- oder Landesbehörde derartige „grossen Fische“ aus dem „Netze“ nicht herauslässt (§ 4).

Es sind also Zwangsgenossenschaften, zu denen der Zutritt für jeden „Eigenthümer einer landwirthschaftlichen Liegenschaft“ obligatorisch ist. Die „erläuternden Bemerkungen“ äussern sich über diesen Punkt folgendermassen:

„Es wurde dabei die Form der Zwangsgenossenschaft, welche ja auch in ähnlicher Weise für das Gewerbe besteht, gewählt, um ein ganzes System von Genossenschaften zu schaffen, welche sowohl unter einander, als auch mit einer höheren Organisationsform in Beziehung treten, wodurch gerade, wie die Erfahrungen in anderen Staaten bei den freiwilligen Verbänden zeigen, die Leistungsfähigkeit der einzelnen Genossenschaft erhöht, ja vielfach erst die Lebensfähigkeit derselben bedingt wird. Uebrigens ist der Gedanke der Zwangsgenossenschaft auch schon in manchen

⁹⁾ Das Wort „Genossenschaftssprengel“, dem wir gleich im § 1 begegnen, scheint schon darauf hinzuweisen.

Kreisen der heute auf dem Principe der freiwilligen Begründung fussenden Bezirksgenossenschaften der Landwirthe, sowie in sonstigen Kreisen der landwirthschaftlichen Bevölkerung spontan zum Ausdrucke gekommen.

§§ 4—15 übergehen wir, da dieselben nur den formalen Ausbau der Genossenschaft betreffen. Dagegen ist der Leser auf § 16 gespannt, welcher die in § 2 angedeuteten Zwecke des Gesetzes in greifbarere, konkretere Formen fasst. Er lautet in extenso:

„Der Wirkungskreis der Bezirks- und Landesgenossenschaften der Landwirthe ist durch den im § 2 festgesetzten Zweck derselben bestimmt.

Insbesondere fallen diesen Genossenschaften ausser den denselben nach dem Gesetze betreffend die Einrichtung von Rentengütern zugewiesenen Aufgaben folgende zu:

a) Die Errichtung von genossenschaftlichen Lagerhäusern, Magazinen u. dgl. für landwirthschaftliche Produkte der Genossenschafter;

b) der Verkauf der landwirthschaftlichen Produkte, welche von den Genossenschaftern an die Genossenschaft abgeliefert worden sind, über Auftrag und für Rechnung der Genossenschafter, insbesondere auch zur Versorgung des Heeresbedarfes;

c) der Ankauf von landwirthschaftlichen Artikeln, welche die Genossenschafter zu ihrem Betriebe benötigen, über Antrag und für Rechnung derselben;

d) die Gründung neuer und die Förderung oder Vereinigung bestehender Darlehnskassen, insbesondere solcher nach dem System Raiffeisen, behufs Pflege des landwirthschaftlichen Personalkredites und des Kredites auf Grund der erfolgten Ablieferung landwirthschaftlicher Produkte an die Lagerhäuser, Magazine u. s. w. der unter a) bezeichneten Art;

e) die Vermittlung langfristiger, dem Amortisationszwange unterworfenen Hypothekendarlehen von Seiten der betreffenden Landeshypothekenbanken oder, wo keine solchen bestehen, von Seiten sonstiger Kreditinstitute an die Genossenschafter;

f) die Vermittlung der Kranken-, Invaliden- und Altersversorgung der landwirthschaftlichen Dienstboten und Arbeiter;

g) die Errichtung von Kranken- und Verpflegungshäusern und die Vermittlung genossenschaftlicher Naturalverpflegung;

h) die Arbeits-Nachweisung und -Vermittlung;

i) die Fürsorge für die Durchführung der Samenkontrolle und der Verkehr der Genossenschafter mit landwirthschaftlichen Versuchstationen;

k) die Vermittlung und Agentur behufs Abschliesung von Feuer-, Hagel- oder Viehversicherungsverträgen für die

Genossenschafter und Erzielung günstiger Bedingungen, eventuell Wahl von Genossenschäftern in die Schätzungskommission der Versicherungsgesellschaften;

l) die Gründung und Förderung von Viehzuchtgenossenschaften;

m) die Besorgung der Genossenschaftsstatistik;

n) die Vermittlung des Rechtsbeistandes für die Genossenschäftler“.

Also finden wir mit der Errichtung von Rentengütern, welche als Schwerpunkt der Ziele in einem besonderen „Gesetze betreffend die Errichtung von Rentengütern“ behandelt wird und hier ausgeschlossen ist: lauter sozialökonomische und agronomische Zwecke, und zwar in schönster Unordnung durcheinander gemengt beisammen. Man fragt sich nach Durchlesung dieser langen Liste, wo sind denn jene moralisirenden und pädagogischen Ziele geblieben? Es müssten doch, wenn dieselben oben nicht auf blosser Phrasen hinauslaufen, ausser Lagerhäusern und Magazinen, Bet- und Schulhäuser oder wenigstens Freihäuser mit regelmässigen Vorträgen und Konferenzen über „Standesbewusstsein, Gemeingeist“, Belehrung schlechtweg für die zu erziehenden „Genossen“ auch in diesem Paragraphen vorgesehen sein.

Im Zweifel, wie dieser Widerspruch oder wenigstens diese Lücke im § 16 dem § 2 gegenüber zu erklären ist, greift man nach den „erläuternden Bemerkungen“, wo man aber keinen Aufschluss darüber findet. Auch hier schrumpfen auf einmal die ethischen Ziele zu blossen „wirthschaftlichen Aufgaben“ zusammen! Bei reiflicher Ueberlegung „ein Jahr später“ hätte man wohl auch in § 2 diese ein falsches Licht über das ganze Gesetz werfenden Schulmeisterphrasen ausgelassen. Es wäre vielleicht dadurch nichts an der Natur des Gesetzes geändert, denn dasselbe bliebe trotzdem stark bevormundend und sozialistisch gefärbt, wie wir es noch in den späteren Paragraphen in dieser Hinsicht besser kennen lernen werden, aber jene beiden für die Intelligenz unter den Landwirthen wohl kaum sehr mundgerechten Elemente würden mehr zurückgetreten und in einem diskreten Schatten zum äussern Vortheil des Gesetzes geblieben sein.

Die „erläuternden Bemerkungen“ sprechen hier, ohne gerade diesen Sinn hineinzulegen, das Wort aus: „Die Berufsgenossenschaften sollen nicht Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften . . . sondern Genossenschaften besonderer Art sein“. Aus dieser nicht näher gekennzeichneten „besonderen Art“ könnte man entnehmen, dass sie im obigen Sinne Zwittergebilde zwischen Kirchengemeinden oder Freimaurerlogen, und Innungen oder Kommissionsgeschäften sein sollen. Diese unklare Bezeichnung bezieht sich jedoch speziell in diesem Falle darauf, dass die Berufs-

genossenschaften keine Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit solidarischer Haftung sind.

Sie sollen vielmehr nach § 17 sich solcher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, insbesondere derer nach dem System Raiffeisen, bedienen, ihre Gründung anregen und fördern, mit bereits bestehenden in Verbindung treten, und zwar „behufs Erfüllung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben“, wie sie im § 16 dargestellt worden sind. Sie haben daher nach § 18 ein von den gesetzlichen Bestimmungen, denen die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften unterstehen, abweichendes, eigenes Recht und zwar folgendes: „Für die Verbindlichkeiten der Berufsgenossenschaften haftet nur die Genossenschaft, als juristische Person“.

Zu den §§ 19—27 wird in den „erläuternden“ Bemerkungen gesagt: „Die pekuniären Mittel . . . zur Erfüllung ihrer Aufgaben sollen die Berufsgenossenschaften durch Umlagen aufbringen, welche als Zuschläge zur staatlichen Grundsteuer einzuheben sind und unter Umständen auch von den politischen Behörden zwangsweise eingehoben werden können“. Also Zwangsgenossenschaften mit Zwangsbeiträgen, welche allerdings nach oben hin limitirt sind. „Diese Beiträge dürfen bei der Bezirksgenossenschaft 4% und bei der Landesgenossenschaft 1% der von den Genossenschaften im Sprengel zu zahlenden staatlichen Grundsteuer nicht überschreiten“ (§ 20).

Bei so weit gehenden Kompetenzen der Berufsgenossenschaften den „Eingesprengelten (§ 1)“ gegenüber ist es wohl als folgerichtig anzuerkennen, dass der „Vertretung der Regierung“, dem „Einflusse der Landesgesetzgebung“, den „Verbänden und Revisionsorganen“, welche in den §§ 28—35 zur Darstellung kommen, auch recht weit gehende Kompetenzen vorbehalten sind.

So ist der Ackerbauminister berechtigt, zwei Mitglieder in den Ausschuss der Genossenschaft (§ 10.) zu senden, welche auch zu Obmännern (§ 18) gewählt werden können und in den Versammlungen stimmberechtigt sind. „Ebenso kann über Ermächtigung des Ackerbauministeriums die politische Landesbehörde je ein Mitglied in den Ausschuss der in dem betreffenden Lande gelegenen Bezirksgenossenschaften mit dem erwähnten Stimmrechte entsenden.“ (§ 28).

Diese Befugnisse des Ackerbauministeriums sind nur eine Ergänzung der ihm schon im § 13 eingeräumten Rechte, „die näheren Bestimmungen über das Wahlrecht und das Wahlverfahren . . . im Verordnungswege festzusetzen.“ Hier erscheint die diskretionäre Macht des Ackerbauministeriums in ihrem ganzen Umfange. Es können von ihm demnach Wahlen „gemacht“ werden, was bei Zwangsgenossenschaften mit Zwangsbeiträgen doch immerhin bedenklich sein dürfte. Besser wäre jedenfalls die

strikt gesetzliche Regelung des Wahlsystems, oder wenn das nicht bis ins Detail anginge, zumal bei der Verschiedenheit der Grundbesitzverhältnisse, je nach Provinzen und Königreichen in einem Lande wie Oesterreich, — wenn den betreffenden Landesausschüssen in dieser Hinsicht mehr Kompetenzen eingeräumt wären. Diejenigen Befugnisse nämlich, welche den Landesausschüssen nach §§ 29 und 30 zustehen, ein bis zwei Mitglieder in die betreffenden Ausschüsse der Berufsgenossenschaften zu entsenden, und über Statutenänderungen endgiltig zu entscheiden, sind doch das Minimum, was den Landesausschüssen eingeräumt werden musste, wenn ihnen zugleich eventuell (nach § 79 des Rentengesetzes) die Haftung für die von den Genossenschaften emittirten Rentenbriefe anstatt des Staates auferlegt werden sollte.

Auch § 35 bringt keine genügende Klarheit über das Verhältniss zwischen den Kompetenzen des Ackerbauministeriums und der Landesbehörden. Er besagt nämlich: „Dem Ackerbauministerium steht die Oberaufsicht über die Berufsgenossenschaften der Landwirthe zu. Die Aufsicht wird entweder unmittelbar oder durch die politische Landesbehörde ausgeübt, und ist in derselben Weise auch die Revision der Landesgenossenschaften durchzuführen.“

Also auch hier diskretionäre Entscheidung des Ministers darüber, ob er jene Oberaufsicht und Aufsicht und Revision selbst ausüben oder „en bon prince“ mitunter dieses Recht durch die Landesbehörde ausüben lassen will.

Wir gehen nunmehr zu einer kurz gedrängten, kritischen Darstellung des zweiten „Gesetzes, betreffend die Errichtung der Rentengüter“ über. Ueber das Verhältniss dieses Gesetzes zu dem oben besprochenen äussern sich die „erläuternden Bemerkungen“ wie folgt:

„Mit dem eben besprochenem Gesetzentwurfe steht jener über die Einrichtung von Rentengütern in engem Zusammenhange und bildet eigentlich eine Ergänzung des im § 16 des ersteren Entwurfes beschriebenen Wirkungskreise der Berufsgenossenschaften. Er behandelt die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht bedeutendste Aufgabe der zu schaffenden Körperschaften, indem er die allmähliche Ablösung der drückenden Hypothekarlasten von den landwirthschaftlichen Liegenschaften und zugleich die Schaffung unbelastbarer Rentengüter in Aussicht nimmt.“

Es wirkt zunächst diese Bezeichnung „allmähliche Ablösung der drückenden Hypothekarlasten“ als in „wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht bedeutendster Aufgabe“ der landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften, — wie ein erfrischender Luftzug inmitten der Schwüle, welche in dem ganzen ersten Gesetz infolge der nebeligen ethischen Ziele herrschte. Es ist nicht allein die bedeutendste, son-

dern auch eine klare, handgreifliche und wahrhaft sozial-ökonomische Aufgabe, die hiermit dem alles Mögliche durch einander enthaltenden Wirkungskreise der Berufsgenossenschaften (§ 15) hier vorgezeichnet wird. Auch die Begründung dieser „bedeutendsten Aufgabe“, welche die „erläuternden Bemerkungen“ bringen, ist als eine gutgefasste zu bezeichnen. Sie lautet wörtlich:

„Aus Beilage V sind die verschiedenen Verschuldungsformen des landwirthschaftlichen Grundbesitzes und die grossen Summen der Belastung zu ersehen, welche heute auf den landwirthschaftlichen Realitäten liegt. Es ist daraus zu ersehen, wie viele Güter zur executiven Feilbietung gelangt sind, und welche grossen Verluste auch die Hypothekargläubiger bei derselben erlitten haben.

Unter solchen Umständen muss es die Aufgabe der landwirthschaftlichen Verwaltung des Staates sein, die Ablösung dieser an dem Volkswohlstand zehrenden und die Thatkraft des bedrückten Landwirthes lähmenden Hypothekarlasten ins Auge zu fassen. Es sind daher in dem Gesetzentwurfe über die Errichtung von Rentengütern die Grundsätze niedergelegt worden, nach welchen diese Ablösung ohne Schädigung der wohlerworbenen Gläubigerrechte durchzuführen wäre.“

Wahrlich goldene Worte, welche mutatis mutandis in goldenen Buchstaben in allen Parlamenten und in allen Regierungsgebäuden des europäischen Continents promemoria an allen Ecken und Enden eingravirt sein sollten. Den deutschen Professoren und Gelehrten, wie Schäffle und Buchenberger, von denen, wie wir in Kap. I. und II. gesehen — der erstere die Schutzbedürftigkeit des Grundbesitzes und der Landwirthschaft nur bei den Bauern und Pächtern, nicht aber bei den Grossgrundbesitzern anerkennen will, der zweite allen Enquêtes und statistischen Ausweisen über die Verschuldung des Grundbesitzes in Deutschland gegenüber „akademisch kalt und ruhig“ bleibt, — empfehlen wir diese Worte der „erläuternden Bemerkungen“ zur österreichischen Regierungsvorlage ganz besonders. Dieselben dürften in Prof. Schäffle, als gewesenem österreichischem Staatsminister, Reminiscenzen wachrufen, welche ihm als solchen nie aus dem Gedächtniss hätten schwinden sollen. Diese erste aufrichtige Genugthuung über die darin zu Tage tretende Einsicht in die Grösse der gegenwärtigen landwirthschaftlichen Noth, sowie in die Pflichten des Staates und der Gesetzgebung der verzweifelten Lage des landwirthschaftlichen Grundbesitzes gegenüber, macht jedoch bereits in den sich unmittelbar anschliessenden Sätzen, die obendrein noch unter einander nicht gerade logisch verknüpft sind, einer vollständigen Enttäuschung Platz. Der Leser urtheile selbst: „Vorschläge und Erleichterungsversuche sind in dieser Hinsicht (nämlich in Hinsicht der

allmählichen Ablösung des Grundbesitzes von der erdrückenden Schuldenlast) schon wiederholt gemacht worden“. Man sollte nun meinen, dass es jetzt endlich anders kommt, dass nicht bloss Vorschläge und Versuche, sondern „ganze Arbeit“ verrichtet werden soll. Ja, wer das glaubt, der kennt bürokratische Routine nicht, welche das würdige Pendant zu professoraler, „unparteiischer, objektiver, vorurtheilsloser“, aber dann auch stets nur „halber“ Wissenschaft und auf Grund dessen „halber“ Praxis bildet und daher ihrerseits auch am liebsten nur „halbe“ Massregeln zu treffen für gut findet.

Im Gegensatz zu den „schon öfters gemachten Vorschlägen und Erleichterungsversuchen“ schwingt sich daher auch diese wichtigste österreichische Regierungsvorlage nicht zu einem Gesetzentwurfe auf, der eine radikale Kur des Uebels in Aussicht stellte, sondern sie lenkt trotz des Gegensatzes, der in dem Worte „jedoch“ logisch liegen müsste, ganz ruhig in die bereits breitgetretenen Pfade wieder ein. Es heisst nämlich:

„Es scheint jedoch (!) unthunlich, eine derartige Ablösung der Hypothekenlasten durch eine umfassende und alle beteiligten Kreise sofort berührende Aktion zu bewerkstelligen, ohne die Gefahr einer allgemeinen Erschütterung und Umwälzung der Bodenwerths- und Hypothekarkreditverhältnisse heraufzubeschwören“.

In diesem Satze ist der springende Gesichtspunkt enthalten, welcher dem ganzen, die Rentengüter betreffenden Gesetze die eigentliche, entscheidende Signatur verleiht. Es wird damit sowohl örtlich als zeitlich nur eine sehr „eingeschränkte Aktion“, und zwar nicht wirklich sofort „eingeleitet“, sondern bloss „in Aussicht genommen“. Diese Aktion lässt sich bildlich unter Hinzuziehung des Vergleiches, welchen wir im ersten Gesetzentwurf zwischen der dort angegebenen Organisation der Berufsgenossenschaften und einem über die ganze Monarchie ausgelegten Netze gemacht haben, dahin erläutern, dass mit diesem Netze Fische gefangen werden sollen, nämlich „Liegenschaften“, die in Rentengüter umgewandelt werden, aber nur in soweit, als sie selbst in die Maschen jenes Netzes gerathen: wobei der Herr Ackerbauminister darüber zu entscheiden hat, welche und wie viel „Fische“ er fangen will.

In der That scheint uns diese „weise Einschränkung“ der grossen Staatsaktion, die in den einleitenden Sätzen mit solcher Zuversicht angesagt wurde, zu schlau sein zu wollen. Es sind dies wohl Metternich'sche Reminiscenzen und Anklänge!

Doch greifen wir nicht vor. Theil I §§ 1—21 handelt über den „Begriff des Rentengutes“ und die „Formen der Begründung von Rentengütern“.

Als Begriff des Rentengutes wird hingestellt:

„Unter Rentengut im Sinne dieses Gesetzes ist eine Liegenschaft zu verstehen, für welche der Kaufschilling in Form einer festen, nach den Bestimmungen dieses Gesetzes ablösbaren Geldrente gezahlt wird, und deren Eigenthümer den durch dieses Gesetz festgesetzten Beschränkungen seines Eigenthumsrechtes unterworfen ist“ (§ 1).

Auffallend ist zunächst der Umstand, dass bei der Rente nur an den Kaufschilling gedacht wird, und dass „die Beschränkung des Eigenthumsrechtes“ dabei so sehr, so einzig hervorgekehrt wird.

Die Beschränkung der Rentengutsbildung nur auf die Fälle, wo Liegenschaften gekauft und verkauft werden, welche im Ausdruck „Kaufschilling“ angedeutet ist, findet ihre nähere Ausführung in dem folgenden Paragraphen, welcher über die einzig zulässige Errichtung von Rentengütern durch Landesgenossenschaften und nur an den durch die Organisation der Berufsgenossenschaften „eingesprengelten“ Liegenschaften handelt. Diese Errichtung kann laut § 2 entweder zwangsweise oder freiwillig erfolgen. Zwangsweise laut §§ 2—16 bei Gelegenheit „einer exekutiven Feilbietung“, an welcher die Berufsgenossenschaft sich „zu betheiligen verpflichtet ist“. Allerdings innerhalb einer gewissen Grenze, welche in betreff des Preises, den sie zu bieten hat, in einem Multiplum, nämlich mindestens dem zwanzig- bis höchstens dem fünfundzwanzigfachen Katastralreinertrage (§ 6), und in betreff der Beschaffenheit der Liegenschaft darin besteht, dass die Berufsgenossenschaft zu kleine und devastirte (§ 13) Liegenschaften selbst bei „exekutiver Feilbietung“ nicht zu kaufen braucht.

Dieser Verpflichtung stehen besondere Rechte und Privilegien gegenüber. So hat das Gericht „vor Bewilligung der exekutiven Feilbietung festzustellen, ob die betreffende Liegenschaft in eine Berufsgenossenschaft der Landwirthschaft einbezogen ist (§ 3) und sofort die Bezirks- genossenschaft sowohl als die Landesgenossenschaft, in deren „Sprengel“ sie liegt, zu verständigen, damit dieselbe „alle ihr einem Tabulargläubiger gleich zustehenden Rechte“ geltend machen könne. Auch steht ihr gleichsam das Vorkaufsrecht bei der in „exekutiver Feilbietung“ erfolgten Licitation zu. Innerhalb einer gewissen Frist muss die Genossenschaft dem Gerichte gegenüber die Erklärung abgeben, ob sie sich an der „Feilbietung“ betheiligen will oder nicht (§ 4). Erst wenn die Entscheidung innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht erfolgt ist, „hat das Gericht mit der Durchführung der Feilbietung nicht länger zu warten.“ Dabei ist zu bemerken, dass bei sonst normaler Beschaffenheit der Liegenschaft eine Ablehnung, an der exekutiven Feilbietung theilzunehmen, von Seiten der

Berufsgenossenschaften nur unter Zustimmung des Ackerbauministers erfolgen darf (§ 13).

Also nur in „trübem Wasser“, als welches jene „exekutive Feilbietung“ gelten muss, soll der Fischfang jedenfalls vollzogen werden. Dann kann er aber auch ganz ruhig riskirt werden, zumal da er auf Grund einer für das Gesetz recht charakteristischen Klausel laut § 14 auf alle Fälle günstig ausfallen muss.

Dieser § 14 lautet, wie folgt:

„Wenn die Landesgenossenschaft erklärt, sich an der exekutiven Feilbietung zu betheiligen, so hat das Gericht in die Feilbietungsbedingungen die Bestimmung aufzunehmen;

1. Dass die Landesgenossenschaft von dem Erlange eines Vadiums befreit ist;

2. dass der Ersteher verpflichtet ist, das Meistgebot zur Hälfte innerhalb 14 Tagen nach Rechtskraft des Zuschlages, zur andern Hälfte binnen weiteren 30 Tagen bei Gericht zu erlegen“

Einige geringe und nur in ausnahmsweise vorkommenden Fällen eintretenden Befreiungen von diesem „Baarerlage“ ändern nur wenig an der Thatsache, dass hiermit den Landesgenossenschaften allen Privatpersonen gegenüber ein Priveleg eingeräumt ist, welches den ausgesprochenen Zweck im Auge hat, unter Ausschluss anderer Bieter, „Liegenschaften“ möglichst billig an die Berufsgenossenschaften der Landwirthe zu bringen, um dieselben in Rentengüter zu verwandeln. Es liegt darin unverkennbar ein sozialistischer Zug, indem hiermit eine Beeinträchtigung der Rechte, sowohl der Privatgläubiger als auch der Privatschuldner eintritt. Beide stehen nämlich in diesem Falle einer mit besonderen Vorrechten ausgerüsteten Genossenschaft gegenüber, welche das erschwerte Meistgebot aller Andern durch ihr so sehr erleichtertes Gebot zu drücken in der Lage ist.

Seine Berechtigung kann dieses Verfahren nur aus Rücksichten auf das Gemeinwohl und zwar auch nur indirekt ableiten. Es liegt diesem Priveleg die Idee zu Grunde, den Grundbesitz dem freien Handelsverkehr mit dem damit verbundenen, oft recht für das Gemeinwohl unvortheilhaften Besitzwechsel — dem Güterschacher — zu entrücken. Insofern kann diese gesetzgeberische Massregel als praktisch aber zugleich im Verhältnisse zu den winzigen Resultaten, die im Zusammenhange mit den übrigen eingeschränkten Bestimmungen dieses Gesetzes erreicht werden können, als recht weit, um nicht zu sagen zu weitgehend bezeichnet werden. Es wird damit erst recht das oben herangezogene Bild von einem theilweisen Fischfange dahin ergänzt, dass derselbe vornehmlich nur in trübem Wasser geschehen soll.

In den §§ 16—22 wird jedoch auch der „Netzfischfang“ im „klaren“ Wasser vorgesehen, nämlich durch „freiwillige Begründung“ eines Rentengutes. Dieselbe erfolgt „über Ansuchen des Eigenthümers der Liegenschaft“, welches an die Bezirksgenossenschaft zu überreichen ist. (§ 16). Die letztere hat nach „Feststellung, ob die Liegenschaft im genossenschaftlichen Verbande steht“ die in den §§ 6—9 vorgeschriebene „Werthermittlung“ und den Hypothekenstand festzustellen und darüber der Landesgenossenschaft zu berichten. (§ 17).

Die letztere kann jedoch nach Prüfung der Akten die Umwandlung der Liegenschaft in ein Rentengut ablehnen, wenn die fragliche Liegenschaft zu klein oder devastirt ist (§ 13), ferner, wenn auf der Liegenschaft ein Wiederkaufs-, Vorkaufs- oder Bestandsrecht eingetragen ist (§ 18). Und nun kommt eine Klausel, welche in die diskretionäre Gewalt des Ackerbauministers die Entscheidung darüber legt, ob, wenn auch alle sonstigen Bedingungen für die Umwandlungen einer Liegenschaft in ein Rentengut zutreffen, diese in „wirthschaftlicher und sozialer Hinsicht bedeutenste Aufgabe“ der Berufsgenossenschaften, nämlich die Errichtung von Rentengütern, in dem gegebenen Falle überhaupt Platz greifen soll!!

Es heisst nämlich:

„Die Landesgenossenschaft ist berechtigt, auch aus andern Gründen die Umwandlung abzulehnen. Zur Bekanntgabe der Ablehnungsgründe ist die Landesgenossenschaft nicht verpflichtet.“ Es wird nur noch hinzugefügt, dass „Ablehnung nur mit Zustimmung des Ackerbauministers“ zulässig sei. Also auch diese diskretionäre Entscheidung bleibt der centralen Exekutive vorbehalten.

Durch diese eigenthümliche, mysteriöse Bestimmung des Gesetzes vor den Kopf gestossen, greift der Leser mit einer gewissen Herzensbeklemmung zu den „erläuternden Bemerkungen“ und findet dort in der That eine Aufklärung des Mysteriums in dem Absatze, welcher unmittelbar der Erläuterung der „zwangsweisen Begründung von Rentengütern“ sich anschliesst.

Nach dem „kühnen Wurf“ der zwangsweisen Konvertirung der Liegenschaften in Rentengüter mit den dazu gehörigen, sozialistisch gefärbten Privilegien fühlt sich der Gesetzgeber gleichsam auf eine abschüssige Bahn gerathen; er fürchtet offenbar, dass den von diesen ausserordentlichen gesetzgeberischen Massnahmen Betroffenen angst und bange werden könnte, wenn nun noch dazu „freiwillige Umwandlungen“ hinzuträten. Er beruhigt daher die Geängstigten mit folgenden Worten der „erläuternden“ Bemerkungen: „Daneben ist allerdings noch im Gesetze die freiwillige Begründung von Rentengütern vorgesehen, welche Bestimmung jedoch auch nicht die Gefahr einer

all zu weite Kreise gleichzeitig treffenden Massregel in sich birgt, nachdem der Landesgenossenschaft wie dem Ackerbauminister ein Ablehnungsrecht zusteht, und die den Rentengutsbesitzern auferlegten Beschränkungen nur eine allmähliche Entwicklung der Rentengüter erwarten lässt.“

In der That echt „staatsmännisch“, diese gesetzgeberischen und Regierungsmassregeln, welche sich gegenseitig hemmen, eventuell auch ganz aufheben. — Dieses Wollen aber auch nicht Wollen — dieses pathetische Ausposaunen am Eingange, was man alles im Auge hat, wie man entschlossen ist, soweit wie nur möglich voranzugehen und — hinterher dieses Einlenken; dieses Vorsorgetreffen, dass nur sehr allmählich, ohne die süsse Ruhe der Routine zu sehr zu stören, die Dinge sich von selbst entwickeln; dieser Ackerbauminister endlich, der hinter den Coullissen bleibt, indem er „ablehnen“ oder „bewilligen“ kann, wann und wo immer er will, ohne Gründe angeben zu brauchen — alles dieses sind echt österreichische, nach Metternich'schem Muster ausgearbeitete, diplomatische Kreationen, die den grossen Vorzug haben, etwas Humor in diese sonst langweilige Lektüre des Gesetzes hineinzubringen.

Ganz richtig wird auch in den „erläuternden Bemerkungen“ von dem Gesetzgeber die Erwartung ausgesprochen, dass die Umwandlungen in Rentengüter, jene „bedeutendste Aufgabe“ der Berufsgenossenschaften, nur sehr allmählig stattfinden werde wegen der „den Rentengutsbesitzern auferlegten Beschränkungen“.

In der That überkommt den Leser bei Betrachtung der übrigen Paragraphen, welche den Fall behandeln, wenn „die Umwandlung nicht abgelehnt wird“ (§§ 20, 21) und auch des ganzen II. Theiles, welcher das Rentengutsverfahren behandelt, — unwillkürlich das Gefühl, dass der Gesetzgeber diese „freiwillige Errichtung“ von Rentengütern so sehr verleiden wollte, dass sich jeder dagegen mit Händen und Füssen wehren würde, und nur derjenige, der bereits das Messer an der Kehle fühlte, nach der „freiwilligen Umwandlung“ seiner Liegenschaft in ein Rentengut, als nach dem letzten, freilich auch keine Sicherheit bietenden Rettungsanker griffe.

Diese „freiwillige Umwandlung“ vollzieht sich nämlich, je nachdem die vorangegangene Festsetzung des Werthes (§§ 6—9) ein Plus oder Minus dieses Werthes über oder unter dem Betrage der darauf lastenden Hypothekenschulden ergeben hat, entweder durch „Versteigerung“ oder durch „Kaufvertrag“.

Der erste Fall gleicht in allen Punkten der „zwangsweisen Errichtung“ von Rentengütern. Der zweite Fall ist der einzig „freiwillige“ Verkauf eines Gutes an die Genossenschaft, wobei die letztere jedoch die Werthtaxe

nach ihrem Gutdünken festsetzt, alle Schulden aus dem Kaufschilling bezahlt, und „den etwa erübrigenden Restbetrag . . . dem Verkäufer baar auszahlt“ (§ 21). Der Gesetzgeber hat Recht, wenn er sich vor Massenumwandlungen von Liegenschaften in Rentengüter, selbst bei diesem „freiwilligen“ Modus, ausser Gefahr fühlt.

Es stehen wohl auch bei „zwangsweisen Umwandlungen“ für die Genossenschaften bessere Geschäfte in Aussicht, als bei „freiwilligen Verkäufen“. Bei der Noth jedoch, welche über den landwirthschaftlichen Grundbesitz hereingebrochen ist und sich aller Wahrscheinlichkeit nach noch steigern wird, ist es nicht ausgeschlossen, dass selbst trotz dieser Kautelen sich viele „freiwillig“ zur Umwandlung melden werden, wie Mäuse, welche ein Haus verlassen, das dem Einsturze nahe ist. Einem solchen *sauve-qui-peut* der Landwirthe ist aber in dem „schlaunen Ablehnen“ des Ackerbauministers ein Riegel vorgeschoben!

Das Rentengutsverfahren, (II, Theil II § 22), welches über jedes von der Landesgenossenschaft erworbene Gut sofort einzuleiten ist, umfasst folgende Vorkehrungen:

a) „Die Feststellung des Rentenkapitals und der Gutsrente;

b) die Ermittlung des Rentengutsübernehmers;

c) den Abschluss des Rentengutsvertrages“.

Das Rentenkapital ist nach § 23 „gleich dem Nominalbetrage der von der Landesgenossenschaft auszugebenden Rentenbriefe, durch deren börsenmässigen Verkauf der von der Landesgenossenschaft für die Erwerbung der Liegenschaft baar zu entrichtende Betrag beschafft wurde“.

Diesem Rentenkapital steht die Gutsrente gegenüber, welche folgendermassen (§ 24) festgestellt wird:

„Die jährliche Leistung, welche der Rentengutsbesitzer

a) zur Verzinsung des Rentenkapitals,

b) zur Tilgung desselben und

c) zur Deckung der Verwaltungskosten an die Landesgenossenschaft zu entrichten hat, bildet die Gutsrente“, wobei „die Verzinsung des Rentenkapitals . . . zu demselben Zinsfusse zu geschehen hat, zu welchem die hinsichtlich der Liegenschaft ausgegebenen Rentenbriefe verzinst werden. Die Tilgung des Rentenkapitals hat sofort zu beginnen, und ist die Tilgungsperiode in derselben Dauer festzustellen wie die Tilgungsperiode der Rentenbriefe“.

Diese Feststellung des Rentenkapitals und der Gutsrente, welche allerdings auf dem Rodbertus'schen Rentenprinzipie fusst, indem der Ertragswerth — die Rente — in erster Linie massgebend ist, zugleich aber mit dem Kapitalisationsprinzipie verknüpft ist, indem der börsenmässige Kurs der Rentenbriefe auch massgebend für das Rentenkapital ist, — ist beim Uebergange aus dem Kapitalisations-

prinzip zum Rentenprinzip unvermeidlich, wenn nicht ein Zwangskurs der Rentenbriefe eintreten soll.

Bei diesem österreichischen Gesetz ist sie jedoch die Achillesferse des Rentengütersystems, indem für einen guten Kurs der Rentenbriefe zu wenig Vorsorge getroffen ist. Die vorgesehenen Kautelen, um der Gefahr einer „Massenumwandlung“ vorzubeugen, und alle Privilegien, welche den Berufsgenossenschaften der Landwirthe eingeräumt werden, reichen kaum aus, um den börsenmässigen Kurs der Rentenbriefe in einer Höhe zu erhalten, bei der die „freiwillige Umwandlung“ wenigstens vor dem Verluste des „etwa übrigbleibenden Restbetrages“ aus der Versteigerung des Gutes (§ 21) hinreichend geschützt wäre. Bei der „zwangsweisen Umwandlung“ würden dagegen die Hypothekengläubiger jedenfalls grossen Verlusten ausgesetzt sein.

Es dünkt uns, und wir kommen im letzten Kapitel, in welchem wir unsere Vorschläge zur Darstellung bringen, noch darauf zurück, dass noch andere Mittel angewandt werden können und angewandt werden müssen, um einen guten börsenmässigen Kurs den Rentenbriefen zu sichern, ohne auf die Zinsgarantie des Staates, wie sie hier in § 74 vorgesehen ist, zurückzugreifen.

Ueber die „Ermittlung des Rentengutsübernehmers“ handeln die folgenden §§ 25—29. Es werden hierbei, trotzdem in § 26 ausgesprochen war, dass „die Landesgenossenschaft . . . verpflichtet sei, die Liegenschaft dem früheren Eigenthümer über sein Verlangen als Rentengut zu übergeben“, hinterher doch den Genossenschaften in dieser Hinsicht derartig diskretionäre Rechte eingeräumt, dass schon dieser Paragraphen halber eine „freiwillige Umwandlung“ so gut wie ausgeschlossen ist. Wir lesen im Schlussätze des § 26 wörtlich:

„Von der Verpflichtung, den früheren Eigenthümer, beziehungsweise einen der früheren Miteigenthümer zu wählen, ist die Landesgenossenschaft nur in dem Falle befreit, wenn gegen die wirthschaftliche Befähigung oder gegen die Vertrauenswürdigkeit des Bewerbers gegründete Bedenken bestehen“.

Auch die in § 27 vorgeschriebene Substitution des Ehegatten, der Descendenten und Ascendenten, der Anerben, sammt der in § 28 vorgesehenen Beschwerde an den Ackerbauminister innerhalb einer Frist von 14 Tagen, — legen nur schwache Schranken der diskretionären Gewalt der Berufsgenossenschaften ihren „Mündeln“ gegenüber auf, denn nach § 27 hat „unter mehreren zur Uebernahme berechtigten Personen . . . die Genossenschaft . . . die Auswahl zu treffen“, und sodann bestimmt § 29 Folgendes:

„Erscheint die Uebertragung der Liegenschaft als Rentengut an eine nach den vorstehenden Bestimmungen

anspruchsberechtigte Person ausgeschlossen, so hat die Landesgenossenschaft jenen Bewerber als Rentengutsübernehmer zu wählen, welchen sie hierzu mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Befähigung und Vertrauenswürdigkeit am besten geeignet errachtet.“

Man glaubt zu träumen, wenn man diese Bestimmungen liest, und fühlt sich bereits in das XX. Jahrhundert Bellamy's versetzt. Ein solcher theilweiser Sozialismus ist nur um so viel schlimmer, als er eine Klasse allein, — hier die Landwirthe und Grundbesitzer — der Willkür der Beamten der Genossenschaft und in letzter Linie des Staates (des Ackerbauministers) überantwortet. Folgerichtig müsssen für die Unglücklichen noch Examina und Befähigungsnachweise eingeführt werden.

In den „erläuternden Bemerkungen“ wird diese rein sozialistische Bevormundung und Eigenthumsbeschränkung damit motivirt, dass im Gegensatze zum preussischen Rentengütergesetz, welches hauptsächlich den Zweck verfolgt, den Grundbesitzerwerb und die Ansiedelung zu begünstigen und durch Abtrennung von Theilen grosser Grundbesitze landwirthschaftliche Stellen für jene Bevölkerungskreise zu schaffen, welchen die Abzahlung des Kaufschillings nur in Form einer Rente möglich ist, — in dem österreichischen Gesetzentwürfe „hauptsächlich der Gedanke einer theilweisen Hypothekarentlastung seinen Ausdruck finden soll. Es war daher auch nöthig, anstatt des in den preussischen Gesetzen statuirten Begriffes der Rentengüter, welcher — von einigen Bestimmungen abgesehen — keine wesentlichen Beschränkungen bezüglich des Verfügungsrechtes der Rentengutsbesitzer enthält, einen neuen Begriff des Rentengutes einzuführen.“

Im preussischen Gesetz wird das Geschäft zwischen zwei Privatpersonen gemacht unter Vermittelung des Staates durch die sogenannte Generalkommission; hier wird dem Privatschuldner ein genossenschaftlicher Gläubiger, die Landesgenossenschaft, substituirt. Es heisst darüber in den „erläuternden Bemerkungen“ weiter:

„Die Ablösung der Hypothekenlasten durch die Landesgenossenschaft und die Abzahlung derselben durch den früheren Eigenthümer in Form einer Rente soll den Zweck haben, an Stelle des früheren Gläubigers im Interesse des Besitzers der landwirthschaftlichen Liegenschaft einen genossenschaftlichen Gläubiger, die Landesgenossenschaft, zu setzen. Diese mit Aufwand an Arbeit und Kosten verbundene Vermittlungsthätigkeit der Landesgenossenschaft würde aber keinen nachhaltigen Erfolg versprechen, wenn die durch das geschilderte Verfahren bereinigten Rentengüter neuerdings der Verschuldbarkeit offen stünden. Es wurden daher im Gesetzentwürfe (§§ 33 bis 54) Bestimmungen vorgesehen, welche darauf abzielen, die Ver-

schuldbarkeit der Rentengüter, so lange sie den Rentengutscharakter haben, auszuschliessen, sowie jede Veräusserung, Verpachtung und Zertheilung der Rentengüter oder die Begründung von Servituten und Reallasten auf denselben von der Einwilligung der Landesgenossenschaft und Zustimmung des Ackerbauministeriums abhängig zu machen. (§§ 33 bis 36). Durch diese Beschränkungen des freien Eigenthumsrechtes soll der Landesgenossenschaft die Möglichkeit geboten sein, auf wesentliche Verfügungen über das Rentengut Einfluss zu nehmen, und sollen insbesondere die verschiedenen Formen der Verschuldung (Beilage V) von dem Rentengute ferngehalten werden. Aus demselben Grunde wurde dafür gesorgt (§§ 51 bis 53), dass beim Ableben des Rentengutsbesitzers das Rentengut unbelastet auf einen einzigen Uebernehmer übergehe.

Diese Beschränkungen der freien Verfügung des Rentengutsbesitzers über sein Eigenthum sind zur Sicherung der Landesgenossenschaft erforderlich, und sie sollen für den Rentengutsbesitzer, welcher auch die Hoffnung auf einstige wirthschaftliche Selbstständigkeit des Gutes immer vor Augen hat, keine bedrückende Unfreiheit, sondern eine segensreiche genossenschaftliche Ueberwachung und eine wirthschaftliche Erziehung bedeuten. Im allgemeinen ist diese Beschränkung des freien Verfügungsrechtes für einen Zeitraum von 50 bis 60 Jahren gedacht. Je nach dem Rentenbriefzinsfusse ($3\frac{1}{2}$, 4 oder $4\frac{1}{2}$ Prozent) wird die Tilgungsperiode der Rentenbriefe bei $\frac{1}{2}$ prozentiger Tilgungsquote $60\frac{1}{2}$, $56\frac{1}{12}$ oder $52\frac{1}{3}$ Jahre betragen. Diese Periode kann allerdings durch Zwischenfälle (gewisse Erbfälle, Rentendarlehen oder Verlängerung der Rentenbrieftilgung) auch verlängert werden.“

Diese „genossenschaftliche Ueberwachung“ und „wirthschaftliche Erziehung“ muss jedoch dem Gesetzgeber selbst nicht gar zu segensreich erschienen sein, da er diese „bedeutendste Aufgabe“ der Berufsgenossenschaften, Rentengüter zu errichten, nur auf einen Zeitraum von 50 bis 60 Jahren sich gedacht hat, nämlich je nachdem die Tilgungsperiode der Rentenbriefe dauert.

Das ganze Gesetz läuft demnach auf ein sozialistisches Experiment hinaus, welches auch ganz folgerichtig „auf Kosten der ganzen Gesellschaft“ gemacht wird, indem der Staat in letzter Linie dafür die Garantie übernimmt. Es heisst nämlich zum Schlusse der „erläuternden Bemerkungen“ wie folgt:

„Bei Verfassung des Gesetzentwurfes wurde zwar von der Annahme ausgegangen, dass die erwähnten Sicherungsregeln und die fortwährend bis in die einzelne Gemeinde herab durchgeführte Beaufsichtigung der einzelnen Rentengüter die Landesgenossenschaft stets in den Stand setzen werde, ihre Rentenbriefverbindlichkeiten, für welche

sie selbst haftet (§ 73), zu erfüllen. Dennoch schien es angemessen, für die Zahlung der Rentenbriefzinsen die Bürgschaft des Staates (§ 74) auszusprechen. Diese staatliche Garantie wurde im Interesse der grösseren Marktfähigkeit und eines günstigeren Börsenkurses der Rentenbriefe, sowie in der Erwägung in Aussicht genommen, dass die gekennzeichneten Aufgaben der Landesgenossenschaften von hervorragender Bedeutung nicht nur für die gesamte landwirthschaftliche Bevölkerung, sondern dadurch auch für den ganzen Volkswohlstand überhaupt sind, und dass auch für unsere Institutionen in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, sowie für die Papiere der preussischen Rentenbanken und staatlichen Kreditkassen einzelner deutscher Staaten die Garantie von Staat oder Land in einer oft viel weiter gehenden Weise gewährt wurde. (Beilage X). Uebrigens soll es nach dem Gesetzentwurfe den einzelnen Ländern frei gestellt werden (§ 79), die erwähnte Garantie an Stelle des Staatsschatzes zu übernehmen, in welchem Falle dann den Landesvertretungen eine entsprechende Einflussnahme auf die Verwaltung der Rentengüter und des Rentenbriefgeschäftes eingeräumt würde“.

Im Gegensatz zu diesen „Erläuterungen“ ist die Schlussbetrachtung, welche sich uns hier am Ende dieser Skizze der österreichischen Gesetze aufdrängt, die, dass es doch wohl vernünftiger gewesen wäre, eine rationelle Handelspolitik zu treiben, also die inländische Landwirthschaft und den Grundbesitz vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen, als dieselben in derartige Fesseln zu schlagen. —

Während wir mit der Abfassung des vorliegenden Referates beschäftigt waren, ist von der preussischen Regierung dem preussischen Landtage am 18. Januar dieses Jahres ein „Gesetz über die Landwirthschaftskammern“ vorgelegt worden, welches wir in Anschluss an die oben analysirten österreichischen Gesetze an dieser Stelle in grossen Zügen charakterisiren wollen.

Wie das österreichische „Gesetz, betreffend die Errichtung von Berufsgenossenschaften der Landwirthe“, erstrebt auch dieses preussische Gesetz laut § 1 eine „korporative Organisation des landwirthschaftlichen Berufsstandes“. Wohlthuend im Vergleiche zum österreichischen Gesetz ist der nüchterne Ton und die vernünftig gedachten Rahmen des Wirkungskreises, welche dieser Körperschaft zugewiesen werden. In § 2 wird dieser Wirkungskreis dahin gekennzeichnet:

„Die Landwirthschaftskammern haben die Bestimmung, die Gesamtinteressen der Land- und Forstwirthschaft ihres Bezirks wahrzunehmen, zu diesem Behufe alle auf die Hebung der Lage des ländlichen Grundbesitzes ab-

zielenden Einrichtungen zu fördern und die Verwaltungsbehörde bei den die Land- und Forstwirtschaft betreffenden Fragen durch thatsächliche Mittheilungen, Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Insbesondere haben die Landwirthschaftskammern auf Erfordern nicht nur über solche Massregeln der Gesetzgebung und Verwaltung sich zu äussern, welche die allgemeinen Interessen der Landwirthschaft oder die besonderen landwirthschaftlichen Interessen der betheiligten Bezirke berühren, sondern auch bei allen Massnahmen mitzuwirken, welche die Organisation des ländlichen Kredits und sonstige gemeinsame Aufgaben betreffen. Die Landwirthschaftskammern haben ausserdem den technischen Fortschritt der Landwirthschaft durch zweckentsprechende Einrichtungen zu fördern. Zu diesem Zwecke können sie die Anstalten, sowie die Verpflichtungen und das gesamte Vermögen der bestehenden landwirthschaftlichen Vereine zur bestimmungsmässigen Verwendung und Verwaltung übernehmen, oder solche Vereine in der Ausführung ihrer Aufgaben unterstützen. Den Landwirthschaftskammern kann eine Mitwirkung bei der Verwaltung der Produktenbörsen und bei den Preisnotierungen bei diesen, sowie bei den Märkten übertragen werden“.

Wir sehen, der Wirkungskreis der Landwirthschaftskammern ist weit genug, bewegt sich aber ausschliesslich auf sozial-ökonomischem Gebiete, ohne in dieschulmeisterlich-ethischen, freimaurerischen Anklänge und in die patriarchalisch-bevormundenden Allüren des österreichischen Gesetzes zu verfallen. Sie sind hiermit ebenso geeignet, den intelligenten Gross- und Mittelbesitz als auch den Bauernbesitz in dieselben Rahmen zu fassen.

Ebenso wie die österreichischen Berufsgenossenschaften, sind die preussischen Landwirthschaftskammern Zwangsgenossenschaften. Die Zugehörigkeit zu denselben ist für alle Grundeigenthümer obligatorisch.

Den österreichischen Land- und Bezirksgenossenschaften entsprechen die preussischen Kammern für jede Provinz, welche nach § 26 in „Unterverbände“ weiter verzweigt werden können. Die Kosten der Errichtung und Verwaltung werden in beiden Gesetzen als Zuschlag zu den Staatssteuern behandelt, wobei in dem preussischen Gesetz bis 1% des Grundsteuerreinertrages für die provinziellen Kammern und bis 1/2% obendrein für die Unterverbände derselben erhoben, eventuell exekutorisch eingezogen werden dürfen. Das Wahlsystem ist bei beiden Gesetzen zweiklassig. Eine Superiorität muss dem österreichischen Gesetz in betreff der Organisation eingeräumt werden, welche bei demselben viel mehr ins Einzelne durchgeführt ist, als im preussischen Gesetz. In dem letzteren sind die „Unterverbände“ nur fakultativ gedacht „nach Anhörung der Landwirthschaftskammern durch den Minister“.

Sollten die „Landwirthschaftskammern“ überhaupt zu Stande kommen, was uns noch zweifelhaft erscheint, aber dann allen an sie gestellten Anforderungen — zumal in betreff der landwirthschaftlichen Statistik und des landwirthschaftlichen Kredites — gerecht werden, dann müssten unbedingt Kreiskammern als Unterverbände der Provinzialkammern eingerichtet werden. Vor der Hand sind sie, wie sie in dem Regierungsentwurfe vorliegen, noch Rahmen ohne Inhalt und zwar recht kostspielige Rahmen.

Das Beste jedenfalls an diesem preussischen Gesetze über die Landwirthschaftskammern ist seine Begründung. Sie ist neben den bezüglichlichen Stellen in der Thronrede bei Eröffnung des diesjährigen Landtages das Beste, was in den amtlichen Reden und Schriftstücken des „neuen Kurses“ überhaupt zu Tage getreten ist.

VI.

Indem wir nunmehr zu einer Formulirung unserer eigenen Vorschläge in Betreff einer Reorganisation des ländlichen Grundkredites übergehen, schätzen wir uns glücklich, es unter günstigeren Auspicien thun zu können, als sie uns bei Abfassung der fünf vorhergehenden Kapitel vorgeschwebt haben. Offen gestanden hätten wir, wenn bereits die beiden bedeutenden und für jedes beklommene „agrarisches Herz“ erquickenden Kundgebungen der letzten Tage, die Thronrede nämlich und das Gesetz über die Landwirthschaftskammern nebst Begründung vorgelegen hätten, als wir die ganze einschlägige Litteratur besprachen, — uns manches bittere Wort, manche herbe Kritik vielleicht ersparen dürfen. Eine andere Färbung erfährt dasselbe Bild, je nachdem die dunklen Schatten der Verzweiflung oder wenigstens eines düsteren Pessimismus oder Skepticismus, oder aber auf dasselbe Bild ein hellerer Schimmer der Hoffnung und des Glaubens fällt.

Wenn wir jetzt hinterher trotzdem das betreffende Bild der verzweifelten Lage des landwirthschaftlichen Grundbesitzes und der zur Linderung derselben gemachten Vorschläge in derselben Färbung belassen, wie sie ursprünglich angelegt waren, so ist es darum, weil das Bild trotz seiner dunkleren Färbung nicht weniger treffend und packend zu sein braucht.

Sodann aber, weil ein Hoffnungslichtstrahl keineswegs genügt, um einen so gründlich fundirten Pessimismus und Skepticismus, wie er in der klaren Einsicht in die gegenwärtige „ausserordentliche Agrarkrise“, in der weiteren Einsicht in die Fehlerhaftigkeit und Verderblichkeit des auf zwölf Jahre festgelegten „neuen Systems“ der Handelspolitik und endlich in die Wankelmüthigkeit der Urtheile über diese Lage und daher „Halbheit“ der vorgeschlagenen Massregeln zu ihrer Linderung, — ganz naturgemäss fest eingewurzelt ist.

Nichts wäre verhängnissvoller, als wenn sowohl die landwirthschaftlichen als die „leitenden“ Kreise sich Illusionen in dieser Hinsicht hingeben und daher zu einer „ganzen“ That und Arbeit sich nicht aufrufen sollten.

Dass die landwirthschaftlichen Kreise aus dem tiefen Schlummer beinahe eines Jahrhunderts erwacht und sich der drohenden Gefahr einer Massenenteignung des Grundbesitzes bewusst geworden sind, davon zeugt der Zusammenschluss derselben im „Bunde der Landwirthe“,

allerdings „post festum“ insofern, als er erst nach Abschluss des österreichischen Handelsvertrages, also bereits nach Inaugurirung der verhängnissvollen neuen Handelspolitik, zu Stande gekommen ist.

Dass auf Seiten der Regierung die volle Einsicht in die „Ausserordentlichkeit“ der gegenwärtigen Agrarkrise und in die Unumgänglichkeit der Ergreifung „ausserordentlicher“ Massregeln sich endlich Bahn gebrochen hat, davon zeugt die Thronrede, mit welcher Kaiser Wilhelm II. den preussischen Landtag letztthin eröffnet hat, und worin in grossen Zügen bereits die Rahmen zu einem zukünftigen agrarpolitischen Programm der Regierung enthalten sind.

Es klingt darin endlich wieder einmal der warme und manneskräftige Ton, den wir oben in den die Landwirthschaft und den Grundbesitz betreffenden Aeusserungen Friedrich des Grossen, eines Freiherrn von Stein hervorgehoben, und wovon im vorigen Jahrzehnt wiederholt in den Thronreden Kaiser Wilhelms I. und in den Reichstagsreden Bismarck's Nachklänge zu vernehmen waren. Mit „schwerer Sorge“ erfüllt den Kaiser „die schwierige Lage, in welcher aus andern Gründen (als die vorjährige Dürre und der Futtermangel) die Landwirthschaft zu einem grossen Theil sich befindet.“ Aus der „hohen Bedeutung der Landwirthschaft für das Staatswohl“ ergiebt sich für die Regierung die Aufgabe, eine Gestaltung der Rechtsverhältnisse des ländlichen Besitzes zu erstreben, die ihn in den Stand setzt, auch ungünstige Zeiten zu überwinden.“ Aus dem Hinweis auf die Schwierigkeiten dieses Werkes ergiebt sich folgerichtig für die Regierung die Nothwendigkeit einer dauernden Mitarbeit an diesem Werke von Seiten der landwirthschaftlichen Berufsgenossen.

„Die Herstellung einer allgemeinen korporativen Vertretung der Landwirthschaft ist daher der erste nothwendige Schritt zu dem bezeichneten Ziele. Diese Vertretung wird berufen sein, die Hebung der Landwirthschaft durch gemeinsame Einrichtungen zu betreiben, der Regierung als Beirat zu dienen und bei der Vorbereitung und Durchführung der Massregeln der Gesetzgebung und Verwaltung mitzuwirken, welche auf die Verbesserung des Kreditwesens und die Beseitigung der Uebelstände gerichtet sind, die auf der übermässigen Verschuldung des Grundbesitzes und den ungeeigneten Formen derselben beruhen.“

Wahrlich, echt staatsmännische, zielbewusste Worte, welche dem „lasciate ogni speranza“, das nur zu oft aus den Reden vom Bundesrathstische aus ertönte, — ein „sursum corda“ vom Throne aus entgegengerufen!

In diesen wenigen, aber inhaltsschweren Worten der Thronrede, in welchen die nächstdem bereits erfolgte Vorlegung des Gesetzes über die Landwirthschaftskammern

angekündigt und motivirt ist, ist wie gesagt in grossen Zügen ein ganzes agrarpolitisches Programm der Regierung vorgezeichnet. Der eigentliche Schwerpunkt dieses Programms, wie es in der „Begründung“ zu dem Gesetze über die Landwirthschaftskammern noch weiter ausgesponnen ist, liegt in dem Schlusssatze, welcher es als Zweck der Herstellung einer korporativen Vertretung der Landwirthschaft bezeichnet, der Regierung als Beirat zu dienen bei der Verbreitung und Durchführung von Massregeln der Gesetzgebung und Verwaltung, welche auf eine „Verbesserung des Kreditwesens“ gerichtet sein sollen. Und in welcher Richtung sich diese Massregeln zu bewegen haben werden, wird durch die Stichworte: „übermässige Verschuldung“, und „ungeeignete Formen“ derselben, denen wir bei der Darstellung der einschlägigen Litteratur so oft begegnet sind, — vor der Hand hinlänglich angedeutet. Es wird hiermit hinlänglich auf die Materie als springenden Punkt hingewiesen, welche Gegenstand des vorliegenden Referats in der Grundkommission des Bundes der Landwirthe zur Diskussion gestellt ist und hoffentlich auch zu einem positiven Gesetzentwurfe für den Bundesrath und das preussische Ministerium heranreifen wird.

Nach diesen Kundgebungen von Seiten der Krone und der preussischen Regierung dürfen wir wohl die Hoffnung hegen, ohne für einen Sanguiniker zu gelten, dass diesmal nicht wie im Jahre 1887 im deutschen Landwirthschaftsrathe die ganze Debatte zu einer blossen akademischen Diskussion sich gestalten und einzig und allein in neuen Enquêtes und Kommissionen — also in Sand sich verlaufen wird.

Damit wollen wir durchaus nicht gesagt haben, dass zur Durchführung der genossenschaftlichen Organisation des gesamten Grundkredits, wie wir sie vorschlagen, nicht eine noch bessere, auf sicherere statistische Daten basirte Orientirung über die faktische Verschuldung, über die faktische Bewirthschaftung und den gegenwärtigen Kulturzustand eines jeden Grundstückes gehörte, ja unumgänglich wäre. Es würde dies unserer Ansicht nach eine der Hauptaufgaben der Landwirthschaftskammern sein, wenn sie überhaupt zu Stande kommen sollten, und sobald sie — was wir für eine *conditio sine qua non* ihrer Wirksamkeit betrachten — nach Art der österreichischen Berufs-genossenschaften ihre Organisation in ein Netz Unterverbände, zu welchen Kreisverbände die natürlichsten Abgrenzungen abgeben könnten, sich verzweigt haben würden. Die Landwirthschaftskammern der Provinzen und Kreise würden dann, als ein offenes und wachsames Auge über den ganzen Grundbesitz des Reiches, im Interesse sowohl der Volksgemeinschaft als des Staates als auch des Grundbesitzes selbst, — im Organismus der Gesellschaft fungiren können.

Trotz der allerdings höchst mangelhaften Statistik, welche wir gegenwärtig über die faktische Verschuldung, den gegenwärtigen Betriebsmodus und Kulturzustand des landwirthschaftlich bebauten Grundbesitzes im Deutschen Reiche haben, glauben wir, als Nationalökonom, als praktischer Landwirth und vor allem unter Zuhilfenahme einer möglichst grossen Dosis gesunden Menschenverstandes, welcher uns jedenfalls am Ende nicht gänzlich abgehen dürfte, — unsere Ansicht in Bezug auf alle die in den 5 vorhergehenden Kapiteln vorgeführten handels-, agrar- und sozialpolitischen, agrarrechtlichen und ökonomischen Materien in grossen Zügen zur Darstellung bringen zu können. Es genügt einigermassen, nur das Vorhergesagte zusammenzufassen, da wir bei der kritischen Besprechung Schäffle's handelspolitischer, Buchenberger's agrarpolitischer und agrarrechtlicher Anschauungen und Urtheile, — weiter des Rodbertus'schen grossartigen sozialökonomischen und agrarpolitischen Systems, — ferner der im deutschen Landwirthschaftsrathe über die Organisation des landwirthschaftlichen Kreditwesens gepflegten Verhandlungen und gefassten Beschlüsse, und endlich der in Oesterreich und in Preussen ins gesetzgeberische Stadium bereits eingetretenen Organisation der Berufsgenossenschaften der Landwirthe, der Errichtung von Rentengütern und Landwirthschaftskammern, — einen guten Theil unserer Ansichten bereits haben durchblicken lassen, wie es auch wohl anders nicht denkbar ist.

Eine Zusammenfassung und systematische Vorführung unserer Ansichten in Bezug auf alle diese Materien, freilich nur in gedrängter Form, ist jedoch unumgänglich, um als Hintergrund für das Bild zu dienen von der agrarrechtlichen und agrarpolitischen Organisation des landwirthschaftlichen Grundbesitzes in Bezug auf seinen Kredit, welche wir einzig und allein als „ganze“ That und Arbeit behufs Linderung der gegenwärtigen „ausserordentlichen“ Agrarkrise betrachten. —

Hinsichtlich der Volkswirtschaftspolitik können wir uns kurz fassen, indem wir uns auf unser Buch „Adam Smith als Moralphilosoph und Schöpfer der Nationalökonomie“ (Leipzig, 1878, zumal Kap. IV, pag. 388 ff.) berufen.

Im Gegensatz zur englischen auf Adam Smith einseitig fussenden Nationalökonomie, sehen wir es mit List, Carey, Dühring als Existenzfrage eines jeden grösseren, politisch selbstständigen Volkes an, den ökonomischen Schwerpunkt seines Daseins in sich selbst — in seinem Territorium, in seiner Bevölkerung, in seiner Produktion und Konsumtion — in seiner Landwirthschaft und Industrie vor allem zu suchen, — ein im Grossen und Ganzen selbstgenügsames volkswirtschaftliches Centrum inner-

halb seiner Grenzen herauszubilden trachten, und erst, nachdem dies gelungen, — in die grosse Welt draussen, über die Ozeane, zu gehen, das Plus des Produzirten, welches im Lande nicht konsumirt werden kann, auszuführen und vorthellhaft unter zu bringen.

So hat es das alte England der Cromwell'schen Navigationsakte gehalten, und auf diesem Wege ist es zu dem riesigen Seeungethüm mit tausend Köpfen und Zungen angewachsen, welches aus seinem kräftigen Leibe heraus Fühler nach allen Himmelsgegenden ausstreckte, und aller Wahrscheinlichkeit nach allen andern Völkern das Blut aus den Adern systematisch ausgesogen hätte, wenn alle Staatsmänner der beiden Kontinente das Smith'sche englische nationalökonomische System derartig einseitig aufgefasst und in praxi angewandt hätten, wie es die dabei offenbar national interessirte englische Schule mit den Koryphäen Ricardo, Malthus, Stuart Mill an der Spitze und der Cobden'schen Manchester-Freihandelsschule als Generalagentur und die Universitätsgelehrten des alten europäischen Kontinents (heute hauptsächlich nur noch des mitteleuropäischen), — mit einem grossen Aufwande von Erudition, Statistik und sogar sittlichem Pathos allen Völkern und Staaten anempfohlen haben.

Von der englischen Freihandelsmelodie liessen sich anfänglich fast alle Völker berücken und in einen süssen Schlaf mit schönen Träumen einlullen. Eigentlich war es nur der russische Bär, der gegen diese „süsse“ Melodie stets „sauer“ reagirte. Er war eben zu wenig „gebildet“, um eine so feine „klassische“ Musik zu verstehen.

Frankreich unter Napoléon III. hatte auch einen Augenblick Freihandelstaumel zu überstehen, von welchem es 1870 unsanft aufgerüttelt wurde. Dasselbe gilt von Amerika, nur fällt sein Erwachen bereits in die 60er Jahre nach Abschluss des Secessionskrieges.

Vielleicht als par excellence musikalisch angelegte Nation ist Deutschland am längsten von jener entzückenden englischen Freihandelsmelodie hypnotisirt worden. Sein Erwachen aus dem Freihandelsdusel erfolgte erst 1879, als der Katzenjammer nach den Gründungsjahren seinen Höhepunkt erreicht und als Bismarck zufällig infolge einer Badebekanntschaft mit Amerikanern, zu seinem wohl nicht geringen Erstaunen erfuhr, dass diese schöne englische Freihandelsmelodie von den praktischen Yankees — und zwar von Henry Carey zuerst — für England wohl als melodisch anerkannt wird, für alle übrigen Länder aber als die ärgste Kakophonie und den grossartigsten Gimpelfang angesehen wird, der je in der Weltgeschichte von einem Volke allen andern gegenüber in Scene gesetzt worden ist.

Bismarck's Scharfblick und seine Energie setzten eine Wendung — einen vollständigen Frontwechsel 1879 durch, jedoch scheint seine Kraft an den fortwährenden Reibungen mit seinen freihändlerischen Geheimräthen erlahmt zu sein, wie sie zuletzt nicht am wenigsten an der Uebermacht des freihändlerischen und jüdischen Grosskapitals zerbrach. Darum blieb er auf halbem Wege stehen und lieferte nur „halbe“ Arbeit auf dem Gebiete der „Handels-, Agrar- und Sozialpolitik, der Währung“ u. s. w.

Der „neue Kurs“ hätte es sich zur Aufgabe machen sollen, in dieser Richtung weiter vorzugehen, nicht aber eine Wendung und einen Frontwechsel nach rückwärts zu machen.

Ein autonomer Tarif in einer Zollunion mit Oesterreich, wie er auch Bismarck zeitweise vorschwebte, wäre das einzig Richtige gewesen, mit der Front nach allen Himmelsrichtungen. Ein solcher deutsch-österreichischer Zollverein in der Mitte Europas mit einem Territorium von circa 20 000 Quadratmeilen und circa 90 Millionen Einwohnern hätten ein volkswirtschaftliches Centrum gebildet, welches den Schwerpunkt seiner Gesamtproduktion und Konsumtion in erster Linie in sich selbst gefunden hätte und vermöge seiner Schwere alle kleineren, an seiner Peripherie liegenden Staaten, Italien nicht ausgenommen, unwiderstehlich an sich gezogen hätte. Anstatt mit einander zu konkurriren und sich gegenseitig das Spiel zu verderben, hätten diese beide grossen Staaten zusammen Handelsverträge mit allen andern Staaten und zwar unter viel günstigeren Bedingungen abschliessen können, als sie es einzeln erreicht haben und auch je erreichen werden.

Hätten aber die österreichischen Staatsmänner die dazu nöthige Einsicht nicht gehabt („der Kapazität ersten Ranges“ von Hock soll nach Schäffle eine ähnliche Idee vorgeschwebt haben), dann wäre immer noch ein autonomer Tarif Deutschlands allen andern Staaten gegenüber besser gewesen und hätte sowohl der Landwirthschaft als der Industrie mehr genützt, als dieses unglückliche System von Handelsverträgen, bei welchen die deutsche Landwirthschaft und Industrie die nächsten zehn Jahre weder leben noch sterben — höchstens nur weiter wird fortvegetiren können!

Ein Agrarschutzzoll freilich ist, unserer unmassgeblichen Ansicht nach, und hierbei stützen wir uns im Gegensatz zu jeder nationalökonomischen „Wissenschaft“ auf den gesunden Menschenverstand allein — begehen also vollkommen bewusst eine „wissenschaftliche Häresie“ — einzig und allein rationell in Form einer gleitenden Skala möglich (échelle mobile), wie er eben in der letzten Periode einer systematischen Agrarschutzzollpolitik in den beiden damals vorgeschrittensten Staaten Europas, in England und

Frankreich, fast ein Menschenalter hindurch gehandhabt worden ist. Schon dieser letztere Umstand dürfte darauf hinweisen, dass dieses System, welches den so verschiedenen Ernteergebnissen von Jahr zu Jahr volle Rechnung trägt und dabei einen festen Kompass zur Normirung des Zolles in einer festen Untergrenze findet, als welche ein mässiger Durchschnittspreis, der die Produktionskosten nebst einem mässig bemessenen Unternehmergewinn des Landwirthes deckt, zu gelten hat — nicht so verderblich und geradezu unsinnig sein konnte, wie es heute von den elendesten Zeitungsschreibern unter Zuhilfenahme einer ad hoc zurechtgesetzten Statistik¹⁾ immer und immer wieder dargestellt wird. Freilich muss es auch den Regierungen, welche einen solchen Zoll einführen, voller Ernst mit dem Schutze der Landwirthschaft sein und müssen dabei alle Finanzrücksichten nur in zweiter Linie in Betracht gezogen werden. Charakteristisch übrigens für die „wissenschaftliche Methode“, mit welcher stets die Frage der „gleitenden Zollskala“ einfach vornehm abgethan wird, ist die Verschweigung oder Ausserachtlassung eines Hinweises darauf, dass viele Unzuträglichkeiten und vermeintliche Gefahren (etwa zeitweise einem Kornmangel ausgesetzt zu sein) bei der heute so sehr veränderten Lage der landwirthschaftlichen Weltproduktion und der ihr zu Gebote stehenden Kommunikations- und Transportmittel im Verhältniss zu den Getreidehandelsbedingungen in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, — ganz unmöglich eintreten könnten.

Es muss auch, wie gewöhnlich, wo man sich ein präziseres und selbstständigeres Denken ersparen will und sich davor scheut, zu viel Menschenverstand und zu wenig fachmännische Kenntnisse an den Tag zu legen, — das Argument herhalten, dass dabei „einer wilden Spekulation in Getreide auf der Börse“ Thür und Thor geöffnet wären. Dieser Einwand ist köstlich in doppelter Hinsicht. Einmal möchten wir darauf gespannt sein zu sehen, was für Thüren und Thore den Börsen in Getreidespekulation noch geöffnet werden könnten: wilder kann sie doch wohl kaum werden, als sie es schon ist. Sodann ist dieses Argument, was auf eine prächtige Selbstironie hinausläuft, zugleich das beste Argument gegen die „wilde Getreidespekulation an der Börse“, wie wir sie eben heute haben. Zugleich also das beste Argument dafür, dass im Interesse eines gesunden Getreidehandels und dann trotz aller Zollschränken und Zollmodalitäten: eine Schliessung der Thüren und Thore der Börse für „papierne Getreidewispel“ und eine

¹⁾ S. z. B. Leitartikel über „Die französische Handelsbilanz und die Getreidepreise“ im Berliner Tageblatt vom 23. Januar 1894, Nr. 41, woran die Berufung auf das „Journal des Débats“ gegen Herrn „Mélène und Genqssen“ nichts ändert.

Oeffnung der Fenster, um reine Luft hineinzulassen — eine *conditio sine qua non* einer gesunden Handels- und Agrarpolitik ist!

Getreide müsste als eine „*res sacrosancta*“ behandelt werden; damit darf kein frivoles Spiel getrieben werden, und dass der Ausschluss des Getreides von den Differenzspielgeschäften an der Börse möglich ist, dies wird sich der gesunde Menschenverstand weder durch vornehme Abfertigungen von Seiten der „gelehrten“ Nationalökonomien und Juristen, noch auch durch das Geheul der Börsenjobber wedgedemonstrieren lassen!

Alle diese Dinge würden vielmehr — freilich erst dann, aber dann auch allen „leitenden Staatsmännern“ und „Konsumenten ohne Ar und Halm“ sofort einleuchten, wenn es zu einer Verstaatlichung des Grundbesitzes infolge eines allgemeinen Bankerotts käme, was in der nächsten Zukunft durchaus nicht ausgeschlossen ist. Bei einer Uebernahme des Grundbesitzes und seiner landwirthschaftlichen Bewirthschaftung auf Rechnung des Staates, also der Gemeinschaft, würde auch in dieser Beziehung ein ganz anderes Bild herauskommen. Dann wären z. B. die Herren „Israeliten“ die eifrigsten Verfechter einer rationellen Agrarschutzzollpolitik und wahre Schutzengel für einen gesunden, allerdings auch spekulative Zeitgeschäfte zulassenden, aber immer nur mit „effektiven Waaren“ operirenden Getreidehandel an der Börse.

Dass bis dahin diese besseren, auf gesunden Menschenverstand gestützten Einsichten und Ansichten keine Aussicht auf Anerkennung und Geltung haben, geben wir zu, womit aber einzig und allein bewiesen ist, dass die heutige Gesellschaft ebenso wie diejenige des XVIII. Jahrhunderts der sozialen Revolution mit verbundenen Augen vermöge einer geschichtlichen Fatalität zusteuern muss. —

So viel über Handelspolitik. Das Gesagte dürfte genügen, um unsere, wenn nicht pessimistische und skeptische, dann doch wenigstens von jeglicher Illusion freie Ueberzeugung zu begründen, dass, nachdem die handelspolitische Karre des Deutschen Reiches durch die Handelsverträge schief gefahren ist, — alle anderweitigen Hilfsmittel zur Linderung der Agrarkrise auf dem Gebiete des Agrarrechts, des Agrarkredites, einer berufsmässigen Vertretung u. s. w. einzig und allein darauf hinauslaufen, einer Massenliquidation des Grundbesitzes vorzubeugen und diese Liquidation, soweit sie unvermeidlich ist, in gewisse Formen zu fassen, — nie und nimmermehr aber weder den Grundbesitz noch die Gesellschaft bewahren können vor einer Massenverarmung und enormen Verlusten am Nationalvermögen, welche die unabweislichen Folgen der Entwerthung der landwirthschaftlichen Produkte und des Grund und Bodens sind! —

Sind etwa darum alle diese oder ähnliche „Mittel zur Abhilfe“ in der Noth einfach abzuweisen oder wenigstens nur überhaupt anzuwenden, damit so zu sagen „das Kind“, nämlich die Sorge der Regierung um die Landwirthschaft und den Grundbesitz, einen „Namen“ hat? Allerdings hätten diese „anderweitigen Massregeln zur Abhilfe in der Noth“ nur diesen Sinn und die damit verknüpfte Wirkung — also völlige Unwirksamkeit, — wenn sie auf solche halbe Massregeln hinausliefen, wie sie von den Männern der akademischen Wissenschaft, wie Schäffle, Buchenberger, Conrad, Schmoller, v. Miaskowski u. s. w. vorgeschlagen werden. Man könnte dann in der That zu der Ansicht gelangen, dass es besser wäre, „überhaupt nichts zu thun“ — *laissez faire, laissez passer* — und mit verschränkten Armen dem „natürlichen grossen Gährungs- und Fäulnissprozess mit nachträglicher Gesundung“ — alles von selbst, — wie ihn die um Rickert und Richter predigen, gelassen zuzusehen! Die Regierung würde sich dann den bösen Schein ersparen, „vor den Agrariern kapitulirt zu haben“ und selbst reaktionäre, feudale, junkerliche Interessenpolitik zu treiben oder zu fördern!

Unsere Ansicht geht also dahin: Entweder „ganze“ Arbeit machen oder es überhaupt bleiben lassen, „*quieta non movere!*“

Ob sich die Regierung auf diesen „radikalen“ Standpunkt heraufschwingen wird, bleibt abzuwarten. Mit der Thronrede und dem Gesetz über die Landwirthschaftskammern nebst Begründung des letzteren: „*alea iacta est*“. Die Regierung hat sich hiermit engagiert und sogar ein Programm vorgezeichnet, das, soweit man es heute übersehen kann, sich so ziemlich in dem Ideenkreise der akademischen Wissenschaft bewegt, womit wir vor der Hand weder Tadel noch Voreingenommenheit gegen die beiden Kundgebungen der Regierung geäussert haben wollen. Im Gegentheil haben wir sie, wie im Eingange dieses Kapitels bemerkt worden ist, mit grosser Genugthuung begrüsst, weil sie jedenfalls einen Beweis dafür liefern, dass auch die Regierung sich keinen Illusionen in Betreff der wahren Lage der Landwirthschaft und des Grundbesitzes hingiebt.

Gegen eine Wendung in der „Begründung“ des Gesetzes über die Landwirthschaftskammern müssen wir jedoch Verwahrung einlegen, nämlich gegen den dem Grundbesitze in Preussen gemachten Vorwurf, er hätte die schönen Erwartungen getäuscht, welche die Regierung sich von der so wohlthätigen Gesetzgebung des Jahrhunderts für Grundbesitz und Landwirthschaft zu versprechen berechtigt war.²⁾ Man glaubt zu träumen, wenn man diese Phrase

²⁾ Es heisst wörtlich u. A.: „Darüber hat kein Zweifel bestanden, dass die Aufgaben der Landwirthschaft und der

inmitten des sonst so trefflichen Exposé's über die Lage und selbst über die Mittel zur Abhilfe zu lesen bekommt. Verfasser der „Begründung“ scheint die Agrargeschichte dieses Jahrhunderts absolut nicht zu kennen, sonst hätte er diese Phrase unmöglich in einer Begründung zu einem agrarischen Gesetze einflechten können.

Oder ist ein anderer Grund dafür zu suchen und zu finden? Soll etwa, da die Landwirthschaft und der Grundbesitz einmal seit 2 Jahren der „Prügelknabe“ der „leitenden Staatsmänner“ und aller Geheimräthe ist, — der Junge selbst dann geprügelt werden, wenn man die wissenschaftliche und pädagogische Methode, die man bis dahin an ihm geübt, und an der er fast zum Idioten geworden wäre — wobei also den Schulmeister allein die Schuld trifft — gegen eine bessere und rationellere Behandlung umgetauscht werden soll? Oder soll dies als Vorwand dafür dienen, diesen so undankbaren und unartigen „Knaben“ nunmehr in eine bevormundende Zwangsjacke zu stecken?

Was auch die Veranlassung zu dieser ungereimten Auslassung gewesen sein mag, soviel steht fest, dass die Begründung nicht blos der Landwirthschaftskammern,

Landwirthe, sowohl in Beziehung auf die landwirthschaftliche Produktion, wie in Bezug auf alle sozialen und politischen Funktionen vollkommen zufriedenstellend nur von in jeder Beziehung unabhängigen freien Besitzern auf eigener Scholle erfüllt werden könnten. Allein während man dementsprechend alle Feudallasten nicht nur zwangsweise ablöste, sondern auch ihrer freiwilligen Wiedererstehung (!) gesetzliche Hemmnisse und Beschränkungen der Vertragsfreiheit entgegenstellte, glaubte man eine richtige Besitzvertheilung und Schuldenfreiheit am besten dadurch zu sichern, dass man eine möglichst freie Verfügungsbefugnis in Bezug auf Vertheilung und Verschuldung einführte (das war eben der Urfehler!). Gewiss verkannte man nicht die Gefahren einer zu weit gehenden Verschuldung, aber aus den eigenen Worten des Landeskulturediktes vom 14. September 1811 (Gesetzsammlung S. 300 ff.) geht es deutlich hervor, dass man in die wirthschaftliche Einsicht der Landwirthe das Vertrauen hatte, sie würden die Verkaufsfreiheit stets benutzen, um durch Abverkauf eines Besitztheiles den Rest schuldenfrei zu gestalten. (Nota bene durften Rittergüter in den alten östlichen preussischen Provinzen nicht zerschlagen werden!) Die jetzt nahezu 100jährige Erfahrung hat gezeigt, dass diese Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen sind und dass als Ergebniss der landwirthschaftlichen Entwicklung unter der bestehenden Gesetzgebung eine immer weitergehende Verschuldung eingetreten ist, welche bei sinkenden Erträgen den Charakter einer nationalen Kalamität anzunehmen droht. Ganz richtig — aber hätte sich Verf. dieser „Begründung“ nicht fragen sollen, ob die „wirthschaftliche Einsicht“ der Grundbesitzer oder der „Gesetzgebung“ an diesem traurigen Resultat in erster Linie schuld war?

sondern aller sonstigen Massnahmen der Regierung und Gesetzgebung zur Abhilfe der Agrarnoth, nicht nöthig hatte, nach solchen Argumenten zu greifen!

Diese Begründung liegt nämlich gerade da, wo sie die Regierung am wenigsten zu suchen scheint, obgleich sie auch diesen Punkt berührt, nämlich in der, der Natur des Grundbesitzes und der Landwirthschaft widersprechenden modernen Gesetzgebung, welche nicht die Grundbesitzer etwa für sich erobert, sondern welche die Regierung dem Grundbesitze aufoktroyirt hat. Wohin das aber führen würde, hat kein geringerer als Freiherr v. Stein prophezeit.

Das, wozu nunmehr Umkehr gemacht werden soll, — also die agrarrechtlichen Bahnen, welche man Anfang dieses Jahrhunderts verliess, waren Ende des vorigen Jahrhunderts von der preussischen Gesetzgebung betreten worden. Freiherr v. Erffa-Wernburg berichtete darüber in der XV. Sitzungsperiode des deutschen Landwirthschaftsrathes im Jahre 1887 bei den Verhandlungen über „die Organisation des landwirthschaftlichen Kreditwesens“ wie folgt:

„Nach der Zeit des siebenjährigen Krieges, als Preussen so daniederlag, hat Friedrich der Grosse mit seinem Kanzler von Carmer die Landschaften ermächtigt, die damaligen Hypothekarschulden in diese Rentenschulden überzuführen. Die Landschaften erhielten die Befugniss, für jeden Grundbesitz die Beleihungsgrenze, bis zu der er mit Geld beliehen werden sollte, festzusetzen, und nur die Landschaften erhielten das Recht, diesen Grundbesitz zu beleihen. Diese Einrichtung hat sich nach meinen Informationen — ich habe allerdings die Frage nicht so eingehend studirt, wie ich es gern möchte, weil mir die aktenmässigen Quellen dazu nicht genügend zugänglich waren — vollständig bewährt, und als diese Gesetzgebung mit der Aenderung unserer ganzen Agrarverfassung abgeschafft wurde, hat der damalige grosse Staatsmann **Freiherr von Stein**, der gewiss nicht im Geruch eines Reaktionärs stehen wird, gesagt:

„Das wird sich bitter rächen, und an Stelle der Hörigkeit dem Gutsherrn gegenüber wird die grössere Abhängigkeit von Wucherern und Juden kommen“ (pag. 463 und 464).

Ausser dem theilweisen Pleonasmus am Ende des Satzes ist derselbe als eine jener „Intuitionen“ zu bezeichnen, wie sie wahrhaft grossen Männern in Bezug auf die Zukunft das Genie mitunter eingiebt!

An diesen Ausdruck des Freiherrn von Stein wollen wir nunmehr die Formulirung unseres agrarpolitischen Programmes speziell in Bezug auf das Kreditwesen anknüpfen.

Den Ausgangspunkt bildet für uns Rodbertus, der das ganze, heute sowohl von akademischer Seite als auch von

Seiten der „Männer der Praxis“ zusammengebrachte Material zu einem agrarpolitischen Programm, wie es sich in der letzten Thronrede in den springenden Punkten vorgezeichnet und in der Begründung zum Gesetz über die Landwirthschaftskammern näher ausgeführt findet, — bereits im Jahre 1869, also vor 25 Jahren, zu einem einheitlichen und rationellen System der landwirthschaftlichen Kreditgesetzgebung und genossenschaftlich-körperschaftlichen Organisation desselben zusammengefasst hatte.

Die zwei Pole der Axe, um die sich der Rodbertus'sche Ideenkreis dreht, waren, wie wir gesehen, sein Rentenprinzip auf der einen und seine genossenschaftlich-einheitliche Organisation des Gesamtgrundkredites auf der andern Seite:

„Das Rentenprinzip besteht darin, dass der landwirthschaftliche Grundbesitz in allen ihn betreffenden Rechtsgeschäften nur als das behandelt wird, was er ist, als ein immerwährender Rentenfonds.“

Dieses Rentenprinzip postulirt als *condicio sine qua* non folgende Organisation:

„Selbstverwaltung dieses gesamten Kredites: Verwaltung durch den Grundbesitz selbst mittelst einer allgemeinen Landesanstalt, die durch sämtliche Kreise des Staates verzweigt und durch eine gemeinsame Centralbehörde zusammenhängend in zwei Abtheilungen, je für Immobilien- und Personalkredit, die betreffenden Geschäfte führt.“

Wie gesagt sind beide diese Postulate die zwei Angelpunkte des Rodbertus'schen Grundkreditsystems, und ein Jeder, dem es mit einer wirklichen, ganzen und nicht bloss scheinbaren oder halben Abhilfe in der Noth der heutigen Agrarkrise voller Ernst ist, muss auch beide diese fundamentalen, prinzipiellen Gesichtspunkte scharf ins Auge fassen und in das heutige agrarpolitische Programm ohne Vorbehalt aufnehmen.

Wir thun es hiermit in unmittelbarem Anschluss an Rodbertus mit Uebergang aller späteren „Vorschläge zur Abhilfe“, da das Gute, welches sich darin spärlich vorfindet, auf Rodbertus zurückzuführen ist, — alles Uebrige aber darüber hinaus nicht viel auf sich hat ausser der von Schäffle sehr gut ins Einzelne vorgezeichneten Organisation des bäuerlichen Kreditwesens, auf welche wir noch im Folgenden zurückkommen.

Sowohl das Rentenprinzip als das Prinzip eines genossenschaftlichen Zusammenschlusses des gesamten Grundbesitzes mit verhältnissmässig geringen Ausnahmen, unter Wahrung der Selbstverwaltung durch den Grundbesitz selbst, wollen auch wir als Ecksteine des aufzuführenden, massiven und kolossalen Baues einer allgemeinen Reichsgrundkreditanstalt benutzen,

unter deren festen Mauern fast der gesammte landwirthschaftliche Grundbesitz des deutschen Reiches den Schutz und die Abwehr finden soll, welche ihm auf dem Gebiete der Handelspolitik versagt worden sind.

Wohl gemerkt, der ganze Immobiliarkredit brauchende Grundbesitz soll unter das schützende Dach dieser allgemeinen Landeskreditanstalt und zwar obligatorisch untergebracht werden. Soweit und solange der Grundbesitz hypothekarisch schuldenfrei ist, kann er auch ganz frei ausser dem Bereiche dieser Organisation bleiben.

Sodann bitten wir auch den weiteren Gesichtspunkt nicht aus den Augen zu verlieren, dass wir mit Rodbertus keine Einzwängung des Grundbesitzes in eine vom Staate angelegte Zwangsjacke, in eine staatliche Zwangsanstalt, wie es die Staatssozialisten wollen, — sondern dass wir den Grundbesitz und zwar nur insofern er Kredit braucht, sich genossenschaftlich unter Wahrung eigener Selbstverwaltung zusammenzuschliessen zwingen wollen, was er auch ohne Zwang von selbst thun müsste, wenn er in allen seinen Bestandtheilen auf der dazu erforderlichen Höhe der Bildung und der sozialökonomischen Einsicht stände.

Diese genossenschaftliche Organisation des landwirthschaftlichen Kredites in einer derartigen Verzweigung von Anstalten — von der Centrallandschaft durch die provinziellen Landschaften herab bis zu den Kreislandschaften würde auch schon eine nach allen Seiten genügende körperschaftliche Vertretung des landwirthschaftlichen Grundbesitzes ausmachen, so dass in diesem Falle die Errichtung von Landwirthschaftskammern noch daneben sich vielleicht vollständig erübrigen dürfte. Die Landwirthschaftskammern, wie sie das preussische Gesetz in Vorschlag bringt, sind auf Grund des Wahlmodus, der dabei zur Anwendung kommen soll: staatliche Institute, ausgestattet mit etwas scheinbarer Selbstverwaltung, ähnlich wie es die Kreis- und Provinzialausschüsse sind, mit den entscheidenden Stimmen der vorsitzenden Landräthe und Oberpräsidenten.

Eine derartige Wiederholung oder Verdoppelung dieser Kreis- und Provinzialausschüsse unter einfacher Uebertragung der ganzen Kreditorganisation auf dieselben, würde dem oben von uns in Anlehnung an Rodbertus hochgehaltenen Prinzip der Selbstverwaltung des gesammten Grundkredites durch den Grundbesitz selbst und nur unter Kontrolle des Staates, widersprechen, insofern also allein einen kostspieligen, bürokratischen Apparat mehr ohne reellen Nutzen für den landwirthschaftlichen Grundbesitz schaffen.

Wir wollen vielmehr unsere genossenschaftliche Organisation des gesammten ländlichen Kredites derartig gedacht und verstanden wissen, dass sie einer Erweiterung

der Rahmen der heutigen preussischen Landschaften und einer Verzweigung derselben in filiale Kreislandschaften gleichkäme, unter strengster Festhaltung an den in den Landschaften massgebenden Grundsätzen, der genossenschaftlichen Selbstverwaltung mit eigenen Beamten und aus eigenen Mitteln, unter blosser Kontrolle der königlichen Kommissare, auf Grund eines Statuts und zu erlassender Normativbedingungen. Innerhalb ihrer Wirkungssphäre müsste diesen korporativ-genossenschaftlichen Landeskreditanstalten die ausschliessliche Kompetenz zu Gütersubhastationen eingeräumt werden, was übrigens ganz logisch aus der Thatsache sich ergäbe, dass die Genossenschaft die einzige Gläubigerin des von ihr umfassten Grundbesitzes wäre, — ja die einzige Gläubigerin des Grundbesitzes als solchen überhaupt, da der gesamte Grundbesitz überhaupt nur noch in Rentenform hypothekarisch haftbar gemacht werden könnte, und die Genossenschaft allein die Kompetenz hätte, Rentenobligationen auszustellen und Rentenbriefe zu emittiren.

Es würde dies also auf eine Wiederherstellung der ursprünglichen preussischen Landschaften, wie sie Friedrich der Grosse gegründet hatte, im Grossen und Ganzen hinauslaufen.

Die dagegen von Rodbertus noch postulirten Kompetenzen: dieses allgemeine Institut des Grundbesitzes und der Landwirthschaft des ganzen Landes solle nicht bloss reine Hypothekarkreditanstalt, sondern zugleich auch Hypothekarverwaltungsamt sein . . . und dem Immobiliarkredit nicht bis zu einer beschränkten Grenze, sondern überhaupt bis zur faktischen Verschuldungsgrenze jedes Gutes dienen, — gehen uns zu weit!

Da wir neben und ausserhalb dieser allgemeinen Landeskreditanstalt uns auch in Zukunft Grundbesitz bestehend denken, welcher, ganz schuldenfrei, ausserhalb der Rahmen dieser Organisation bleibe, — wie die königlichen Domänen und Chatouillengüter, die Standes- und Majorats-herrschaften etc. — so können wir die Kompetenz von Hypothekenämtern für unsere Kreditinstitute nicht beanspruchen und wollen auch angesichts der heutigen und in Zukunft in Aussicht stehenden Lage des Weltmarktes und hiermit der Preise der landwirthschaftlichen Produkte eine hypothekarische Verschuldung bis zur faktischen Verschuldungsgrenze, — für den in der allgemeinen Landeskreditanstalt inkorporirten und solidarisch haftenden Grundbesitz nicht gelten lassen!

Unserer Ansicht nach darf die Beleihungsgrenze nicht über 75 pCt., also $\frac{3}{4}$ des Taxewerthes, und zwar auf Grund einer ad hoc revidirten Taxe hinausreichen, wenn die hypothekarische Sicherheit nicht gefährdet und noch eine Unterlage für

Personalkredit gewahrt werden soll. Schäffle plaidirt für 80—90 pCt. (Zukunft, No. 44. „Bauernnoth und Bauernkredit;“ pag. 205 ff.). Er will sogar noch „den Rest von 10—20 pCt. einem besonders gestalteten Nachhypothekwesen vorbehalten . . .“ Allerdings vertheilt er diesen ganzen bis zur vollen Verschuldungsgrenze reichenden Hypothekarkredit dermassen, dass 40—50 pCt. auf sogenannten Freikredit (also nach Belieben des Eigenthümers), 40—50 pCt. auf gebundenen Kredit (zu bestimmten Zwecken) und 10—20 pCt. auf Personalkredit entfallen, was aber an der Thatsache nichts ändert, dass das Schäffle'sche Programm mit vollen Segeln auf Sozialismus hinaussteuert. Da er nämlich fühlt, dass bei einer 100 pCt. Verschuldung seine „Körperschaften in die Brüche gehen könnten, wenn sie auf sich selbst angewiesen wären“, so soll sich „der Staat . . . am Risiko betheiligen“ (pag. 206). An diesem Staatssozialismus hängt Schäffle so krampfhaft fest, dass er, obwohl er ein paar Zeilen weiter en bon prince mit sich handeln lässt, indem er sagt: „Dennoch möchte ich nicht unbedingt und ausschliesslich nur diesen Weg empfehlen und eine niedrigere Beleihungsziffer, wenn die Sicherheit dies gebietet, nicht ablehnen³⁾, — doch in den reinsten Staatsozialismus wieder verfällt, wenn er unmittelbar hinterher hinzufügt: „Man wird jedoch das Risiko auch zwischen Staat (Land) und Körperschaft theilen oder ganz auf den Staat (Land) abwälzen können (sic). Diejenigen Güter, deren Beleihung zu 80—90 pCt. Verlust bei der späteren Zwangsenteignung ergeben würden, wären dann für Rechnung des Staates zu erwerben und durch die körperschaftlichen Organe für den Staat in Pachtverwaltung zu nehmen, später zu veräussern.“ (pag. 207).

Wir sehen „dans la voie — du socialisme — ce n' est que le premier pas qui coûte“, zumal für einen Professor, der folgerichtig theoretisch zu denken und an praktischen konkreten Hindernissen Anstoss nicht zu nehmen gewöhnt ist.

Gegen alle diese und ähnliche rein sozialistische Organisationen mit Staatsgarantie, Staatsrisiko aber auch staatlicher Bevormundung oder gar Zwangsjacke verwahren wir uns auf das entschiedenste!

Was wir allein vom Staate verlangen und zumal von der Volksvertretung, ist, dass sie dem Grundbesitze das seiner Natur allein entsprechende Recht wiedergeben, und dass sie ihn in den Stand setzen, sich zum Zwecke seiner Kreditbedürfniss-Befriedigung organisch zusammen zu schliessen.

Der Grundbesitz braucht blos in den Sattel gehoben zu werden — reiten wird er selbst!

³⁾ Dazu hat ihn ausserdem die Erwägung veranlasst, dass „jene Körperschaftsmitglieder, welche schuldenfrei sind, Bedenken tragen würden, dass die Körperschaft das Risiko übernehme . . .“ (pag. 407).

Der Sattel aber, in den er gehoben werden muss, besteht ausser der Rentenprinzipgesetzgebung in folgenden seiner Kreditanstalt zu verleihenden Rechten:

1) Die allgemeine landwirthschaftliche Grundkreditanstalt hat das ausschliessliche Recht, den Grund und Boden des Landes hypothekarisch zu beleihen und zwar bis höchstens zu $\frac{3}{4}$ seines Ertragswerthes.

2) Bei allen Grundstücken, welche gegenwärtig über $\frac{3}{4}$ ihres Ertragswerthes hinaus belastet sind, werden die hypothekarischen Schulden in Höhe von $\frac{3}{4}$ des landwirthschaftlichen Taxwerthes abgelöst. Die Schulden darüber hinaus bleiben stehen; so lange der Eigenthümer alle Zinsen pünktlich zahlt, bleiben die Hypotheken den verschiedenen bisherigen Gläubigern haftbar; im Falle aber, dass die Zinsen, sei es der übrigen Gläubiger, sei es der landwirthschaftlichen Grundkreditanstalt, nicht bezahlt werden und auf Subhastation angetragen wird, hat in beiden Fällen die landwirthschaftliche Grundkreditanstalt das Recht, von dem Mitbieter des Grundstückes die baare Auszahlung ihres Guthabens von $\frac{3}{4}$ des Taxwerthes beim Kauf zu verlangen (cfr. österreichisches Gesetz).

3) Das System der Grundkreditanstalten zerfällt in

a) Kreislandschaften,

b) Provinziallandschaften,

c) Centrallandschaft für das ganze Reich.

Die Hypotheken zerfallen ebenfalls in 3 Rayons:

das erste Rayon bildet die Grundlage der „Grundnoten“,

das zweite Rayon das der Landrentenbriefe (heutige Pfandbriefe),

das dritte Rayon das der Gutsrentenbriefe (cfr. Rodbertus).

Das ganze Tax- und Beleihungsgeschäft bei Klein- und Mittelbesitz fällt den Kreislandschaften zu ⁴⁾; das beim Grossgrundbesitz wie bisher den Provinziallandschaften.

Sowohl die Kreis- als die Provinziallandschaften emittiren Land- und Gutsrentenbriefe — wogegen der Centrallandschaft allein das Recht zusteht, „Grundnoten“ zu emittiren.

Alle 3 Verbände zerfallen in 2 Abtheilungen:

I. Für Immobilien-, II. für Personalkredit.

Jedes der letzteren Rayons bildet eine Gesellschaft für sich, ähnlich wie die „Jahresgesellschaften“ innerhalb der heutigen Landschaften, insofern in jeder derartigen einzelnen Gesellschaft der bezügliche Grundbesitz zunächst allein haftbar ist.

⁴⁾ Ueber die ganze genossenschaftliche Creditorganisation für den bauerlichen Kleingrundbesitz sehr viel Zutreffendes bei Schäfflein „Ein agrarpolitisches Programm“ (No. 49) und „Bauernnoth und Bauernkredit“ in der Zeitschrift „Zukunft“ (No. 44).

„Grundnoten“ sind nur auf demjenigen Grundbesitze zu emittiren, welcher wenigstens mit Landrentenbriefen behaftet ist. Für Gutsrentenbriefe haftet in erster Linie das damit beliehene Gut allein.

Wie wir es schon oben ausgesprochen haben, lehnen wir uns im Grossen und Ganzen an Rodbertus an, jedoch ist schon aus dieser Skizze des Systems der Grundkreditanstalten, wie wir es uns denken, eine wesentliche Abweichung unseres Reformprojektes von dem Rodbertus'schen zu konstatiren.

Rodbertus ist ein entschiedener Gegner jeder zwangsweisen Amortisation; er will nur eine Abtragung der Schulden, je nach dem freien Ermessen und Können des Schuldners durch einfachen Rückkauf der Guts- und Landrentenbriefe an der Börse gelten lassen.

Demgegenüber erkennen wir vollkommen an, dass bei einer Ueberlastung des Grundbesitzes mit Schulden das Herauswirthschaften der Zinsen allein eine genügende oder vielmehr bereits eine zu hohe Belastung ausmacht, — die zwangsweise Amortisation daher noch obendrein geradezu widersinnig ist.

Andererseits aber verschliessen wir uns nicht der Nothwendigkeit einer fortwährenden, allmählichen Grundentlastung, welche allein eine erneute Kapitalaufnahme ermöglicht und daher als Fonds zu Erbtheilungen, zu grösseren Meliorationen und dergl. für den Grundbesitz von unermesslichem Werthe ist, wie dies ein geschichtlicher Rückblick auf den Wirkungskreis der Landschaften hinreichend beweist.

Um nun beiden diesen scheinbar widersprechenden Gesichtspunkten gerecht zu werden, sind wir auf die Idee verfallen: die Amortisation bei den Land- und Gutsrentenbriefen vollständig fallen zu lassen — dagegen die „Grundnoten“ als zinslose Anleihe, mit dem vollen Betrage des sonst zu zahlenden Zinses zu amortisiren.

Die Idee der „Grundnoten“ oder vielmehr Zentral-landschaftsnoten als Pendant zu den Reichsbanknoten ist von uns bereits 1887 gefasst und zum ersten Male auf dem Juristen- und Oekonomistentage zu Krakau in demselben Jahre vorgetragen worden. Alles sonst diesbezügliche haben wir in unseren „Denkschriften“ niedergelegt, welche, wie wir wohl voraussetzen dürfen, den meisten Herren zu Gesichte gekommen sind, obgleich wir sie nicht publizirt haben.

Diese Idee stützt sich im Grossen und Ganzen auf folgende Erwägungen:

1) Die allerersten Hypotheken auf den Grundstücken in einem Rayon von $\frac{1}{15}$ bis $\frac{1}{10}$ des Taxwerthes derselben und darüber hinaus bei einem Gesamt-

grundwerthe des Grundbesitzes im Deutschen Reiche von ungefähr 30 Milliarden Mark und einer Grundnotenemission von 2 Milliarden — stellen die grösstmögliche Sicherheit dar, welche es überhaupt je in einem Lande und Staate geben kann. Diese Sicherheit ist um ein Bedeutendes grösser als die Sicherheit und Garantie, welche der Staat selbst zu bieten im Stande ist. Man kann sich eher den politischen und finanziellen Untergang eines Staates denken, als dass der Werth des Grund und Bodens in Zentraleuropa, speziell im Deutschen Reiche unter $\frac{1}{15}$ bis $\frac{1}{10}$ seines heutigen Ertragswerthes (scil. immer nach vorangegangener Revision der bisherigen landschaftlichen Taxen) fallen sollte. Insofern wären die Grundnoten besser fundirt als selbst die Staatsrente — und zwar schon allein hypothekarisch!

2) Es ist eine unbestrittene und auch unbestreitbare Thatsache, dass Notenemissionen einen Metallbaarvorrath erheischen, wenn sie nicht in Papiergeld mit Zwangskurs ausarten sollen. Zugleich ist es aber auch ein Faktum, dass diese Metalldeckung der Noten nicht dem ganzen Betrag derselben gleichzukommen braucht. Die Hälfte, ja $\frac{1}{3}$ genügen erfahrungsgemäss, um jeder Zeit (natürlich nur in normalen Zeiten) präsentirte Noten baar auszahlen zu können.⁵⁾ Auf diese Thatsache stützen sich die Banknotenemissionen der ganzen Welt!

3) Diese obigen zwei Erwägungen mussten uns folgerichtig zu der weiteren Erwägung führen, dass es, wenn es uns gelänge, ein Pendant zu den Wechseln, Depositen und Lombardwerthen der Banken für die Zentrallandschaft zu finden — also den durch Metall ungedeckten Theil der Grundnoten ebenso fest zu fundiren, wie es dieser Theil der Banknoten durch Wechsel-, Depositen- und Lombardwerthe ist, — es gar nicht zu begreifen wäre, warum der Zentrallandschaft das Recht, Noten zu emittiren, vorenthalten sein sollte.

Diese feste Fundirung ist nun durch Hypothek mehr als nöthig gegeben, dieser Umstand würde aber noch nicht genügen. Es handelt sich hier nämlich nicht nur um genügende Sicherheit, sondern zugleich um leichte Realisirbarkeit der Notendeckungswerthe. Diese leichte Realisirbarkeit ist nun darin gegeben, dass Pfand- oder Landrenten-Briefe jederzeit ebenso gut in Kurs als ausser Kurs gesetzt werden können. Sollen sie realisirt werden durch Verkauf an der Börse, so werden sie in Kurs gesetzt, und

⁵⁾ In Kriegszeiten oder in Zeiten grosser Handelskrisen würde wohl weder die Reichsbank noch sonst irgend eine Bank zeitweise ohne Zwangskursverleihung für ihre Noten bestehen können, wie die Geschichte lehrt.

dann müssen sie verzinst werden. Brauchen sie dagegen nicht realisiert zu werden, dann ruhen sie im Portefeuille der Zentrallandschaft als eventuelles Substrat der Grundnoten über die Metalldeckung hinaus, — und brauchen dann auch nicht verzinst zu werden — worauf in weiterer Folge die Zinslosigkeit der Grundnoten ruht!

Als Pendant zur eventuellen Wechseldeckung der Banknoten neben dem Metallvorrath hätten wir also eventuelle Rentenbriefdeckung der Grundnoten neben dem entsprechenden Metallvorrath. Also gleiche Realisierbarkeit der nicht metallischen Deckungswerthe, bei den Grundnoten aber noch obendrein eine hypothekarische Sicherheit für den ganzen Betrag der Grundnoten und eine starke Amortisation derselben zuguterletzt, welche auch in anderer Hinsicht höchst bedeutsam wäre, nämlich in Bezug auf allmähliche Grundentlastung und sogar Kapitalisation auf Grund rationellen Sparzwanges für die Grundbesitzer.

4. Ja, woher soll aber der Metallvorrath hergenommen werden? ist eine Frage, die sich hier nothwendigerweise aufdrängt. Soll etwa der Staat denselben hergeben? Das wäre das Leichteste, das wäre aber Sozialismus und zwar noch dazu en caricature! Es müssten nämlich Alle besteuert werden, um einer Klasse der Grundbesitzer ein Geschenk zu machen. Für uns ist eine derartige Lösung indiskutabel. Der Grundbesitz soll auf eigenen Füßen stehen; er soll in sich selbst die Mittel suchen und finden, den sozialökonomischen Kampf um's eigene Dasein siegreich durchzuführen!

Den Metallvorrath kann und muss sich der Grundbesitz einstweilen borgen und zwar auf allererste Hypothek, also hoffentlich zum Zinsfusse der preussischen Konsols und mit möglichst starker Amortisation, um auf diese Weise zu einem eigenen Metallvorrath recht bald zu gelangen.

Das Ausschreiben einer Silberanleihe von Seiten der Centrallandschaft, welche auf den allerersten Hypotheken des ganzen Reiches fundirt wäre, müsste Zug um Zug mit der Ablösung der bisherigen Pfandbriefe durch Grundnoten erfolgen. Die Silberdarleiher erhielten: Rentenbriefe mit Coupons und die Pfandbriefinhaber Grundnoten. Es würde Niemandem weder etwas geschenkt noch auch irgend etwas ohne Gegenleistung konfisziert werden, und der Staat hätte allein die Aufgabe, diese ganze Finanzoperation durch sein „gutes Beispiel“ zu unterstützen. Er könnte alles Silber, welches durch seine Kassen geht, der Centrallandschaft zuführen, (natürlich als Anleihe) und die, wie schon bemerkt so gut fundirten Grundnoten an seinen Kassen an Geldesstatt annehmen, ebenso gut wie er es mit den Reichsbanknoten thut!

5. Wie sollen aber diese Grundnoten auf einmal

8*

Platz im Verkehr finden? Würde daraus nicht eine Geldplethora entstehen mit grosser Preissteigerung aller Waaren neben Entwerthung des Geldes — also eine gewaltige Erschütterung des Geld- und Waarenmarktes?

Auf diesen Einwand, der sehr nahe liegt und unser Projekt als geradezu utopisch aus diesem einen Grunde allein erscheinen lassen könnte, ist Folgendes zu erwidern:

a) Da wir eine Ablösung des ersten Rayons der Pfandbriefe durch Grundnoten mit halber Baardeckung in Metall vorschlagen, so würde von vorn herein die Hälfte der Grundnoten an Stelle des dem Verkehr entzogenen Metalls Platz in demselben finden. Wenn wir den vorhandenen Silber-Stock der deutschen „hinkenden Goldwährung“ zum Ausgangspunkte nehmen und denselben auf circa eine Milliarde Mark veranschlagen, so würden zwei Milliarden Grundnoten emittirt werden können, von denen eine Milliarde sofort an der durch die Silberanleihe aufgesogenen Milliarde Silber Platz im Verkehr fände.

b) Behufs Plazirung der zweiten Milliarde müssten die Privilegien aller sonstigen Privatbanken aufgehoben und auch der Reichsbank nur die Hälfte des gesamten Notenumlaufs zugestanden werden. Dieser Notenumlauf beträgt zur Stunde ungefähr 1200 Millionen Mark. Die Hälfte davon, also 600 Millionen, müssten der Centrallandschaft eingeräumt werden, die andere Hälfte aber, also ebenfalls 600 Millionen, der Reichsbank verbleiben.

c) Nachdem auf diese Weise (wie sub a und b dargelegt) 1600 Millionen Grundnoten im Verkehr Platz gefunden hätten, ohne den Betrag an Umlaufsmitteln irgendwie zu vermehren, würde es sich nur noch um circa 400 Mill. handeln, wenn zwei Milliarden Grundnoten emittirt werden sollen, was aber durchaus keine *condicio sine qua non* ist. Es könnten beliebig ebensogut mehr als auch weniger Grundnoten emittirt werden; den festen Punkt bildet dabei einzig und allein die Metalldeckung und in Bezug auf dieselbe gilt als Obergrenze einer bankmässigen, gesetzlichen Notendeckung in den meisten civilisirten Staaten das Dreifache des Metallvorraths, während als Untergrenze das Ebensovielfache der Notemission als des Metallvorraths logischer Weise sich ergibt, — zwischen diesen beiden Grenzen aber jeder beliebige Punkt gewählt werden kann.

d) Wir sind jedoch der Ansicht, dass eine Vermehrung der Umlaufsmittel um 400 Millionen Mark durchaus nicht schädlich auf den Verkehr und die Preisgestaltung wirken könnte, sondern dass umgekehrt eine derartige Vermehrung des Umlaufs (der ja so wie so in der Zahl von 1200 Mill. ganz willkürlich gegriffen ist) — vielleicht das einzige Mittel wäre, den Schaden auszugleichen, die Krisis

zu mildern, welche infolge der Entwerthung des Silbers in Gestalt eines allgemeinen Preiserückganges aller Waaren über uns hereingebrochen ist.

Hier streifen wir an den Berührungspunkt der Grundnotentheorie mit der Währungsfrage.

6) Eine Lösung der leidigen Währungsfrage erscheint uns auch allein in Anschluss an eine Notenemission von Seiten einer zentralen Grundkreditanstalt möglich.

Des Raumes wegen können wir uns in Bezug auf die Währungsfrage nur kurz fassen. Massgebend dabei sind für uns folgende Thatsachen und Erwägungen:

a) Das edle Metall muss stets und überall die Grundlage jeder geordneten Währung bleiben.

b) Weltgeschichtlich sind es zwei edle Metalle gewesen, nämlich Gold und Silber, welche gemeinschaftlich in einem gewissen wechselnden Verhältnisse zu einander diese Funktion, als Grundlage der Währung der meisten zivilisirten Staaten zu dienen, erfüllt haben.

c) Mit der Zeit hat sich das Verhältniss immer ungünstiger für das Silber gestaltet und zwar aus folgenden Gründen:

α) weil die Produktion von Silber sich unverhältnissmässig steigerte;

β) weil in Folge des in ungeheuren Umsätzen gestiegenen, zumal internationalen Verkehrs Baarzahlungen in Silber wegen des geringen spezifischen Werthes desselben so gut wie unmöglich wurden;

γ) weil die reichsten, tonangebenden Staaten, denen es um einen regen, internationalen Handel mit der ganzen Welt zu thun war, aus den Gründen unter α) und β) das Silber zum Theil demonetisirten und zur reinen Goldwährung überzugehen suchten.

Diese drei Umstände verursachten es, dass das Silber im Werthverhältnisse zu Gold von 1:10 im Alterthume auf 1:30 in der Gegenwart gefallen ist.

d) Es lässt sich unter diesen Umständen eine Doppelwährung mit einem festen Werthverhältnis zwischen Silber und Gold schwerlich wieder einführen. Eine Remonetisirung des Silbers könnte allerdings den Preis des Silbers heben, würde aber im besten Falle nur den einen Grund sub γ) des Preiserückganges des Silbers aufheben, die beiden anderen unter α) und β) nicht tangiren. Diesen besten Fall, dass nämlich eine internationale Vereinbarung wirklich zu Stande käme, halten wir bei der gegenwärtigen politischen Lage der Welt für höchst unwahrscheinlich.

e) Eine Remonetisirung des Silbers, aber dann eine „doppelte“ Währung (im Gegensatze zur Doppelwährung), kann in der Weise erfolgen, dass dasjenige Silber, welches zur Grundlage der Silberwährung neben der Goldwährung gemacht wird, von den Fluktuationen seiner Produktionskosten und seines Verhältnisses zu Gold möglichst isolirt wird. Es muss diesem Silber ein besonderer Werth und eine besondere Sicherheit verliehen werden, welche es an und für sich in demselben Grade wie Gold nicht mehr hat.

Diesen ergänzenden Werth und Sicherheit, welche das Silber wieder dazu befähigen können, neben Gold als Währung zu fungiren, kann ihm **einzig und allein der Grund und Boden** verleihen!

Er kann ihm auch allein die Möglichkeit gewähren, sich zur Ruhe zu legen, und trotzdem im Landesverkehr als handliches, leicht übertragbares Umlaufsmittel zu fungiren und zwar in Gestalt der Grundnote, welche sowohl auf Silber als auch auf Grund und Boden fundirt sein soll.

Dass Silber im inneren Verkehr des Landes, gleichsam als höhere Scheidemünze, trotz eingeführter Goldwährung, selbst unterwerthig ausgeprägt und trotz des Sinkens seines Werthverhältnisses zu Gold — sich doch neben Gold halten kann, wenn nur die grossen privilegierten Banken in Gemeinschaft mit dem Staate es zu stützen für angemessen halten, beweist die faktisch trotz des Preissturzes des Silbers bestehende Doppelwährung Frankreichs und der Thaler-Stock, der die deutsche Goldwährung zu einer „hinkenden“ macht.

Um wie viel rationeller und wahrheitsgemässer wäre eine Silberwährung neben der Goldwährung, wie wir sie vorschlagen, welche dem minderwerthigen und im Preise weichenden Silber durch seine Stützung auf die ersten Hypothekenrayons des Grundbesitzes des deutschen Reiches eine Sicherheit und Stabilität des Werthes verleihen würde, wie sie selbst das Gold nicht aufzuweisen hätte.

7) Die auf Silber und den allerersten Hypotheken aller von der Zentralkreditanstalt beliehenen Güter fundirten Grundnoten hätten als Geldsurrogate vor allem in demjenigen grossen inländischen Verkehrsraysen zu fungiren, welcher alle Transaktionen des Grundbesitzes und der Landwirthschaft betrifft. Insofern würden sie nicht bloss in der Abtheilung I der Zentral-, Provinzial- und Kreislandschaften, welche den Immobiliarkredit umfasst, in Verbindung mit den Land- und Gutsrentenbriefen den Umsatz und Verkehr zu vermitteln haben, sondern zumal in Abtheilung II aller dieser Anstalten, in welcher der landwirthschaftliche Personalkredit zur Bethäti-

gung käme. Hier würden sie in Diskonto, Depositen-, Lombard-, Checkgeschäften ganz dieselbe Rolle spielen wie die Banknoten und noch eine weitere Metalldeckung ausser der $\frac{1}{2}$ in Silber für sich gleichsam erobern und Gewinne realisiren, welche eine Beschleunigung der Amortisation der Silberanleihe und eine Hinausschiebung des zinslosen Grundnotenrayons zur Folge hätte.

8) Aus dieser letzten Erwägung ergibt sich, dass diese Amortisation und Grundentlastung, wie wir sie vorschlagen, im Gegensatz zur Rodbertus'schen und zur bisherigen in den Landschaften und Hypothekenbanken praktizirten, — für den Grundbesitz eine geringere Belastung mit Annuitäten und trotzdem ganz andere Tilgungsergebnisse zeitigen würde, als die bisherige Amortisationsmethode.

Wenn hier zum Schlusse ein agronomischer Vergleich gestattet ist, so könnte man die bisherige Amortisationsprozedur der Landschaften mit einem schwerfälligen Göpelwerke vergleichen, welches 50—60 Jahre unter fortwährender Ablösung der keuchenden und abgetriebenen Gäule die grosse Tilgungsmaschine in Betrieb erhält, — wogegen unser Amortisationsmodus in einer Centralgrundkreditanstalt mit Hilfe der Grundnoten mit dem Anpassen einer nur kleine Raumdimensionen beanspruchenden aber schneidigen und kräftigen Dampfmaschine zu vergleichen ist, welche allein den Grundbesitz in den Stand setzen könnte, „auch ungünstige Zeiten zu überwinden“ und allmählich den drückenden Alp seiner Schuldenlast wirklich abzutragen!

Schlusswort.

Wenn wir nunmehr in einem Schlussworte auf die im Eingange unseres Referates aufgeworfene Frage: ob die Landwirthschaft und der Privatgrundbesitz im Deutschen Reiche, so gut wie ungeschützt, die nächsten 12 Jahre hindurch der ausländischen Konkurrenz die Stirn zu bieten im Stande sind, eine Antwort ertheilen wollen, so kann dieselbe nur negativ ausfallen, sofern sie so allgemein gestellt wird:

1) Zunächst kann nämlich nur ein Theil des Grundbesitzes Deutschlands vom Untergange gerettet werden, und zwar derjenige, welcher nicht höher, als bis zu $\frac{3}{4}$ des bei der landschaftlichen Taxe ermittelten Ertragswerthes verschuldet ist. Und auch hierbei muss noch die Einschränkung gemacht werden, dass nur diejenigen Grundbesitzer über Wasser zu halten sind, deren Güter vollständig sachgemäss taxirt worden sind, und deren Bewirthschaftung allen Anforderungen der modernen agronomischen Technik entspricht, was durchaus nicht von allen gilt.

2) Auch dieser Theil des Grundbesitzes aber kann, wie wir es oben bewiesen zu haben glauben, nie und nimmermehr konservirt werden, geschweige denn gedeihen, wenn nach Aufgabe jeder wirksamen Schutzzollpolitik die ganze sonstige Gesetzgebung und innere Wirthschaftspolitik des Staates auf denselben Bahnen verharren sollte, auf denen sie sich bisher bewegt hat. Die unabweisliche Folge nämlich einer Politik des *laissez faire*, *laissez passer* nach innen neben einer blossen Finanzzollpolitik nach aussen müsste, wie wir es an der Hand der einschlägigen Litteratur zu beweisen versucht haben, zu einer Massenliquidation des Grundbesitzes wenigstens in den 8 alten preussischen Provinzen des Ostens und zu einem reissenden Zurückgehen des landwirthschaftlichen Gewerbes auf diesem Grundbesitze führen. Dem Preisrückgange der landwirthschaftlichen Produkte muss folgerichtig und unausbleiblich auf die Dauer auch ein Preisrückgang der Güterwerthe, ein Zurückgehen des landwirthschaftlichen Gewerbes und hiermit endlich ein Zusammenschrumpfen des Nationalvermögens folgen. Durch eine Massenliquidation in einem kurz gedrängten Zeitraume muss diese Agrarkrise offenbar nur noch akuter wirken. Ein Uebergehen dieser gleichzeitig in Massen versteigerten Güter „in kapital-

kräftigere Hände,“ — dieser von dem „Freisinn“ sowohl in „Wasserstiefeln“, als auch in „Wadenstrümpfen“ in Aussicht genommene „Segen“ für die deutsche Landwirthschaft, — dürfte unter diesen Umständen kaum nach dem Geschmack der „liberalisirenden leitenden Staatsmänner“ ausfallen, und auch den „kapitalkräftigen“, in Aussicht genommenen neuen Besitzern der im Zwangsverkauf zu erstehenden Güter muthen wir in Finanzangelegenheiten einen besseren Geschmack zu, als dass sie, wenn es dazu kommen sollte, ihr schönes Geld in so „faulen Geschäften“ anlegen sollten. Sträuben sich doch bekanntlich selbst Hypothekenbanken, welche ihre Forderungen höchstens bis $\frac{3}{4}$ des landschaftlichen Taxwerthes eingetragen haben, in den letzten Jahren zumal im Osten vor dem Kauf subhastirter Güter mit Händen und Füßen. Lieber büßen sie¹⁾ einen Theil ihrer Hypothekenforderungen in diesem Falle ein. Alle „kapitalkräftigen Hände“ wissen nämlich sehr wohl, dass sie unter den gegebenen Umständen nach einer Reihe von Jahren an denselben Punkt gelangen würden, an dem sich heute ihre „nothleidenden“ Schuldner befinden und zwar nur noch eher, wenn man bedenkt, dass „kapitalkräftig“ nicht synonym mit „landwirthschaftlich fachmännisch“ ist!

Die Frage, welche wir zu lösen unternommen haben, war nun die: was kann der Staat resp. die Gesetzgebung thun, um in agrarrechtlicher und agrarpolitischer Hinsicht diesem allgemeinen agraren „Kladderadatsch“ vorzubeugen?

Wir haben auf „neue Pfade“ hingewiesen, welche der Staat sowohl als die Gesetzgebung betreten müssen, um dasjenige theilweise wieder gut zu machen, was sie auf dem Gebiete der Wirthschaftspolitik, sowohl nach aussen als auch nach innen, bisher versäumt haben; was sie, um einmal die Stichworte zu gebrauchen, welche sowohl die Regierung, als die Majorität der Volksvertretung in diesen Fragen stets im Munde führen: der Landwirthschaft und dem Grundbesitze zu Liebe nicht haben thun können — der Industrie, der Gehälter und Zinsbezüge und last not least „der billigen Volksernährung“ wegen — also aus Rücksicht auf das „Gemeinwohl der Nation“! Als ob bei diesem „Gemeinwohl“ der Grundbesitz und die Landwirthschaft nicht mit ungefähr 50 Prozent betheiligt wären!?

Oder sind wir zur Aufwerfung dieser Frage überhaupt nicht berechtigt gewesen?

Wir glauben doch, auf Grund unserer einleitenden Ausführungen und der Kapitel, in denen wir auf jedem

¹⁾ Eine ganze Reihe solcher Fälle könnten wir aus der Provinz Posen allein anführen.

Schritt und Tritt den Versuchen, diese Frage zu lösen, von Seiten der akademischen Wissenschaft sowohl, als der Männer der Praxis, Wissenschaft und Verwaltung, begünstigt sind.

Ausser der akademischen Wissenschaft und den offiziellen Ansichten sowohl am Regierungstische, als in dem ganzen Verwaltungsapparate, giebt es jedoch noch die grosse Masse sozial-ökonomischer „Ueberzeugungen“ in der Presse und inmitten der intelligenten Stände, welche diese ihre sozialökonomische „Einsicht“ aus jener Quelle der offiziellen Wissenschaft, deren schwankende Haltung wir oben gekennzeichnet haben, schöpfend und je nach ihrem Klasseninteresse deutend, die Frage der Abhilfe in der Noth des Grundbesitzes und der Landwirthschaft als überhaupt unberechtigt hartnäckig zurückweisen!

Es wird in diesen Kreisen an den heutigen Grundbesitz und die mit ihm solidarisch verknüpfte Landwirthschaft das Verlangen gestellt, dass sie nicht allein das dem landwirthschaftlichem Gewerbe speziell anhaftende Risiko, welches von den Wetterschwankungen und allerlei Unfällen herrührt, tragen, sondern dass sie geradezu mit Verlust, mit „Unterbilanz“ arbeiten! Es wird also vom heutigen Grundbesitze verlangt, dass er, um einen trivialen aber drastischen Ausdruck zu gebrauchen, „vom eigenen Fett zehre“²⁾, ein Stück seiner Substanz und seines Werthes nach dem andern abbröckele, verpfände, veräussere und endlich sich selbst preisgebe, — alles um die Konkurrenz Amerikas, Russlands, Indiens, Australiens u. s. w. auszuhalten und dadurch den „Kosumenten ohne Ar und Halm“ alle landwirthschaftlichen Produkte billiger zu verschaffen, als sie der deutsche landwirthschaftliche Produzent liefern kann, wenn er ausser den Produktionskosten noch einen mässigen Unternehmervergewinn und eine Verzinsung der im Boden fixirten Kapitalien herausschlagen will, — von einer Besitzrente der Eigenthümer — die doch auch noch keinen „Raub“ oder eine andere „Besteuerung“ der Gesellschaft bedeutet als alle sonstigen Zinsrenten und Dividenden — gar nicht einmal zu sprechen!

Kann dies der gegenwärtige Grundbesitz nicht, und dies wird von den „Intelligenteren“ unter den „Intelligenten“ nicht gelehnet, so wird ihm einfach der Abschied gegeben. „50 Prozent seines Werthes abschreiben!“ und wenn dann nichts für den Eigenthümer bleibt, und selbst die Hypothekenschulden mit 25 Prozent ausfallen, dann heisst die Lösung: „Den Bettelstab in die Hand nehmen und Anderen Platz machen!“

²⁾ Wenn bei demselben überhaupt noch von „Fett“ die Rede sein kann!

Diese „kapitalkräftigen“ Anderen, welche noch oben-drein billig gekauft haben werden (nach dem jetzigen Stande der Konjunkturen), werden auch „billiger“ produziren können, also eine Weile noch die ausländische Konkurrenz aushalten. Diese letztere wird vielleicht inzwischen eine Einschränkung „von selbst“ erleiden. Ist das aber nicht der Fall, dann kommen wieder andere „kapitalkräftigere“ Grundbesitzer an die Reihe u. s. w. usque ad finem dierum!

Man thut empört über diese Massenabschlachtungen der Grundbesitzer? Der Gang der Weltgeschichte schreitet einmal über „Leichen“ hinweg, warum sollten die Grundbesitzer allein unsterblich sein und damit dem „ewigen Juden“ Konkurrenz machen?! Der Grundbesitzer kann doch nicht verlangen, dass er allein³⁾ in seiner Existenzfähigkeit vom Staate und von der Gesetzgebung geschützt werde; es garantirt doch der Staat weder dem Kaufmanne noch dem Industriellen seine Gewinne, noch dem Arbeiter seinen Lohn?! — so lautet immer der „letzte Trumpf“, den die „Antiagrariier“ mit triumphirender Miene den „Agrariern“ an den Kopf werfen!

Dieses Raisonement hat aber einen Fehler, einen einzigen Fehler, der aber so gross ist, dass mit seiner Aufdeckung und an den Pranger Stellung das ganze sich darauf stützende wirthschaftspolitische System wie ein Kartenhaus zusammenstürzt. Einen solchen Fehler können allerdings nur „Konsumenten ohne Ar und Halm“ begehen, welche das Leben und Weben draussen auf dem platten Lande nur aus Romanen kennen, und welche dabei doch Ansprüche auf sozialökonomische „Ueberzeugungen“ erheben!

Dieser Urfehler liegt darin, dass alle, die ihn begehen, keine Ahnung davon haben, dass das landwirthschaftliche Gewerbe und der mit demselben verknüpfte Grundbesitz in mancher Hinsicht ein Gewerbe und ein Besitz sui generis sind, welche mit keinen anderen verglichen werden können!

Der Unterschied zwischen Landwirthschaft und Grundbesitz einerseits und allen andern Gewerben andererseits ist, wie wir es schon oben vielfach angedeutet haben, nicht der ihnen in einer Extrabodenrente und einer Extrabesteuerung der Gesellschaft immer und immer wieder angedichtete, sondern vielmehr folgender:

1) Der Grundbesitz — ausser dem städtischen, bergmännischen, industriellen u. s. w. — kann im Kulturzustande nicht anders als „landwirthschaftlich“

³⁾ Dieses Argument führt auch Schäffle in seinen „Deutschen Kern- und Zeitfragen“ an (pag. 281 ff.).

nutzbar gemacht werden. Von waidmännischer, sportsmännischer, militärischer oder sonstiger Nutzung können wir füglich absehen, da dieselben nur verschwindend kleine Parzellen im Verhältniss zu den „ackerbaulichen“ ausgedehnten Flächen ausmachen. Wiesen, welche früher etwa ausgeschieden werden konnten, auf Grund des berühmten Ausspruches Adam Smith's, dass auf denselben die Eigenthümer „ernten, wo sie nicht gesät haben“, — gehören meist heut zu Tage als Kulturwiesen (in Folge von Wiesenmeliorationen und künstlicher Düngung) zu den landwirthschaftlichen Flächen ebenso gut, als alle sonstigen Grundstücke. Ebenso Wälder mit rationellem Betriebe und daher meist auch nur sehr geringem Ertrage.

2) Die Landwirthschaft kann keine beliebigen Produkte anbauen.⁴⁾ Sie ist in der Wahl und in der Zahl der anzubauenden Produkte an die landwirthschaftliche Technik und Statik⁵⁾ gebunden. Sie muss zirka $\frac{1}{3}$ ihrer Fläche mit Wintergetreide, wenn auch nur der Streue und des Stalldüngers wegen anbauen; $\frac{1}{3}$ mit Hackfrüchten und $\frac{1}{3}$ mit Sommerfrüchten und Futterpflanzen, (dies sind die gewöhnlichen Flureintheilungen im Osten), um einigermaßen die Kosten ihres Betriebes und die Schuldenzinsen für eine, wenn auch nur 50% ihres Ertragswerthes betragende hypothekarische Last, aufzubringen.

3) Die Landwirthschaft kann nie auf eine volle Ernte — also nie auf einen vollen Erfolg ihrer Arbeit und eine volle Verzinsung des in ihr gemachten Kapitalaufwandes rechnen. Sie ist wenn nicht allein, dann jedenfalls unter allen Produktionszweigen im höchsten Grade in ihren Produktionschancen von derartig unberechenbaren Konjunkturen, als es die klimatischen und selbst die Wetterschwankungen sind, abhängig.

4) Die Landwirthschaft ist ein Beruf, welcher heut zu Tage die vielseitigsten Anlagen, die grösste physische und moralische Tüchtigkeit und Menschenkenntniss in Anspruch nimmt.

5) Der Grundbesitz hat last not least ein pretium affectionis, welches in gleichem Masse keinem andern Besitze innewohnt. Fast jedes vererbte Grundstück ist sozusagen mit dem ganzen Leben und

⁴⁾ Sehr Gutes enthält in dieser Hinsicht eine Broschüre des Grafen A. Zóltowski u. d. T.: „Ist es für den mitteleuropäischen Landwirth thunlich, angesichts der überseeischen Konkurrenz den Anbau von Halmfrüchten aufzugeben?“ (Doktordissertation.) Posen. 1889.

⁵⁾ S. mein Buch: „Adam Smith als Moralphilosoph und Schöpfer der Nationalökonomie“, der letzte Abschnitt passim.

Weben der Familie verwachsen. Jeder Baum, jede Hecke, jedes Gebäude, jeder Stein sind gleichsam Denkmäler der Geschichte der Familie, Zeugen von Leid und Freud und oft mühsamer Arbeit ganzer Generationen!

Wenn man diese fünf Punkte im Auge behält, dann muss man zu einer ganz anderen Auffassung der Pflichten des Staates und der Gesetzgebung dem landwirthschaftlichen Grundbesitze gegenüber gelangen, als es die heute landläufige ist, und als sie selbst die „berufensten“ Vertreter der Wissenschaft bekunden.

Fasst man nämlich die oben angeführten fünf spezifischen Eigenthümlichkeiten des landwirthschaftlichen Grundbesitzes scharf ins Auge, dann muss man zu dem Ergebnisse gelangen, dass in Bezug auf Punkt 1, 2 und 3 der landwirthschaftliche Grundbesitz sich geradezu in der Zwangslage befindet, in nicht seltenen Fällen selbst anhaltend mit Unterbilanz weiter zu arbeiten, und zwar in der allerdings meist eiteln Hoffnung, dass jene Umstände, als welche die Konjunktur der auswärtigen Konkurrenz, des inländischen Marktes, des Klimas und Wetters u. s. w. gegenwärtig auf seine Lage verhängnissvoll einwirken, — zufällig einmal zu seinen Gunsten sich ändern können! Solange es eben geht — oft bis zum vollständigen Ruin — wird diese Sisyphusarbeit fortgesetzt! Dabei verleihen die unter Punkt 4 und 5 angeführten Eigenthümlichkeiten des landwirthschaftlichen Gewerbes die technische Fähigkeit und die moralische Kraft zur Fortsetzung dieses „Kampfes ums Dasein“ bis zum letzten Lebenshauche!

Ein weiteres Ergebniss einer Zusammenfassung dieser fünf spezifischen Eigenthümlichkeiten des landwirthschaftlichen Grundbesitzes ist die Einsicht, dass wenn demselben von Seiten der Staaten und Volksvertretungen nichts als eine fin de non recevoir und hiermit ein *lasciate ogni speranza* definitiv zugerufen wird, — er in die Zwangslage versetzt wird, selbst auf eine Massenteignung unter angemessener Entschädigung, solange noch überhaupt etwas zu entschädigen ist, — bei den Regierungen und Volksvertretungen vorstellig zu werden!

Die spezifische Natur des landwirthschaftlichen Grundbesitzes bedingt es nämlich unabweislich, dass dieser Grundbesitz und diese Landwirtschaft im Privateigenthume und auf Privatrechnung in den Rahmen der heutigen Wirthschaftspolitik und Gesetzgebung auf die Dauer unmöglich bestehen können. Der Grundbesitz kommt nämlich ohne eine radikale Reform seines Agrarrechtes und seiner Kreditorganisation, wie wir sie im Anschluss an Rodbertus vorschlagen, selbst bei den zufällig günstigsten

Konjunkturen aus periodisch wiederkehrenden Krisen überhaupt nicht heraus ⁶⁾

Entweder muss dem privaten landwirthschaftlichen Grundbesitz die seiner Natur entsprechende Agrargesetzgebung, welche im öffentlichen Recht ihren unzweideutigen Ausdruck finden muss, und zwar so lange es noch Zeit ist, wiedergegeben werden, — oder aber muss der Privatgrundbesitz und das mit ihm verknüpfte landwirthschaftliche Gewerbe in ein gemeinsames Staatsgrundeigenthum mit einem auf gemeinsame Rechnung der Gesellschaft betriebenen landwirthschaftlichen Gewerbe umgewandelt werden, und zwar dann möglichst bald bevor noch eine Massendetriorisirung des Grund und Bodens eintritt. Tertium non datur!

Die Wahl zwischen diesen beiden allein in Anschlag kommenden Alternativen würde wohl noch heute zu Gunsten der ersteren ausfallen, obgleich Stimmen für die Verstaatlichung des Grundbesitzes immer lauter werden und zwar nicht bloss aus den Reihen der „Enteigner“ par excellence, nämlich der Sozialdemokraten. ⁷⁾

Wir stehen natürlich als Grundbesitzer, Landwirth und Nationalökonom auf dem Standpunkte, dass vor der Hand die erste Alternative sowohl vom Staate als auch von der Volksvertretung, nicht bloss im Interesse der heutigen Grundeigenthümer und Landwirthe, sondern auch im Interesse der heutigen Gesellschaft ins Auge gefasst und praktisch verwirklicht werden soll. Ueber den dauernden Erfolg der bezüglichen Massnahmen, welche wir in allen 6 Kapiteln unseres Referates besprochen haben, machen wir uns allerdings keineswegs zu grosse Illusionen!

Ein Privatgrundbesitz und eine auf Privatrechnung betriebene Landwirthschaft, die in Bezug auf auswärtige Wirthschaftspolitik auf 12 Jahre hinaus unter einem so minimalen Schutz, wie ihn die eben abgeschlossenen Handelsverträge gewähren, dem Auslande preisgegeben ist, ist damit zugleich zum grösseren Theile dem Verderben preisgegeben, wenn nicht etwa zufällig ausserordentlich günstige Umstände, wie gute Ernten im Inlande und schlechte im Auslande, oder ein grosser glücklich geführter Krieg, eine unerwartete Wendung herbeiführen.

Darauf darf aber weder der landwirthschaftliche Grundbesitz noch auch der Staat noch endlich die ganze Gesellschaft rechnen und sich damit für die Zukunft vertrösten.

⁶⁾ s. Rodbertus w. o. pag. 75—79, 85—87, 92—94. Er geräth immer von der Scylla der Kreditnoth in die Charybdis der Schuldennoth. S. O. Cap. III.

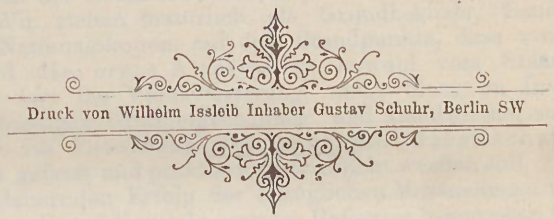
⁷⁾ Henry George Flürschheim, Stamm — die deutsche Landliga — gehören hierher.

Zum Schluss sei es uns gestattet, die Ueberzeugung und Hoffnung auszusprechen, dass, wenn nur der Staat die Rodbertus'schen und im Anschluss daran unsere oben dargelegten Vorschläge zur Abhilfe in der Noth des landwirthschaftlichen Grundbesitzes ernstlich in Erwägung ziehen und manneskräftig in Angriff nehmen und die Volksvertretung auf Grund einer besseren Einsicht, als sie bisher zu Tage getreten ist, ihn in diesem Bestreben unterstützen wollte, — um mit Rodbertus zu reden:

„dem privaten Grundbesitz und dem Kapital
ein langer und schöner Abendsonnenstrahl“
trotz aller Ungunst der Zeiten und trotz aller begangenen Fehler — noch beschieden wäre!

Die Natur der Sache ist es, dass die Wirtschaften der Nationen nicht isoliert, sondern in einem ständigen Austausch stehen. Dieser Austausch ist die Grundlage für den Wohlstand aller Völker. Die Nationen, die sich diesem Austausch öffnen, werden reich werden. Die Nationen, die sich ihm verschließen, werden arm werden. Dies ist die Natur der Sache. Dies ist die Wahrheit. Dies ist die Realität. Dies ist die Wirklichkeit. Dies ist die Existenz. Dies ist die Essenz. Dies ist die Substanz. Dies ist die Materie. Dies ist die Form. Dies ist die Gestalt. Dies ist die Erscheinung. Dies ist die Manifestation. Dies ist die Realisation. Dies ist die Actualisation. Dies ist die Verwirklichung. Dies ist die Entfaltung. Dies ist die Entwicklung. Dies ist die Fortentwicklung. Dies ist die Weiterentwicklung. Dies ist die Ausbreitung. Dies ist die Expansion. Dies ist die Ausdehnung. Dies ist die Ausfüllung. Dies ist die Ausbreitung. Dies ist die Expansion. Dies ist die Ausdehnung. Dies ist die Ausfüllung.

Die Natur der Sache ist es, dass die Wirtschaften der Nationen nicht isoliert, sondern in einem ständigen Austausch stehen. Dieser Austausch ist die Grundlage für den Wohlstand aller Völker. Die Nationen, die sich diesem Austausch öffnen, werden reich werden. Die Nationen, die sich ihm verschließen, werden arm werden. Dies ist die Natur der Sache. Dies ist die Wahrheit. Dies ist die Realität. Dies ist die Wirklichkeit. Dies ist die Existenz. Dies ist die Essenz. Dies ist die Substanz. Dies ist die Materie. Dies ist die Form. Dies ist die Gestalt. Dies ist die Erscheinung. Dies ist die Manifestation. Dies ist die Realisation. Dies ist die Actualisation. Dies ist die Verwirklichung. Dies ist die Entfaltung. Dies ist die Entwicklung. Dies ist die Fortentwicklung. Dies ist die Weiterentwicklung. Dies ist die Ausbreitung. Dies ist die Expansion. Dies ist die Ausdehnung. Dies ist die Ausfüllung. Dies ist die Ausbreitung. Dies ist die Expansion. Dies ist die Ausdehnung. Dies ist die Ausfüllung.



Druck von Wilhelm Issleib Inhaber Gustav Schuhr, Berlin SW

Die Natur der Sache ist es, dass die Wirtschaften der Nationen nicht isoliert, sondern in einem ständigen Austausch stehen. Dieser Austausch ist die Grundlage für den Wohlstand aller Völker. Die Nationen, die sich diesem Austausch öffnen, werden reich werden. Die Nationen, die sich ihm verschließen, werden arm werden. Dies ist die Natur der Sache. Dies ist die Wahrheit. Dies ist die Realität. Dies ist die Wirklichkeit. Dies ist die Existenz. Dies ist die Essenz. Dies ist die Substanz. Dies ist die Materie. Dies ist die Form. Dies ist die Gestalt. Dies ist die Erscheinung. Dies ist die Manifestation. Dies ist die Realisation. Dies ist die Actualisation. Dies ist die Verwirklichung. Dies ist die Entfaltung. Dies ist die Entwicklung. Dies ist die Fortentwicklung. Dies ist die Weiterentwicklung. Dies ist die Ausbreitung. Dies ist die Expansion. Dies ist die Ausdehnung. Dies ist die Ausfüllung. Dies ist die Ausbreitung. Dies ist die Expansion. Dies ist die Ausdehnung. Dies ist die Ausfüllung.

Die Natur der Sache ist es, dass die Wirtschaften der Nationen nicht isoliert, sondern in einem ständigen Austausch stehen. Dieser Austausch ist die Grundlage für den Wohlstand aller Völker. Die Nationen, die sich diesem Austausch öffnen, werden reich werden. Die Nationen, die sich ihm verschließen, werden arm werden. Dies ist die Natur der Sache. Dies ist die Wahrheit. Dies ist die Realität. Dies ist die Wirklichkeit. Dies ist die Existenz. Dies ist die Essenz. Dies ist die Substanz. Dies ist die Materie. Dies ist die Form. Dies ist die Gestalt. Dies ist die Erscheinung. Dies ist die Manifestation. Dies ist die Realisation. Dies ist die Actualisation. Dies ist die Verwirklichung. Dies ist die Entfaltung. Dies ist die Entwicklung. Dies ist die Fortentwicklung. Dies ist die Weiterentwicklung. Dies ist die Ausbreitung. Dies ist die Expansion. Dies ist die Ausdehnung. Dies ist die Ausfüllung. Dies ist die Ausbreitung. Dies ist die Expansion. Dies ist die Ausdehnung. Dies ist die Ausfüllung.

Die Natur der Sache ist es, dass die Wirtschaften der Nationen nicht isoliert, sondern in einem ständigen Austausch stehen. Dieser Austausch ist die Grundlage für den Wohlstand aller Völker. Die Nationen, die sich diesem Austausch öffnen, werden reich werden. Die Nationen, die sich ihm verschließen, werden arm werden. Dies ist die Natur der Sache. Dies ist die Wahrheit. Dies ist die Realität. Dies ist die Wirklichkeit. Dies ist die Existenz. Dies ist die Essenz. Dies ist die Substanz. Dies ist die Materie. Dies ist die Form. Dies ist die Gestalt. Dies ist die Erscheinung. Dies ist die Manifestation. Dies ist die Realisation. Dies ist die Actualisation. Dies ist die Verwirklichung. Dies ist die Entfaltung. Dies ist die Entwicklung. Dies ist die Fortentwicklung. Dies ist die Weiterentwicklung. Dies ist die Ausbreitung. Dies ist die Expansion. Dies ist die Ausdehnung. Dies ist die Ausfüllung. Dies ist die Ausbreitung. Dies ist die Expansion. Dies ist die Ausdehnung. Dies ist die Ausfüllung.

Schriften desselben Verfassers:

A. In deutscher Sprache.

- 1) „**Pierre de Boisguillebert** und seine Beziehungen zur neueren Volkswirtschaftslehre“. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde an der Berliner Universität. 1873.
- 2) „**Adam Smith**, als Moralphilosoph und Schöpfer der Nationalökonomie“. Als Habilitationsschrift für die Breslauer Universität eingereicht und von derselben abgewiesen. Gedruckt Posen 1878; erschienen Leipzig 1879 im Commissionsverlag von Theobald Grieben.
- 3) „**Deutschland - Oesterreich oder Russland**“. Eine politische Studie von einem Westslaven. Prag 1887 (bei J. Otto).
- 4) „**Denkschrift I** betreffend eine **Reorganisation der Reichsbank** und hiermit der **Papier-Currency des Deutschen Reiches**“.
„**Denkschrift II** betreffend eine **gründliche Reform des ländlichen Realkredites**“. Posen 1887, 1888 und 1889.

B. In polnischer Sprache.

- 5) „**Siedm Odczytow**“, od r. 1878—82; Poznan 1884.
„**Sieben Vorlesungen**“ in den Jahren 1878—82; Posen 1884, und zwar:
 - I. „**Ueber die Arbeit**“. Begriffsbestimmung der Arbeit. Posen 1878.
 - II. „**Ueber die Arbeit**“. Die menschliche Arbeit als Phänomen innerhalb des Kosmos — innerhalb der Geschichte und im Leben des Individuums. Posen 1878.
 - III. „**Ueber den Einfluss der Frauen** auf die socialen und politischen Verhältnisse eines jeden Volkes und speciell auf unsere Gesellschaft und unsere nationalen Interessen“. Posen 1879.
 - IV. „**Worin besteht und wie giebt sich der Patriotismus** innerhalb eines der selbständigen politischen Existenz beraubten Volkes kund?“ Posen 1880.
 - V. „**Ueber die Judenfrage** im Deutschen Reiche vom socialökonomischen Standpunkte aus“. Thorn 1881.

- VI. „Die socialökonomische und finanzielle Reform des Fürsten Bismarck vom nationalpolnischen Standpunkte aus“. Berlin und Thorn. 1882.
- VII. „Das Freihandel- und Schutzzoll-System im Verhältniss zur Landwirthschaft“. Posen. 1882.
- 6) List Otwarty do Centralnego komitetu Wyboreczego Sla W. Ks. Pozanskiego“. Poznan. 1884.
(„Offener Brief an den Central-Wahl-Verein für das Grossherz. Posen“. Posen. 1884. Bei Ablehnung der Wiederannahme eines Reichstagsmandates).
- 7) „Szkic historyczny Rozwoju Rolnictwa Polskiego w Zaborze Pruskim“. Lwów. 1889.
(Geschichtliche Skizze der Entwicklung des polnischen landwirtschaftlichen Grundbesitzes unter preussischer Herrschaft“. Lemberg. 1889).
- 8) „O kwestyi socyalnej“. Poznan; Krakow. 1892.
(„Ueber die sociale Frage“. Posen und Krakau. 1892).



WILHELM ISERLIN, BERLIN 1890.



206\$07962126